

Die Neue Gesellschaft

3

Herausgeber:

Willy Brandt
Otto Brenner
Prof. Dr. Reimut Jochimsen
Prof. Dr. Karl Schiller
Friedel Schirmer
Prof. Dr. Carlo Schmid
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm

Redaktion:

Leo Bauer (Chefredakteur)

Dr. Heinz Dieter Bauer

Dr. Karl-Ludolf Hübener

Hans Schumacher

Anschrift der Redaktion:

53 Bonn, Baumschulstraße 17

Telefon 23 13 35, 23 13 20

Redaktionsbeirat:

Herbert Wehner

Hans-Eberhard Dingels

Bruno Friedrich

Wolfgang Jansen

Dr. Jens Litten

Dr. Günther Müller

Joachim Raffert

Dr. Werner Thönnissen

Verlag Neue Gesellschaft GmbH

53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 149,

Telefon (02226) 70 31

Postcheckkonto Köln 560 70

Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,

Bonn, Nr. 10 11 35 06

Druck: Vorwärts-Druck, 53 Bonn-Bad Godesberg,

Kölner Straße 108-112

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.

Einzelheft 3,- DM, Halbjahresabonnement 15,- DM
zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Halbjahresende.

Studentenabonnement (nur Kalenderjahr) gegen Vorlage einer Studienbescheinigung 20,- DM
zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.
Im Bezugspreis sind 5,5% Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenprelliste Nr. 7

Seite

- 163 **Helmut Schmidt**
Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

- 166 **Klaus von Dohnanyi**
Bildungsreform: Der konservative Gegenangriff

- 172 **Friedel Schirmer**
Sport in der Bundesrepublik

- 178 **Hans Werner Richter**
Gerhard Szczeeny und die Linke

- 181 „Jugoslawien lässt Konflikte mit politischen und demokratischen Mitteln“
Gespräch mit Stane Dolanc

- 192 **Heinz Absch**
Weg im Nebel
Zu Norbert Lessers „Odyssee des Marxismus“

- 198 **Ernst van Loen**
Theologie der sozialen Befreiung
Pastor Wilhelm Hohoff – Klassiker der christlichen Kapitalismuskritik

- 200 **Rainer Kabel**
Gewalt im Fernsehen

Analysen – Diskussion

Thema: Juso-Strategie

- 204 **Hans Apel**
Ein Denkanlass

- 205 **Gerd Walter**
Strategiekongress?

- 207 **Dieter Bauer**
Stolpern über Stock?

- 210 **Friedhelm Wallner**
Analysetexte – Zielvorstellungen – Strategieansätze

Thema: Solidarität

- 212 **Wilhelm Dröscher**
Freiheit und Gerechtigkeit nur durch Solidarität

- 214 **Günther Müller**
Solidarität braucht kein schmückendes Bettwurf

- 217 **Rolf Vollmann**
Gegessen wird die Suppe, nicht das Feuer
Zur Problematik von Theoriediskussion

- 221 **Franz-Josef Neuhoff**
Entspricht die Freiheitserziehung unserer Rechtsordnung?

- 224 **Dokumentation**
Dieter Lohmann
Kritik der Parteilichkeit – am eigenen Beispiel

- 228 **Zum Zeitgeschehen**

- 232 **Kritik**

- 240 **Bei der Redaktion eingegangene Bücher**

- 240 **Mitarbeiter dieses Heftes**

Zum Inhalt

Von einem neuen Mann an der Spitze eines Ministeriums erwartet man vorab eine Projektion seiner Vorstellungen („Die Neue Gesellschaft“ bringt sie in diesem Heft): Indes darf es bei Klaus von Dohnanyi nicht verwundern, daß neben neuen Impulsen die Kontinuität der bisherigen Wissenschafts- und Bildungspolitik gewahrt bleibt, schließlich hatte er bereits als Parlamentarischer Staatssekretär maßgeblichen Anteil an ihr.

Einer nicht minder heiß diskutierten Problematik wendet sich Helmut Schmidt zu: der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) – einer Materie, über die viel gesprochen und geschrieben wird, deren reale Bedeutung jedoch nur von wenigen richtig erfaßt und beurteilt werden kann. Zu diesen wenigen gehört sicherlich Helmut Schmidt.

Ein drittes Thema politischer Praxis gewinnt seine besondere Dimension nicht zuletzt durch seinen aktuellen Bezug zum olympischen Jahr 1972: „Sport in der Bundesrepublik“. Autor: Friedel Schirmer, SPD-MdB und Olympiasieger 1936 im Zehnkampf. Neben einer essayistischen Auseinandersetzung Hans Werner Richters mit Gerhard Szczeany „Abschied von der Linken“ und dem Gespräch Leo Bauers mit Stane Dolanc, Mitglied des Exekutivbüros des Präsidiums des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, über grundlegende Fragen der jugoslawischen Entwicklung ist dieses Heft besonders zwei weiteren Themenkreisen gewidmet: in Fortsetzung der Beiträge in Nr. 1 und 2/72 die „Strategie“ der Jungsozialisten und als quasi „Eröffnung“ der Grundwerte-Diskussion der Begriff der „Solidarität“. Das April-Heft wird dem Thema „Europa“ vorbehalten sein.

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Entspannung ist nicht statisch. Sie ist kein Selbstzweck; sie ist auch mehr als nur der Versuch, die „Realitäten“ in Europa einvernehmlich zu beschreiben. Entspannung bedeutet, auf der Grundlage der Realitäten, ihrer Probleme und Konflikte – wirklicher und potentieller – einen modus vivendi gemeinsam zu definieren, vertraglich zu formulieren und dabei ausschließlich friedliche Mittel für Lösungen zu akzeptieren. So verstanden, ist Entspannungspolitik dynamisch; Sie beendet die „Ära der Konfrontation“ (Nixon) und leitet anstelle des Kalten Krieges eine Periode der Zusammenarbeit ein. Unsere Entspannungspolitik ist Abschluß, Bindeglied und Ausgangspunkt zugleich.

Entspannung ist kein einmaliger Akt, sondern ein langwieriger Prozeß, der sich naturgemäß in Phasen vollzieht und sich von Station zu Station verschiedener Instrumente bedienen muß, der bilateralen und multilateralen Vertragspolitik genauso wie der Nutzung vorhandener multilateraler Strukturen für Zwecke der Ost-West-Annäherung. Unsere Verträge mit der Sowjetunion und mit Polen, das Viermächteabkommen über Berlin waren in Europa die wichtigsten beiden Stationen am Beginn; ihr Inkrafttreten wird die dritte Station markieren, der als vierte eine Konferenz über Sicherheit in Europa folgen kann. Alle diese Stationen waren nur möglich, weil gleichzeitig beide Supermächte keinen aktuellen, explosiven Konflikt miteinander austrugen, sondern vielmehr mit großer Sorgfalt in Helsinki und Wien an einer gemeinsamen Begrenzung ihrer nuklear-strategischen Waffen (SALT) arbeiteten.

Eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) kann also auch nur ein Element im Entspannungsprozeß sein. Sie kann jedoch zu einem wichtigen Element werden, wenn niemand mit dem Ziel an den Konferenztisch kommt, einen Sieg der „friedliebenden“ über die „reaktionären“ Kräfte oder der freiheitlichen Demokratie über den Kommunismus zu erringen.



Bundesminister Helmut Schmidt

Am 10. Dezember 1971 hat die Ministertagung des Nordatlantikrates in Brüssel an ihre schon früher erklärte Bereitschaft erinnert, multilaterale Gespräche, die zu einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa führen, aufzunehmen, sobald die Berlin-Verhandlungen einen erfolgreichen Abschluß gefunden haben. Dies wird nach dem Inkrafttreten des Viermächte-Abkommens über Berlin der Fall sein.

Die Verbindung zwischen dem Berlin-Abkommen und einer KSZE ist notwendig. Kein anderes Ost-West-Problem bringt so deutlich die weitpolitischen Gefahren der Konfrontation, aber auch die Chancen der Kooperation zum Ausdruck wie Berlin. Das Viermächte-Abkommen mit seiner Ausführung durch die deutschen Vereinbarungen macht die einzelnen Etappen

der Entspannungspolitik deutlich: Die Verständigung der Vier Mächte, daß es sich hier um ihr gemeinsames Problem handelt, die Bereitschaft der Vier, in Vertragsform gemeinsam Verantwortung für die Sicherheit zu übernehmen und schließlich die gemeinsam vereinbarte Notwendigkeit, durch deutsche Vereinbarungen über die Beschreibung des Status quo hinauszugehen, das heißt, den Menschen in Berlin bisher nicht gekannte Erleichterungen und zusätzliche Sicherheit zu schaffen. Ohne Inkrafttreten des Berlin-Abkommens erscheint eine KSZE sinnlos: Wie will man mehr Sicherheit in Europa schaffen, wenn der Jahrzehntelange Auslöse- und Angelpunkt ernstester Weltkrisen nicht befriedet ist?

Natürlich kann heute niemand vorhersagen, welche Rolle Berlin im einzelnen für die Gestaltung einer engeren Zusammenarbeit zwischen Ost und West zukünftig spielen kann. Sicher scheint mir aber, daß es nach Inkrafttreten des Viermächte-Abkommens nicht mehr die unglückselige Rolle eines jederzeit entflammbarer Krisenherdes sein wird. Das Berlin-Problem hat eine neue politische Qualität bekommen, was Präsident Nixon veranlaßte, das Abkommen „historisch“ zu nennen. Diese Entwicklung wäre nicht möglich geworden, hätte nicht zuvor die deutsche Frage als ein übergreifendes, ebenfalls zentrales Problem der europäischen Sicherheit eine neue politische Qualität bekommen.

Die Verträge von Moskau und Warschau, die Bemühungen um einen Vertrag mit der Tschechoslowakei sowie die Verhandlungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands, haben die Grundlage dafür geschaffen, daß alle in und für Europa verantwortlichen Kräfte eine gemeinsame Plattform finden können.

Gewaltverzicht und der Wille zur wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit bieten eine Chance für die Zukunft — freilich nur für den, der bereit ist, den Gesamtzusammenhang zu sehen, zu verstehen und zu nutzen. Die Chance würde vertan, wenn Sicherheit nicht unvermindert gegeben wäre. In der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 hat die Bundesregierung der sozial-liberalen Koalition Ihre sicherheitspolitische Konzeption wie folgt umrissen: „Welche der beiden Seiten der Sicherheitspolitik wir auch betrachten, ob es sich um unseren ernsten und nachhaltigen Versuch zur gleichzeitigen und gleichwertigen Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle

handelt oder um die Gewährleistung ausreichender Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland: unter beiden Aspekten begreift die Bundesregierung Ihre Sicherheitspolitik als Politik des Gleichgewichts und der Friedenssicherung. Und ebenso versteht sie unter beiden Aspekten die äußere Sicherheit unseres Staates als eine Funktion des Bündnisses, dem wir angehören und als dessen Teil wir zum Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West beitragen.“

Die Vertragspolitik der Bundesregierung und das Viermächte-Abkommen über Berlin fügen sich in diese Konzeption ein. Dabei ist dreierlei für die Bundesrepublik und Ihre Partner wichtig. Mit dem Prinzip unvermindelter Sicherheit, zum Beispiel durch ungeschmälerte Fortsetzung unserer Beiträge zur NATO und damit zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts, ist die Bundesregierung erstens nicht nur in die Verhandlungen hineingegangen, sondern sie hat zweitens auch die Anerkennung dieses Prinzips durch die Vertragspartner in Moskau und Warschau erreicht und damit drittens einen bedeutsamen Grundsatz für alle künftigen Bemühungen um Zusammenarbeit und eine europäische Friedensordnung durchgesetzt: Die Integration in das Atlantische Bündnis und in die Europäischen Gemeinschaften sind heute vom Osten anerkannte Tatbestände. Sie dienen — mit meinen Augen gesehen — der Stabilität und damit der Entspannung. Mit anderen Worten: Wenn es durch eine KSZE zu Fortschritten in Richtung auf ein europäisches Sicherheitssystem, auf eine europäische Friedensordnung kommt, dann mit Hilfe der vorhandenen Integrationselemente und nicht durch Ihre Auflösung.

Die Doppelstrategie des Atlantischen Bündnisses „Verteidigung und Entspannung“ ist keine statische Formel, sondern die unverzichtbare Grundlage für aktive Entspannungspolitik. Unmittelbar nach ihrer Annahme durch den Ministerrat des Bündnisses kam der Einmarsch in die CSSR, der zunächst die Entfaltung des Entspannungselementes stoppte. Sie blieb gleichwohl als Notwendigkeit bestehen, die dann nach den Regierungswechseln in den USA und in der Bundesrepublik im Jahre 1969 auch wieder deutlich ausgesprochen wurde. Die Regierungen beider Länder begannen, ihren außenpolitischen Spielraum auszunutzen und die bisherige Fixierung aufzugeben. Sie fanden dabei Zustimmung und aktive Mitarbeit der Bündnispartner.

Niemals zuvor ist seit Begründung von NATO und EWG Westpolitik und „Ostpolitik“ gleichzeitig und erfolgreich verfolgt worden: Einerseits die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften durch den Beitritt Großbritanniens, Dänemarks, Norwegens und Irlands; immer wichtiger werdende politische Konsultationen zwischen den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaften und bedeutsame Ansätze zur Herausbildung einer Westeuropäischen Verteidigungssolidarität im Rahmen des westlichen Bündnisses (Eurogroup und europäisches Verstärkungsprogramm für die Verteidigung – EDIP); dies alles bei unverminderter politischer, militärischer und psychologischer Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa. Andererseits: SALT; die Verträge von Moskau und Warschau; das Viermächte-Abkommen über Berlin und die ausfüllenden deutschen Vereinbarungen sowie die Verhandlungen mit der DDR und der Tschechoslowakei.

Dies alles ist kein Grund, in Selbstzufriedenheit zu verharren. Aber es ist ausreichende Grundlage, den Übergang zur Zusammenarbeit zu versuchen. Dieser Übergang kann nicht leicht sein, weil er nicht unter Umgehung kritischer und komplizierter Probleme zustande gebracht werden kann. Gerade Ihre Lösung aber konnte den Schlüssel zu einer stabilen Kooperation bieten. Mit anderen Worten: Wer das komplexe Thema europäische Sicherheit scheut und bloß von Zusammenarbeit reden wollte, der würde die Gunst der Lage versäumen und könnte statt bei mehr Sicherheit möglicherweise bei mehr Propaganda oder mehr Illusion anlangen.

Eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist nur sinnvoll, wenn Ihre Teilnehmer über das verhandeln, was der Konferenztitel aussagt. Nur ein einvernehmliches Verständnis zwischen Ost und West über die Lage in Europa und vereinbare Prinzipien, auf denen die europäische Sicherheit beruhen soll, schaffen das notwendige Vertrauen, das unerlässliche Voraussetzung ist für stabile Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil. Der Zusammenhang zwischen Sicherheit, Vertrauen und Zusammenarbeit ist elementar und existenziell.

Die Vorgeschichte des Projektes einer multilateralen Konferenz über die Sicherheit Europas ist lang, schon Molotow hat davon gesprochen. Es war immer ein sowjetischer Vorschlag, der freilich viele Jahre nicht mehr aktualisiert

wurde. Erst ein halbes Jahr nach dem Einmarsch in Prag, im Frühjahr 1969, ist dies unter Führung der Sowjetunion durch die Warschauer-Pakt-Staaten geschehen. Es war offensichtlich eine sicherheitspolitische Formel, auf die sich trotz der Tschechoslowakei-Krise alle Kommunisten einigen konnten. Dabei mögen die Motive der Breschnew-Führung durchaus von den fünfzehn Jahren vorhergehenden Motiven Molotows verschieden gewesen sein, jedenfalls blieben dem Westen 1969 die angestrebten Ziele unklar und vage. Trotzdem hat sich das nordatlantische Bündnis und hat sich die Bundesregierung prinzipiell positiv ausgesprochen. Dabei sind die Interessen, welche die Beteiligten auf einer Sicherheitskonferenz verfolgen wollen, bisher höchstens teilweise übereinstimmend; für einen anderen Teil mag es einigen Regierungen bisher sogar noch nicht gelungen sein, sich ihre eigenen Vorstellungen über die anzustrebenden Ergebnisse der Konferenz zu machen. Es mag nützlich sein, einen Blick auf die nationalen Sonderinteressen zu werfen, welche die wichtigsten Teilnehmerstaaten mit dem Konferenzprojekt verbinden.

Für die Sowjetunion geht es gewiß um die Konsolidierung ihres Einflußstandes in Europa, um die Sicherung ihrer europäischen Flanke angesichts einer Entwicklung, die ihre sehr viel größere asiatische Flanke von Delhi bis Peking und bis Tokio immer wichtiger und immer unübersichtlicher und immer instabiler werden läßt. Wirtschaftliche und technologische Austauschinteressen treten hinzu.

Insgesamt dürften die gleichen Motive eine große Rolle spielen, die den Kreml zu den bedeutenden Kompromissen im deutsch-sowjetischen Vertrag und im Berlin-Abkommen bewogen haben. Für die übrigen Warschauer-Pakt-Staaten mag es zum Teil um vorsichtige Erweiterung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Selbständigkeit gehen, zu der eine große multilaterale Konferenz Chancen bietet. Die DDR erhofft von der Konferenz durch ihre Teilnahme gewiß eine wesentliche Aufwertung ihres internationalen Status, d. h. Anerkennung ohne die Gegenleistung von Zugeständnissen im Verhältnis von DDR und Bundesrepublik im Sinne von Willy Brandts 20 Kasseler Punkten.

Die denkbaren Autonomie-Tendenzen von Warschauer-Pakt-Staaten, die mancher westliche Teilnehmerstaat auf der Konferenz möglicherweise stützen könnte, stellen zugleich Risiken für die Sowjetunion dar. Für die DDR besteht

sicherlich das Risiko, auf einer Sicherheitskonferenz stärker auf Einordnung in eine allgemeine Entspannungsentwicklung gedrängt zu werden, als ihrer Führung gegenwärtig lieb ist: Es könnte sein, daß die Kasseler 20 Punkte im Prinzip von vielen Konferenzteilnehmern als grundsätzlich dem Frieden dienlich betrachtet werden.

Hinsichtlich unserer Motive (und der Neutralen Europas) möchte ich ein Motto aus einer Rede eines früheren jugoslawischen Außenministers zitieren, das ich vor drei Jahren einem Buch über deutsche Friedenspolitik vorangestellt habe; Marko Nikezic sagte 1968: „Wir sind überzeugt, daß kein einziges Sicherheitssystem von Dauer sein kann, das sich nur auf das Gleichgewicht der Macht gründet. Ein wirkungsvolles System muß bei gleichberechtigter Teilnahme aller Völker die Achtung ihrer legitimen Interessen — der Unabhängigkeit und der freien Entwicklung — zur Grundlage haben.“ Wir möchten das Gleichgewicht wahren und gleichzeitig das Konfliktrisiko verringern, das — trotz des Gleichgewichtes! — infolge ungelöster Streitpunkte, infolge von Mißtrauen und infolge Überhöhter Rüstungsniveaus besteht. Wir haben insbesondere am letztgenannten Punkt ein vitales Interesse. Wir können realistischerweise nicht bis in alle Ewigkeit damit rechnen, daß die Truppen der uns verbündeten Staaten des Gleichgewichtes wegen auf dem Territorium der Bundesrepublik bleiben; wir gerieten aber in eine gefährliche Ungleichgewichtssituation, wenn etwa nur ein westlicher Truppenabzug erfolgte, während sowjetische Divisionen im Herzen Europas, in der DDR, in der CSSR, in Polen und in Ungarn, stehen blieben. Wir wollen aber auch das Kriegsrisiko durch Abbau der einheimischen Truppen in Mitteleuropa reduzieren.

Aber auch für den Westen und für die Bundesrepublik bestehen Risiken: Schon die Tatsache einer Sicherheitskonferenz kann westliche Regierungen oder Parlemente, die unter dem Druck ihrer finanziellen Sorgen stehen, zu der Illusion verleiten, man könne jetzt auf einen Teil seines Beitrages zur gemeinsamen Verteidigungsfähigkeit verzichten. Die möglicherweise viel zu hoch gespannten Erwartungen, welche die öffentlichen Meinungen demokratischer Staaten mit der Konferenz verbinden werden, könnten zu tönenden Konferenzbeschlüssen ohne realen Inhalt führen.

Für die Bundesrepublik besteht das Risiko

einer vorzeitigen allgemeinen Internationalen Anerkennung der DDR. Wir möchten zu grundlegenden Abmachungen mit der DDR kommen, die über die Stadt Berlin hinaus die Beziehungen zwischen Deutschen hibben und drüben normalisieren. Darüber wird zwischen Bahr und Kohl zäflüssig verhandelt.

Diesen Verhandlungen wäre nicht gedient, wenn der von der DDR erstrebte Preis der diplomatischen Anerkennung durch die Staaten der Welt ihr sozusagen „umsonst“ in den Schoß fiele; denn anschließend würde die Kompromißbereitschaft Kohls wahrscheinlich noch wesentlich geringer. (Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur DDR bleibt es bei Willy Brandts Regierungserklärung: „Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland.“) Wir können Dritte nicht hindern, aber wir bitten sie, auf unseren innerdeutschen Normalisierungsprozeß Rücksicht zu nehmen. Wir müssen zur Verhandlung und Verwirklichung der Kasseler Punkte kommen. Die Sicherheitskonferenz könnte dies erschweren. Andererseits kann aber auch die Vorbereitung der Sicherheitskonferenz unser Normalisierungsvorhaben begünstigen. Es kommt sehr auf die Art und Weise der diplomatischen Vorbereitung der Sicherheitskonferenz an.

Die Vorbereitung der KSZE ist von entscheidender Bedeutung. Kein wichtiger Vertrag zwischen vielen Partnern ist jemals ohne Vorbereitung auf einer einzigen Konferenz zustande gekommen, es sei denn, sie hätte — wie der Wiener Kongreß — sehr lange gedauert. Diesmal werden weit mehr als zwei Dutzend Staaten beteiligt sein. Wenn sie sich auf konkrete Punkte einigen sollen, ist entweder vor der Konferenz eine sorgfältige multilaterale diplomatische Abstimmungsphase nötig oder aber die Konferenz selbst kann nur als Vorstufe zu einer Serie von Verhandlungen dienen. Das letztere erscheint mir als das Wahrscheinlichere; d.h. die Sicherheitskonferenz wird vermutlich nur zur wechselseitigen Darlegung von Grundsätzen und zur Festlegung von Prozeduren geraten, während anschließend in Ausschüssen oder anderen Organen die Detailarbeit beginnt. Das Minimum der Vorbereitung besteht in einvernehmlicher Regelung der Tagesordnung und der Teilnahme (daß USA und Kanada teilnehmen, war für die UdSSR stets selbstverständlich, auch wenn ihre Propaganda zeitwei-

lig anders lautete). Sehr viel besser aber wäre, wenn vorher Papiere für die einzelnen Punkte der Tagesordnung vorlägen.

Die Bundesregierung wird dafür eintreten, daß die Frage gleichgewichtiger beiderseitiger Rüstungsbegrenzungen in Mitteleuropa (mutual balanced force reductions — MBFR) auf die Tagesordnung kommt. So wie SALT für die Sicherung des Friedens zwischen den beiden Weltmächten, so ist MBFR für die Sicherung des Friedens in Mitteleuropa entscheidend. In dem außerordentlich hohen Rüstungsniveau auf beiden Seiten Europas liegt, trotz des Gleichgewichts, ein Gefahrenherd an sich. Das Ziel von MBFR ist eine für alle Partner gleich verlässliche, aber weniger aufwendige Sicherheitsstruktur. Die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen hat gezeigt, daß Rüstungsverminderung und Rüstungskontrolle der politischen Entspannung bedürfen, um möglich zu werden; es gilt aber auch, daß die Entspannung ohne beides unvollständig bleibe.

Wir deutschen Sozialdemokraten haben dies Prinzip seit anderthalb Jahrzehnten verfolgt — seit nämlich die Einbindung beider Teile in zwei sich konfrontierende Bündnissysteme bis auf weiteres ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem ausgeschlossen sein ließ. Ich muß hier auf Fritz Erler hinweisen, Ich darf auf eigene Parlamentsreden und Bücher von 1959 bis 1969 hinweisen, Ich weise aber ganz besonders auf den Erfolg des Außenministers Willy Brandt 1968 und auf die großen Erfolge der jetzigen Bundesregierung 1970 und 1971 hin, die insgesamt dazu geführt haben, daß alle NATO-Staaten gemeinsam durch Ministerrats-Beschlüsse das Prinzip MBFR nicht nur zu ihrer Sache und zum Angebot an die Sowjetunion machten, sondern auch Details zur Debatte stellten. Inzwischen hat 1971 die Sowjetunion mehrfach positive Reaktionen gezeigt. Ich glaube, daß Ihre Führung prinzipiell Vorteile auch für die Sowjetunion erkennt. Selbst die CDU/CSU, die der gesamten Entspannungspolitik unserer Regierung und unserer Nordatlantischen Partner äußerst mißtrauisch gegenübersteht, muß sich an F.J. Strauß im Oktober 1959 erinnern lassen: „... wir sind bereit, die Bundesrepublik ganz oder teilweise zu einem Bestandteil einer Kontroll- und Inspektionszone zu machen“.

Es ist selbstverständlich, daß eine einzige Sicherheitskonferenz nicht zu einem MBFR-Vertrag führen kann. SALT wird schon seit

mehreren Jahren verhandelt, MBFR ist aber aus mehreren Gründen viel komplizierter. Aber eine Sicherheitskonferenz für Europa verfehlt Ihren Zweck, wenn sie nicht wenigstens für dieses Kernproblem der gegenseitigen militärischen Abschreckung den Ausgangspunkt zu seiner Lösung schüfe. Denn schließlich gibt es für gemeinsamen Umweltschutz, für zusätzlichen Handels- und Technologie-Austausch andere Gelegenheiten als eine erstmalige „Sicherheits“-Konferenz. Und mir persönlich will scheinen, daß auch ein Meinungsaustausch über ein die europäischen Teilhaber der beiden Bündnisse überwölbendes „Sicherheitssystem“ zu wünschen wäre, das durch gemeinsam akzeptierte Verpflichtungen zum Nichtangriff, zur Beschränkung von Truppenbewegungen, zur gegenseitigen Beobachtung und Kontrolle zusätzlich Sicherheit schaffen kann.

Wenn eine Seite versuchen sollte, die andere Seite in Ihre einzelnen Glieder aufzuspalten, so wird die KSZE kaum Erfolg haben können. Der Erfolg würde auch gefährdet durch Illusorische Erfolgerwartungen.

Vielmehr hängt der Erfolg von der Sorgfalt konkreter Vorbereitungen ab. Alle Seiten werden Geduld nötig haben. Wer die Entwicklung von der Bukarester Erklärung von 1968 bis zum Prager Kommuniqué vom Januar 1972 aufmerksam verfolgt hat, weiß, wieviel Zeit für Entwicklungen notwendig ist. Der Weg zur Einigung Europas wird länger sein, als der zu seiner Teilung. Rückschläge sind nicht ausgeschlossen. Mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit allein ist die Einigung nicht zu erreichen. Der feste politische Wille aller Beteiligten, eine solche Konferenz zum Erfolg zu führen, kann jedoch den notwendigen Fortschritt bringen.

Wenn politisch Naive oder von den Kommunisten taktisch gesteuerte Gruppen in unserem Lande KSZE-Propaganda treiben, als ob die Tatsache einer Konferenz an sich dem Frieden nütze, so sind solche Schalmeienklänge genau so zu beurteilen, wie jene, die uns nach dem Vertrag mit der Sowjetunion eine einseitige Abrüstung einreden wollen. Wir brauchen eine sorgfältige Beseitigung der Gefahrenherde, und wir brauchen die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts. Wir brauchen ebenso die Aufrechterhaltung unserer engen Kooperation mit unseren NATO- und EWG-Verbündeten. Daß wir daran festhalten, ist Voraussetzung für eine internationale Konferenz, die dem Frieden dient.

Der konservative Gegenangriff

In der Öffentlichkeit ist in den letzten Wochen der Eindruck entstanden, nach zwei Jahren untauglicher Versuche seien die Bemühungen um eine langfristig angelegte, grundsätzliche Bildungsreform gescheitert. Dieser Eindruck ist falsch. Aber: weiß zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik die reale Chance für eine Bildungsreform besteht, sind die konservativen Kräfte zu einem massiven Gegenangriff angetreten. Sie operieren dabei immer wieder mit drei Argumenten: das ist sachlich utopisch; das ist finanziell unbezahlbar; das bedroht die Einheit des Bildungswesens in der Bundesrepublik.

Keines der Argumente hält stand.

Zunächst zu den sachlichen Möglichkeiten. Als die Bundesregierung im Juni 1970 dem Bundestag den Bildungsbericht vorlegte, wurden die langfristigen bildungspolitischen Ziele der sozial-liberalen Koalition abgesteckt – aber diese Ziele stellen in keiner Weise etwa eine originäre Schöpfung der Bundesregierung dar. Wenn man einmal von der entschlosseneren Aussage zur Gesamtschule absieht, gründet sich der Bildungsbericht vielmehr weitgehend auf Empfehlungen des Bildungsrates und des Wissenschaftsrates: Vermehrte und pädagogisch betreute Kindergärten; Vorschulmöglichkeiten für alle Fünfjährigen; Verbesserungen im Bereich der Grundschule; Chancengleichheit durch Zusammenführung des undurchlässigen dreigliedrigen Schulsystems; Gleichberechtigung durch Annäherung und Verflechtung von beruflicher und schulischer Bildung; Zusammenfassung des Hochschulsystems; Ausbau der Weiterbildung.

Das sind also keine Erfindungen der Bundesregierung oder sozialdemokratischer „Bildungs-ideologen“, sondern die übereinstimmenden Forderungen nicht nur der Mehrheit unserer Bevölkerung, sondern auch der Bildungsexperten bei uns und in anderen Ländern. Eine so große nationale und internationale Übereinstimmung in der Sache wird nicht von „Utopisten“ getragen. Hier gibt es keine Fluchtgasse für die Opposition.

Die Bundesregierung hat gemeinsam mit den sozialdemokratisch geführten Ländern das Konzept des Bildungsberichtes 1970 als Grundlage für die Verhandlungen in die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung eingeführt. Das Ergebnis dieser Bund-Länder-Verhandlungen war der Zwischenbericht zum Bildungsgesamtplan, den die Bildungsplanungskommission am 18. 10.



Dr. Klaus von Dohnanyi

1971 verabschiedete. Das Bundeskabinett hat am 1. Dezember 1971 festgestellt, daß dieser Zwischenbericht das Fundament einer strukturellen Bildungsreform in der Bundesrepublik sein könne. Dieser Zwischenbericht wurde nicht nur von den Vertretern der Bundesregierung, sondern – wiederum mit Ausnahme der Gesamtschule und der mit ihr verbundenen Probleme der sogenannten „Orientierungsstufe“ für die 5. und 6. Klassen sowie der Lehrerbildung – von den Kultusministern aller elf Länder akzeptiert; und die Ministerpräsidenten aller Länder haben ihn als geeignete Grundlage für die weitere gemeinsame Arbeit von Bund und Ländern bezeichnet. Also kann auch dieses Ergebnis nicht bloße Utopie sein.

In kaum zwei Jahren sozialliberaler Koalition ist es vielmehr Bund und Ländern gelungen, aus Überlegungen und Empfehlungen von Bildungsexperten und Bildungspolitikern zum ersten Mal relativ klar umrissene Ziele aller verantwortlichen Fachminister zu machen. Sicherlich, in der Frage Gesamtschule gibt es einen offenen Dissens. Aber die Integration des dreigliedrigen Schulsystems (Hauptschule, Realschule und Gymnasium) zu einer differenzierten Schule ist bestimmt keine Utopie: von Tokio bis Oslo wurde sie überall dort verwirklicht, wo in diesem Jahrhundert eine grundlegende Bildungsreform stattfand.

Beantwortet werden muß nun die Frage nach Tempo und Qualität, in der die Reformziele realisiert werden können. Die Antworten auf diese Fragen liegen selbstverständlich bei den Kabinetten. Sie müssen entscheiden, inwieweit die von den Bildungsministern formulierten Grundsätze in Kabinettsbeschlüsse umgewandelt werden können. Die Ministerpräsidenten und der Bundeskanzler haben am 28. Januar 1972 hierfür einen Termin im Frühjahr 1972 ins Auge gefaßt. Bis dahin müssen sich auch Bildungspolitiker und Finanzminister einigen. Dabei sollten die Bildungspolitiker Realismus beweisen und die Finanzminister als ebenso reformorientierte Partner, wenn auch mit breiterer Verantwortung betrachten. Die Aufgabe der Finanzminister ist eben nicht nur die Bildungsreform; sie müssen für eine gleichgewichtige Entwicklung aller öffentlichen Aufgabenbereiche sorgen.

In einer Stellungnahme vom 27. Januar 1972 haben die Länderfinanzminister wichtige Daten der Bildungsplanungskommission in Zweifel gezogen: Sie meinen, das Wachstum des Sozialproduktes werde vermutlich langsamer verlaufen als von der Bildungskommission angenommen; der Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt bis 1985 sei zu hoch angesetzt worden und der Anteil der Bildungsausgaben an den gesamten öffentlichen Ausgaben werde nicht so groß sein können, wie es die Bildungsplanungskommission fordert.

Über diese Punkte muß man nun reden. Aber auch hier kann es eine gemeinsame Plattform geben. Denn die Finanzminister haben in der Einleitung zu ihrer Stellungnahme auch festgestellt, daß durch die detaillierte Kostenprojektion der Bildungsplanungskommission die Verschärfung der Bildungsdebatte ermöglicht worden sei.

Was das zukünftige Wachstum des Sozialprodukts angeht, so kann man mit Alternativen rechnen. Geringere Wachstumsraten des Sozialproduktes werden auch einen geringeren Zuwachs der Personalkosten zur Folge haben. Was den Anteil der Bildungsausgaben an den gesamten öffentlichen Ausgaben betrifft, so zeigt diese Kennziffer schon in den vergangenen Jahren einen deutlich zunehmenden Trend. Und angesichts der großen Bedeutung, die Bildung und Ausbildung für die Zukunft des einzelnen und für die Gesellschaft haben, ist anzunehmen, daß mindestens der Trend anhalten wird. Insofern wird im Jahr 1985 auch der Anteil der Bildungsausgaben an den gesamten öffentlichen Ausgaben sicherlich spürbar größer sein als heute – wobei durchaus offen bleiben kann, ob dieser Anteil dann so groß sein wird, wie die Bildungsplanungskommission geschätzt hat. Alle Schätzungen bis 1985 können ohnehin nur Tendenzen andeuten. Es wäre vermessen, über einen so langen Zeitraum alle Einzelheiten im Detail zu quantifizieren. Kostenwirksame Entscheidungen, die für den Ablauf der Reform erforderlich sind, aber heute noch nicht gefällt werden müssen, sollten auch erst zu dem Zeitpunkt fallen, wo sie getroffen werden müssen: sie werden dann auch sachgerechter getroffen werden können.

Vor Perfektionismus wird gewarnt. Er ist das Ende jeder langfristigen Planung. Ein in einer Arbeitsgruppe des Finanzplanungsrates im Jahr 1970/71 gemachter Versuch zur Berechnung der gesamten öffentlichen Ausgaben im Jahr 1985 scheiterte an eben diesem perfektionistischen Anspruch. Die Ministerpräsidenten und der Bundeskanzler haben sich dementsprechend in ihrer Sitzung am 28. Januar 1972 darauf geeinigt, den erneuten Versuch einer solchen Gesamtrechnung auf „Eckwerte“ zu beschränken. Die gesamtwirtschaftliche Plausibilität der Bildungsreform muß überprüft werden, nicht mehr und nicht weniger.

Es wird sich dabei herausstellen, daß die Strukturreform des Bildungswesens bezahlbar ist, wenn auch nicht alle quantitativen Wünsche, die mit ihr vielleicht verbunden werden. Deswegen wäre es falsch gewesen, wenn die Mehrheit in der Bildungsplanungskommission im März 1971 den CDU/CSU-Ländern nachgegeben hätte und die Regierungschefs bereits damals nach dem Finanzrahmen gefragt hätten, bevor noch die Grundzüge der Reform beraten waren. Eine solche Politik hätte nur dem bildungspolitischen Status quo gedient; kein Wunder, daß der baden-württembergische Finanzminister Gleichauf sie heute noch vertritt. Denn erst muß man wissen, was sachlich richtig ist — dann erst kann man davon sinnvolle Abstriche machen, wenn sich nämlich herausstellt, daß nicht alles auf einmal zu bezahlen ist.

Bundestagsopposition und CDU geführte Länder sollten sich nicht der Illusion hingeben, daß bei der notwendigen Einpassung des Bildungsgesamtplans in die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten ausgerechnet die Strukturreformen geopfert werden. Wenn Ministerpräsident Stoltenberg meint, daß neben einer Reihe quantitativer Verbesserungen die 70er Jahre im Schulbereich „Versuche“ bringen sollten und sonst nichts, so ist das sicherlich zu wenig für sozialdemokratische Politik. Schulversuche sind Mittel zur kontinuierlichen Planung und Überprüfung der Schulreform; sie sind kein Ersatz für sie.

Der Zwischenbericht ist eine fundierte bildungspolitische Ausgangsposition für die jetzt bevorstehenden Beratungen mit denjenigen, die die wirtschaftlichen Möglichkeiten abschätzen müssen: Finanzminister und Kabinette. Daß sich auch die Bildungspolitik nach der Decke strecken muß, ist dabei eine Selbstverständlichkeit. Aber es muß eine Decke sein, nach der man sich immerhin strecken kann — und von der man nicht von vornherein weiß, daß sie überall zu kurz sein wird.

Daß die Bevölkerung eine Verstärkung der Bildungsausgaben will, daran besteht kein Zweifel. Befragungsergebnisse beweisen das ungebrochene Interesse der Eltern und Jugendlichen an einer Steigerung der öffentlichen Anstrengungen im Bildungsbereich. Wir müssen dem entsprechen, soweit es eben geht: Immerhin ist der Anteil der Ausgaben für Bildung und Wissenschaft am Bruttonsozialprodukt, nachdem er jahrelang um die 4 % stagnierte, 1971 auf etwa 4,8 % gestiegen — das ist ein Anstieg von etwa 20 %. Und die mittelfristigen Planungen der Länder und des Bundes deuten an, daß dieser aufsteigende Trend anhält.

Und nun zur Gemeinsamkeit in der Bildungspolitik. Mit dem, was gesellschaftspolitisch und volkswirtschaftlich vertreibbar ist, müssen wir in den kommenden Jahren Verbesserungen und Reformen des Bildungswesens finanzieren. Wenn dabei nicht alle Länder im gleichen Schritt vorangehen, wäre das schade, aber kein Novum. Ein Bildungsgesamtplan ist ein Rahmenplan, ein Zielpunkt mit Etappen. Er soll diejenigen, die zustimmen — und nach der Bund-Länder-Vereinbarung müssen dies mindestens 9 der 12 Regierungschefs sein —, binden. Soviel Erneuerung des Bildungswesens wie möglich, und soviel Gemeinsamkeit wie möglich (und möglich, natürlich) lautet die Devise — nicht umgekehrt, oder, wie der Bundeskanzler es formuliert hat: „Gemeinsamkeit darf natürlich nicht bedeuten, daß der Langsamste das Tempo bestimmt. Alle Beteiligten müssen sich klar darüber werden, daß eine wirkliche Reform erforderlich ist . . . mit Schönheitsreparaturen ist es nicht getan.“

Bedauerlich, aber möglich wäre es, wenn so der Ausbau der Gesamtschulen in den sozialdemokratisch geführten Ländern zügiger vorangeht als anderwo — solange alle Länder durch die

Planung in Schulzentren diese Zukunft nicht verbauen. Am Ende der Entwicklung wird auch in den heutigen CDU-Ländern ein verschmolzenes Schulsystem stehen, und diese Länder können dann aus den sozialdemokratischen Erfahrungen lernen. Kritischer ist allerdings die Frage der Lehrerausbildung. Aber auch hier kann Gemeinsamkeit nicht der für sich in Anspruch nehmen, der unbeweglich auf seiner Position beharrt. Wer Gemeinsamkeit in der Bildungspolitik – die wir alle wollen – fordert, der darf die Position des Sachverständes und der Bürgerwünsche nicht einfach zur Seite schieben. Nehmen wir den internationalen Sachverständ als Schiedsrichter. Gemeinsamkeit auf der Basis OECD-Bericht (1971) – wäre das eine Offerte für die Opposition?

Die veröffentlichte Meinung irrt also, wenn sie die Lage der Bildungsreform als aussichtslos beschreibt. Die Bürger irren leider, soweit sie hoffen, alle Früchte der Bildungsreform könnten in wenigen Monaten oder auch Jahren geerntet werden; wir müssen ihnen das nüchtern klar machen. Die Bildungsreform er, schließlich, dürfen in den Finanzministern nicht ihre natürlichen Feinde sehen: Diese sind vielmehr – jedenfalls in den sozialdemokratisch geführten Kabinetten – Verbündete mit anderer Aufgabenstellung.

Und wenn die konservative Opposition meint, sie könnte sich stets hinter knappen Kassen verstecken, um einer sozialen und demokratischen Bildungsreform zu entgehen, so werden wir dies schonungslos aufdecken. Die Bürger haben ihre Wünsche klar ausgedrückt. Die CDU sollte das bedenken.

Es gab schon immer gute Gründe für eine Lebensversicherung bei der Volksfürsorge.

Jetzt gibt es noch zwei wichtige Gründe mehr:



Neue Tarife mit niedrigeren Prämien

Bis zu 12% Prämienermäßigung – diesen Vorteil bietet Ihnen unser neues, zeitgemäßes Tarifwerk. Denn bei uns kommen Rationalisierung, scharfe Kalkulation und die besonders niedrig gehaltenen Verwaltungskosten allen Versicherungsnehmern zugute.

30 oder 40% Sparzulage bei Tarifen nach dem 624-Mark-Gesetz
Mit einer Volksfürsorge-Lebensversicherung nach dem 624-Mark-Gesetz für Vermögensbildung bekommen Sie vom Staat jährlich bis zu 250 DM. Und Sie sparen Steuern. Wie das geht, erfahren Sie aus unserem Sonderprospekt. Oder im Gespräch mit unserem Mitarbeiter.

Keine Sorge –

Volksfürsorge

Sport in der Bundesrepublik

„Niemand kann die Bemühungen der Regierung übersehen mitzuheilen, daß der Sport nicht ein Anhänger bleibt, sondern ein Integrierter Bestandteil unserer Gesellschaft wird und daß er einen bedeutenden Platz in einem erneuerten Bildungssystem behält.“

Bundeskanzler Willy Brandt

Sport ist für viele Bürger in das Leben einbezogen. Der Sport kann

- zum Wohlergehen und zur Gesundheit beitragen,
- freudiges Erleben in selbstgestalteter Betätigung vermitteln,
- in Vereinen, Verbänden, Gruppen und freien Gemeinschaften die soziale Integration bewirken,
- ein Übungsfeld für demokratische Formen der Menschenführung sein.

In der Erfüllung dieser selbstgestellten Aufgaben, an denen auch der Staat interessiert ist, bedarf der Sport der Hilfe der Gebietskörperschaften (Bund, Bundesländer, Kreise, Gemeinden).

Grundsätze zur Förderung des Sports

Sozialdemokraten sichern dem Sport die Chance, unbeeinflußt seinen Rang zu bestimmen. Bei der ständig zunehmenden Zahl der Sportler und der Sportinteressierten, der umfassenden Bedeutung und den neuen Aufgaben des Sports ist die Förderung durch die Politik erforderlich. Die Erfüllung der wesentlichen Aufgabe des Deutschen Sportbundes — dieser freien Gemeinschaft der deutschen Turn- und Sportverbände und Sportinstitutionen — liegt auch im öffentlichen Interesse.

Die früher subsidiär gewährte Hilfe genügt nicht mehr. Für den sich ständig vergrößern- den, nur gemeinschaftlich zu lösenden Aufgabenkreis ist es notwendig, miteinander frühzeitig zu planen und zu realisieren, ohne dabei die Aufgaben und die Abgrenzungen aufzu- geben.

Die Bundesregierung unterstützt — nach der Verfassungslage — besonders die Bestrebun-

gen des Deutschen Sportbundes, die der Verbesserung der Führungs- und Verwaltungsstruktur sowie der Organisations- und Planungsmethoden im sportfachlichen Bereich dienen. Diesem Ziele dient neben der Neuorganisation der DSB-Bundesausschüsse u. a. auch der Bau eines „Hauses des Sports“ in Frankfurt, das die Verwaltungen des Deutschen Sportbundes, des Nationalen Olympischen Komitees, der Stiftung Deutsche Sporthilfe und die Geschäftsstellen vieler Bundessportfachverbände aufnehmen wird. Eine wesentliche Rationalisierung der Verwaltung sollte möglich sein. Der Bundeszuschuß wird den überwiegenden Teil der Baukosten decken. An den Deutschen Sportbund werden zunehmend verstärkt Bundesmittel für zentrale Führungsaufgaben und für Sondermaßnahmen bereitgestellt.

Die Bundesregierung hat dem Deutschen Sportbund vorgeschlagen, gemeinsam eine langfristige Gesamtkonzeption für die Sportförderung auf Bundesebene zu erarbeiten, in der die Zielvorstellungen der Bundesregierung und des Sports übereinstimmend festgelegt werden sollen. Diese Konzeption soll die zentrale Förderung des Breitensports und eine Finanzplanung umfassen, die Förderung des Spitzensports und des Sports in den Entwicklungsländern einbeziehen; sie wird mit den Bundesländern abzustimmen sein.

Mit dem in der VI. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eingesetzten Sonderausschuß für Sport und Olympische Spiele ist erstmals seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland im Parlament für die Fragen der Sportförderung ein besonderer Ausschuß zuständig. Sein Wirken hat inzwischen erkennen lassen, daß die Parlamentarier die Sportförderung als eine wesentliche Aufgabe würdigen. Der Sport hat neben den Kontakten zu der Bundesregierung nun im Deutschen Bundestag seine besonderen Möglichkeiten gefunden.

Schaltstellen

Die Erkenntnis ist gewachsen, daß eine wirk-
same Förderung des Sports nur möglich ist,

wenn die privaten und öffentlichen Träger eng zusammenarbeiten. In der „Deutschen Sportkonferenz“ wird dies ermöglicht. Der Bund, die Länder, die kommunalen Spitzenverbände, die im Bundesrat vertretenen Parteien und die Vertreter des Sports sitzen paritätisch an einem Tisch. Dabei hat der Sport die gleiche Zahl der Vertreter wie alle Delegierten der Politik und der Gebietskörperschaften zusammen. Die „Deutsche Sportkonferenz“ hat sich als ihre wesentlichen Aufgaben gestellt,

- Aktionen zu einer umfassenden gesellschaftspolitischen Integration des Sports anzuregen,
- Maßnahmen zur Förderung des Sports auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu koordinieren, die eine Zusammenarbeit aller Beteiligten erforderlich macht.

Zu diesem Zweck hat sie Fachausschüsse gebildet für die Förderung des Sports an Schule und Hochschule, des Breitensports, des Leistungssports, der Sportwissenschaft, für die Organisation und Verwaltung des Sports und für die Gesetzgebung. Inzwischen haben diese Fachausschüsse ihre Arbeit aufgenommen. Erste Ergebnisse konnten der „Deutschen Sportkonferenz“ bereits vorgelegt werden. Diskussionen und Beschlüsse zeigen auf, wie notwendig dieses Parlament für Sportler und Politiker ist. Inzwischen sind aber auch Schwierigkeiten deutlich geworden, die sich bei der Durchsetzung der Beschlüsse bei der unveränderten Zuständigkeit der Partner ergeben. Hier wird es notwendig sein, ebenso behutsam wie überzeugend, sachkundig und unermüdlich zu wirken. Die Zeit für die Bewährung hat begonnen, in der sich dieses „Parlament für den Sport“ bewähren muß.

Weltweit ist anerkannt worden, daß die Fortentwicklung im Sport wesentlich von den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung abhängt. Auch anzuerkennende Bemühungen des Deutschen Sportbundes, einiger Bundesländer und einiger Hochschulen vermochten es nicht, ein insgesamt zufriedenstellendes, vorausschauendes und wirksames Gesamtkonzept zu schaffen und zu realisieren. Die Bundesregierung und der Deutsche Sportbund planten und realisierten gemeinschaftlich das „Bundesinstitut für Sportwissenschaft“. Es hat seine Arbeit inzwischen aufgenommen. Anzuerkennen ist die erkennbare Entwicklung, daß Universitäten und Hochschulen mit Hilfe der Kultusminister einiger Bundesländer dem Sport erhöhte Auf-

merksamkeit zuwenden. So ist erfreulich, daß nun an einigen Hochschulen auch die Promotions- und Habilitationsmöglichkeiten für Sportwissenschaften gegeben wurden. Jetzt wird es darauf ankommen, daß durch geeignete Persönlichkeiten die Chancen genutzt werden, um den begonnenen Weg zielstrebig weiter auszubauen. Dazu tragen neben den Sporthochschulen auch einige Universitäten bei, die Fachbereiche für Sportwissenschaften und sportliche Praxis eingerichtet haben und ihre Erfahrungen sammeln. Notwendig wird sein, diese Anfänge auszuweiten, die Erfahrungen auszutauschen, notwendige Konsequenzen zu ziehen, die Aufgaben in Übereinstimmung durchzuführen und die Ergebnisse – mit Hilfe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft – allen interessierten Hochschulen, Sport-Fachverbänden und Persönlichkeiten zu übermitteln.

Breitensport

Auch wenn weltbedeutende spektakuläre Sportereignisse, die demnächst in unserem Land stattfinden werden, im Mittelpunkt des Interesses stehen mögen, bleibt es doch unser wesentliches Ziel, die Voraussetzungen zu schaffen und die Angebote zu fördern, durch die noch mehr Bürger als bisher sportlich aktiv tätig werden: Dabei sind Angebote für alle Altersgruppen anzustreben, für Familien, für Frauen und Mädchen, damit in Neigungsgruppen in selbstgewählten Sportarten eine ganzjährige Teilnahme am Übungsbetrieb erreicht wird. Solche Möglichkeiten zu fördern, ist eine besondere Aufgabe der Gemeinden, Landkreise und der Bundesländer. Das kann gut gelingen, wenn die Landessportbünde und die Landesregierungen in Verbindung mit den kommunalen Spitzenverbänden für die Ausbildung, Fortbildung und Entschädigung der Übungsleiter in Sportvereinen und -verbänden zusammenwirken. Im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Möglichkeiten bemüht sich auch die Bundesregierung um eine verstärkte Förderung des Breitensports und fördert z. B. die Aktion „Trimm Dich durch Sport“ durch Bundesmittel.

Leistungssport, Spitzensport

Zum Sport gehört das Leistungsstreben und der Leistungsvergleich. Dabei können die Leistung und die sportliche Haltung vorbildhaft für die Gesellschaft und zum Breitensport wirken. Die in den Nationalmannschaften starten-

den Sportler erfüllen durch ihre Leistungen und durch ihr Auftreten auch Aufgaben der nationalen Repräsentation, ohne dies zu überspitzen oder zu einer Belastung für die Athleten und Ihre Verbände werden zu lassen.

Der Deutsche Sportbund hat zusammen mit seinen Bundesfachverbänden den Bundesausschuß zur Förderung des Leistungssports gebildet, dessen koordinierende Aufgabe inzwischen deutlich geworden ist. Die sich aus der Verfassung ergebenden unterschiedlichen Aufgaben der Bundesregierung und der Länderregierungen werden durch ständige Konsultationen für diese Aufgaben verbunden. Die Verbindung zwischen dem Bundesausschuß des DSB zur Förderung des Leistungssports und dem Bundesinstitut für Sportwissenschaft ist zwar aufgenommen, wird aber noch mehr zu festigen sein, damit der optimale Erfolg erreicht werden kann. Alle Maßnahmen der Gebietskörperschaften für den Spitzensport sollten berücksichtigen, daß der Spitzensport stets zum Breitensport Wechselwirkungen erreicht.

Sport-, Erholungs- und Freizeitanlagen
sind Einrichtungen für die Bürgerschaft. Sie dienen als Kommunikationsstätte für selbstgestaltendes, gesellschaftliches und aktives sportliches Leben. In zweckmäßigen und dem Stile unserer Zeit entsprechenden Anlagen werden die Bürger angeregt, ermutigt und ermuntert, sportliche Ziele bei gegenseitiger Hilfe zu erreichen und in Gemeinschaften das Verständnis zueinander zu finden und zu festigen.

Die Deutsche Olympische Gesellschaft hat erstmals 1960 mit dem „Goldenen Plan“ Ihre Empfehlung für die Planung, den Bau und die Finanzierung der Sportstätten in der Bundesrepublik Deutschland gegeben, die von allen im Sport und in der Politik Verantwortlichen anerkannt worden ist.

Im Jahre 1969 bot die Bundesregierung den Bundesländern an, die Finanzierung des Sportstättenbaues als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz festzuhalten und damit die Verpflichtung zu übernehmen, 50 Prozent der Baukosten aller Sportstätten künftig zu finanzieren. Nach der bestehenden Verfassungslage muß sich nun der Bund aus der Mittfinanzierung der allgemeinen Sportstätten zurückziehen. Dafür aber wird er die ihm verfassungsrechtlich obliegenden Aufgaben voll wahrnehmen. Diese Entwicklung trifft besonders die Baulastträger in den finanzschwachen Bundesländern.

Eine unserer wesentlichen Aufgaben für die Sportförderung wird demnächst sein, daß von den Bundesländern Sportstättengesetze als Voraussetzungen für die Planung, den Bau und die Finanzierung von Sportstätten zu schaffen sind. Dabei sollten Sport-, Erholungs- und Freizeitanlagen so geplant, gebaut und unterhalten werden, daß sie dem Sport in Schulen und Vereinen und der sportlichen Freizeitgestaltung dienen können. Entwürfe zu solchen Gesetzen liegen den sozialdemokratisch geführten Landesregierungen in Düsseldorf, Wiesbaden und in Hannover vor. Gestützt auf Sportstättengesetze könnten die Landesregierungen dann die Richtlinien zur Bedarfsermittlung, Größenordnung und Finanzierung der Sport-, Erholungs- und Freizeitanlagen schaffen.

Alle Sport-, Erholungs- und Freizeitanlagen sind einander gut zuzuordnen und sollen verkehrsmäßig gut erschlossen sein. Den Hochschulen sollen Sportstätten unmittelbar zugeordnet werden, die auch als Leistungszentren für bestimmte Sportarten genutzt werden können (Bundesleistungszentren, dezentralisierte Bundesleistungszentren, Landesleistungszentren).

Alle Sport-, Erholungs- und Freizeitanlagen müssen der sportlichen Praxis und den Erkenntnissen der Sportwissenschaft entsprechen. Sie sind ein Teil der von uns zu gestaltenden Umweltbedingungen, durch die die Neigungen zum Sport, die sportliche Aktivität und Leistung angeregt und gefördert werden können.

Die von vielen Gemeinden, auch von einigen Bundesministerien und Industriebetrieben inzwischen in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sportbund geschaffenen Trimm-Dich-Anlagen und „Vitaparcours“ mit ihrem Angebot zum sportlich aktiven Handeln verdienen es, besonders anerkannt und gefördert zu werden.

Sport in Schule und Hochschule

Obwohl die Bundesregierung nur eine beschränkte gesetzliche Kompetenz hat, legte Ihr zuständiger Bundesminister für Bildung und Wissenschaft erstmals das Programm „Der Sport in Schule und Hochschule“ vor, weil die Bundesregierung eine Intensivierung des Sports in allen Bildungsbereichen für erforderlich hält. Es geht ihr dabei um eine durchgehende Berücksichtigung der körperlichen Erziehung und der damit zusammenhängenden Fragen. Der Sportunterricht soll von einer breit

angelegten Grundausbildung ausgehen und zu einer Neigungs- und Leistungsdifferenzierung im Sekundarbereich überleiten. In dem von der Öffentlichkeit stark beachteten und den Gegebenheiten entsprechenden Plan zeigt die Bundesregierung auf, welche Ziele sie gemeinsam mit den Kultusministern der Bundesländer und dem Deutschen Sportbund kurz-, mittel- und langfristig anstrebt.

Der Deutsche Sportbund legte ebenfalls sein „Aktionsprogramm für den Schulsport“ vor. Die Kultusminister der Bundesländer entwickelten, formulierten und präzisierten danach ihre Auffassungen. Der Ausschuß für Sport in Schule und Hochschule der Deutschen Sportkonferenz forderte die für diese Aufgaben verantwortlichen kommunalen Spitzenverbände, die Kultusminister der Bundesländer, den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und den Deutschen Sportbund auf, die Programme zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzufügen und zu verabschieden. Die Deutsche Sportkonferenz hat diese Bitte durch einstimmigen Beschuß unterstützt.

In den Beratungen der Ständigen Konferenz der Kultusminister sind bei Anerkennung und Unterstützung des Gesamtprojektes inzwischen Bedenken zu Einzelfragen aufgetaucht, die die Zustimmung hinausgezögert haben. Der Sportbeirat beim Parteivorstand der SPD hat alle sozialdemokratischen Kultusminister dringend gebeten, alles zu tun, um alsbald das „Aktionsprogramm für den Sport an Schule und Hochschule“ verabschieden zu können, damit es als Grundlage der künftigen Arbeit wirksam werden kann.

Sport am Arbeitsplatz

Beeindruckt von den Erfolgen des den Arbeitnehmern ermöglichten Ausgleichsports an ihrem Arbeitsplatz in Japan und in der UdSSR habe ich beim Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, bei der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und beim Deutschen Sportbund vor geraumer Zeit erfreuliche Zustimmung gefunden, um auch in der Bundesrepublik Deutschland mit solchen Maßnahmen zu beginnen. Inzwischen liegt dafür die Zustimmung aller Partner vor. Auch die Bundesregierung erklärte sich bereit, bei den ersten etwa 50 Modellversuchen fördernd mitzuwirken.

Das Zusammenarbeiten zwischen Sportlern, Sportinteressierten, den Gewerkschaften und den Arbeitgebern könnte dazu beitragen,

durch ausgleichende sportliche Übungen am Arbeitsplatz während der Arbeitszeit für unsere Arbeitnehmer Entlastung und auch Freude zu bewirken und die Chance für eine bessere Gesunderhaltung zu bieten. Die inzwischen vom Deutschen Sportbund und den Partnern entwickelten Modelle können dazu führen, für die Bundesrepublik eine eigene, der Mentalität unseres Bürgers und unseren Möglichkeiten entsprechende Art des Ausgleichssports am Arbeitsplatz zu entwickeln.

*

Die Olympischen Spiele 1972 in München und in Kiel, gewiß auch die Fußball-Weltmeisterschaft 1974 in vielen Städten der Bundesrepublik werden die Aufmerksamkeit der Sportfreunde in aller Welt auf die Bundesrepublik Deutschland lenken. Damit wird eine sonst kaum erreichbare publizistische Wirkung in allen Ländern zu erzielen sein. Wir sind daran interessiert, unser Land und unser Volk der Weltöffentlichkeit objektiv darzustellen.

Die Leistungen der weltbesten Sportler bieten Anreiz, vermitteln Freude und auch Entspannung für die Zuschauer. Zu hoffen ist, daß besonders die Publikationsorgane diese Sportereignisse benutzen werden, um das Interesse am Sport zu fördern, damit noch mehr Bürger als bisher für die aktive Beteiligung und zur Mitarbeit im Vereins- und Verbandsleben gewonnen werden. Unsere Sportler und unsere Mannschaften werden uns durch ihre Leistungen und durch ihr Auftreten repräsentieren. Wir werden uns über jede Medaille, über jeden Sieg und jede gute Platzierung freuen. Gleichzeitig wollen wir unsere Sportler, ihre Organisationen und uns aber davor bewahren, überhöhte oder nicht erfüllbare Hoffnungen zu wecken. Auch wenn ich den sportlichen Erfolg erstebe und würdige, kann er nicht als Maßstab für das Leben in unserer Gesellschaft gelten.

Gerhard Szczesny und die Linken

Man kann Gerhard Szczesny einiges vorwerfen. Man kann ihm vorwerfen, wie es Reinhard Baumgart im „Spiegel“ getan hat, sein Buch „Das sogenannte Gute“ enthalte „einen wahrhaft pluralistischen Haufen von Aussagesätzen, von Bekenntnissen, Thesen, Vorschlägen, aus denen sich jeder kopfnickend mit den ihm genehmten Parolen versorgen könnte“, oder man kann ihm vorwerfen, wie Ivo Frenzel in der „Süddeutschen Zeitung“, er, Szczesny, verkörpere nur noch freischwebende Intelligenz und seine Position sei die Position des vereinigten einzelnen. In beiden Bemerkungen steckt ein Körnchen Wahrheit, aber eben nur ein Körnchen. Beide Kritiker übersehen, daß Szczesny in zwei Dingen völlig konsequent ist, einmal in der radikalen Ablehnung des Marxismus als Heilslehre, zum anderen in seinem Bekenntnis zur sozialen Demokratie, man kann auch, benutzt man die Terminologie der SED, „Sozialdemokratismus“ sagen. Tatsächlich lesen sich einige Passagen seines Buches wie eine Fortschreibung des „Godesberger Programms“. Dies aber, so meine ich, ist weder die Position eines vereinigten einzelnen, noch die Position eines „Linksliberalen“, „dessen Bewußtseinsgeschichte (ein schreckliches Wort) langsam, noch immer widerstreitend, fast schon zu der eines Sozialisten wird“, wie sich Reinhard Baumgart recht arrogant im „Spiegel“ ausdrückt.

Zu dem einen ist zu sagen, Szczesnys Ansichten sind nicht die Ansichten eines einzelnen, sie werden von vielen geteilt, zum anderen, Szczesny war immer ein konsequenter Demokrat, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei schon Anfang der fünfziger Jahre, und seine Ansichten zur sozialen Evolution waren schon damals vorhanden, wenn auch nicht so profiliert. Szczesny hat sich konsequent weiterentwickelt, während andere, so viele seiner Kritiker, erstaunliche Entwicklungssprünge in den letzten Jahren vollbracht haben, Sprünge von wahrhaft eloquerter literarischer wie politischer Artistik. Zweifellos, und hier muß man den Kri-

tikern recht geben, enthält sein Buch *) zu viele Ansätze, die zwar durchdacht, aber oft nicht zuende geführt oder zu wenig ausführlich behandelt worden sind. So entsteht der Eindruck eines Sammelsuriums, der vermeidbar gewesen wäre; aber Gerhard Szczesny selbst hat, jedenfalls mir gegenüber, dieses Buch nur als einen „Essay“ bezeichnet, etwas verwundert darüber, daß man so viel mehr, gleichsam ein grundlegendes Werk, von ihm erwartet hat. Doch lassen wir Szczesnys Kritiker und kommen wir zu dem Buch selbst, das ich hier vorwiegend politisch behandeln möchte, zumal viele seiner „politischen“ Leser anscheinend nur das erste Kapitel „Abschied von der Linken“ gelesen haben, um sich ein Urteil zu bilden.

Szczesnys Abschied

Ein Abschied kann vieles sein, ein Abschied am Abend, um sich am Morgen wiederzusehen, ein Abschied für Tage oder Wochen, oder auch ein Abschied für immer. Szczesny meint natürlich den Abschied für immer, also auf Lebenszeit. Aber gerade daran glaube ich nicht so recht. Denn von wem verabschiedet sich Szczesny? Von der Linken. Aber was ist das: die Linke? Sind es die Sozialdemokraten aller Schattierungen, sind es die DKP-Leute, die Maoisten, die Trotzkisten, die Jungdemokraten, die sich heute ebenfalls „links“ nennen, und so fort? Meint Szczesny den riesigen Brei von sich bekämpfenden Sekten, Gruppen, Organisationen, Parteien, mit ihren jeweils sehr differenzierten, ja oft entgegengesetzten Anschauungen? Das kann nicht sein.

Die große Mehrheit der Sozialdemokraten steht auf dem Boden der sozialen Evolution, teilt also mehr die Ansichten Szczesnys als irgend eine andere. Das dürfte auch für die große Masse der Wähler der SPD gelten. Sie alle, einschließlich der Partei, werden von den Rech-

*) Gerhard Szczesny, Das sogenannte Gute, Rowohlt Verlag, Reinbek 1971, 210 Seiten, Leinen, 18,50 D.M.

ten als „Linke“ angesehen, und an dieser pauschalierenden Einteilung ändert niemand etwas. Verabschiedet sich Szczesny also von sich selbst? Nein, sein Abschied ist anders begründet.

„*Unser Abschied von der Linken ist mehr als ein Abschied vom Radikalismus der Rigoristen – es ist ein endgültiger Abschied auch vom Glauben an eine naive Freiheits- und Fortschrittsideologie.*“

Aber wie? Szczesny verabschiedet sich von dem Radikalismus der Rigoristen? Hat er denn jemals die Ansichten dieser radikalen Rigoristen geteilt? Wenn nein, wie kann er sich dann von ihnen verabschieden? Und dann: sind diese Rigoristen „die Linke“? Für mich sind sie es nicht. Sie sind Romantiker, deren radikaler Rigoriemus dem großen Refugium des deutschen Idealismus entspringt, und dies auch dann, wenn sie sich auf Karl Marx berufen.

Zum anderen verabschiedet sich Szczesny auch „endgültig“ vom Glauben an eine naive Freiheits- und Fortschrittsideologie. Wer aber lebt noch in dieser naiven Fortschrittsgläubigkeit? Die Sozialdemokraten? Ich glaube kaum. Auch sie denken längst an einen kontrollierten, geplanten, Überschaubaren Fortschritt, der in keiner Hinsicht die gläubige Naivität des neunzehnten Jahrhunderts zum Inhalt hat, sondern eher der Definition von Szczesny entspricht. Und dies gilt auch für viele Sozialisten, die nicht der Sozialdemokratie angehören. Eine naive Fortschrittsgläubigkeit gibt es nur noch in den Ostblockstaaten, und auch dort nur am lichersseits verordnet. Was bleibt also innerhalb der Linken an naiven Fortschrittsgläubigen? Wiederum die Rigoristen? Oder ein paar Dozenten, Politologen, Soziologen? Lohnt es, sich ihretwegen gleich von der gesamten Linken zu verabschieden? Hier, so meine Ich, hätte Szczesny stärker modifizieren und genauer analysieren müssen, schon, weil es leichtsinnig ist, die Linke mit den radikalen Rigoristen und Utopisten gleichzusetzen.

Szczesnys unvermögende Ideologen

Es ist faszinierend zu lesen, mit welcher Rigorosität seinerseits Szczesny den abendländischen Ideologien vom Christentum bis zum Marxismus ihr Versagen und den Ideologen ihr Unvermögen vorhält. indem sie das Gute wollten, bewirkten sie das Böse, wörtlich:

„*Das meiste Übel in dieser Welt ist nicht auf böse Absichten, sondern auf die bösen Folgen*

eines unbegrenzten Willen zum Guten zurückzuführen.“

Dieser Satz scheint mir in dieser Konsequenz gefährlich zu sein, denn, wenn es so ist, müßte man ihn auch umdrehen können, dann müßte der unbegrenzte Wille zum Bösen das Gute bewirken. Da es aber ein drittes Wollen nicht gibt, also den Willen zu einem Ding zwischen Gut und Böse, bleibt es immer bei dem unbegrenzten Willen zum Guten, es sei denn, wir wären fähig, alle Unterschiede zwischen Gut und Böse aufzuheben, womit dann alle ethischen Grundlagen nicht nur der abendländischen Zivilisation zusammenbrächen. Ob wir dann dem „konkreten Menschen“ Szczesnys näher wären, oder nicht viel mehr der allgemeinen Anarchie, ist mehr als fraglich.

Trotzdem ist Szczesnys Feststellung über die bösen Folgen der Ideologien kaum zu widerlegen: Verfolgungen, Folterungen, Mord an Millionen Menschen, nur, weil sie sich in das „Prokrustesbett der Wahrheit“ dieser oder jener Ideologie nicht ohne weiteres hineinzwängen ließen. Szczesny macht dafür das Wirken eines realitätsfeindlichen und realitätsfremden Geistes verantwortlich, der, in sich selbst befangen, utopischen Welt- und Gesellschaftsmodellen nachjagt. Dieser „idealistische Geist“ baut sich den Menschen nach seinem Bild, was nach Szczesnys Ansicht zur folgenschwersten Pervertierung des Verständnisses von Moral führt.

„*Ein Mensch kann freundlich, hilfsbereit, einsichtig, zuverlässig sein – all dies hilft ihm nichts, wenn es um die Frage der Fragen geht: tellst Du unseren Glauben an Gott oder Christus, an den Weltgeist, an Marx oder an Mao oder die Weltrevolution? Nur ein bedingungsloses „Ja“ kann ihn vor der Verdammnis, vor der physischen und psychischen Vernichtung retten.“*

Aber Szczesny geht noch weiter. Für ihn ist die gesamte Geschichte der christlich-abendländischen Kultur die Geschichte der Verneinung und Zerstörung des Lebens durch jede Art von Idealismus hörgen Geist, wobei er den Christen noch den Willen zur Liebe läßt, den Marxisten aber vorhält, daß sie den Begriff „Liebe“ erst gar nicht in ihren Tugendkatalog aufgenommen haben. Das sind ungeheuerliche Anklagen, die an Radikalität nichts zu wünschen übrig lassen. Aber es bleibt, bei aller Berechtigung dieser Vorwürfe, doch die Frage an Gerhard Szczesny: Haben die Ideologien mit ihrem

Willen zum Guten denn nur das Böse bewirkt?
Ist unsere gesamte Zivilisation und Kultur, so weit man sich zu ihr bekennt, nicht auch eine Folge des Wirkens der Ideologien? Gerhard Szczesnys Erklärung, alles, was wir besitzen, sei nur auf das technologisch-naturwissenschaftliche, also pragmatische Wirken des Menschen zurückzuführen, scheint mir allzu einfach und auch allzu einseitig. Besteht hier nicht vielmehr eine ständige Wechselwirkung, in der alle Bewegungen, alle Ursachen und Wirkungen, so ineinander verflochten sind, daß sie sich kaum so säuberlich sezieren lassen?

Szczesnys schwere Kränkungen

Szczesny sieht drei schwere Kränkungen der Eigentüme des Menschen in der Neuzeit: die kosmologische Kränkung durch Kopernikus, die psychologische Kränkung durch Freud und die biologische Kränkung durch Darwin. Er vergißt die ökonomische Kränkung durch Marx hinzuzufügen. Erst dann ist ein, wenn auch immer noch unvollkommenes, Bild der Bedingtheit des Menschen möglich, nämlich nicht nur in seiner biologischen, kosmologischen, psychologischen, sondern auch in seiner ökonomischen Abhängigkeit. So wäre er Karl Marx gerechter geworden. Statt dessen ordnet er Marx fast ausschließlich unter die Heilsapostel ein.

„Es hat eher den Anschein, daß der menschliche Narzißmus erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts seine volle Blüte erlebt. Der wiedererstandene Marx macht es möglich, die Existenz des Menschen auf jene „Gesellschaft“ genannte Dimension zu reduzieren, für die Bios und Psyche nur Reflexe „falschen Bewußtseins“ sind.“

Zweifellos – und das weiß auch Gerhard Szczesny – stellt jede neue Erkenntnis einen Totalitätsanspruch. Das galt für die Anhänger Darwins wie für die Anhänger Freuds. Aber aus beiden „Lehren“ wurde keine neue Heilslehre, keine alles umfassende, alles erklärende Weltanschauung. Das blieb der Lehre von der ökonomischen Abhängigkeit des Menschen vorbehalten, die ohne Bedenken verspricht, daß schon die Änderung der Produktionsverhältnisse zu einem konfliktlosen Leben in einer konfliktlosen Gesellschaft führt.

Szczesnys Ärgernis ist dieser auf eine geradezu verblüffende Einseitigkeit begründete Totalitätsanspruch, in dem er nicht nur eine Fortsetzung des traditionellen Idealismus sieht, sondern auch eine Störung des gesellschaftlichen Regelsystems.

„Das Bewußtsein verliert die Verbindung zum Sein und macht sich selbstständig. Die Theorie verarbeitet nicht mehr die ihr von den Reaktionen der Menschen zukommenden Informationen, sondern ist nur noch mit sich selbst beschäftigt, sie verliert die Fähigkeit, zwischen Möglichem und Unmöglichem zu unterscheiden. Wenn aber die Theorie nicht mehr eine Antwort auf die Bedürfnisse der Menschen, sondern nur noch auf die Bedürfnisse der Theorie selbst ist, wird ein solches System unstabil und kann nur noch mit Gewalt funktionsfähig erhalten werden.“

In diesem hier nur kurz skizzierten Vorgang liegt für Szczesny das Entstehen des Marxismus als Heilslehre, eine Heilslehre, die er mit dem Christentum gleichsetzt. Mit dem Marxismus kehrt für ihn jene missionarisch-eschatologische Gläubigkeit wieder, die die Christen viele Jahrhunderte lang dazu gebracht hat, Verbrechen für Wohltaten zu halten. Da er in den Marxisten, vor allen Dingen neuerer Prägung, „gesprächsunfähige monomane Elterer“, im Besitz des alleinseligmachenden Wissens, sieht, die den Begriff „Sozialismus“ diskreditieren, rät er den Sozialdemokraten, ganz auf das Wort „Sozialismus“ zu verzichten und zu versuchen, klar zu definieren, was getan werden muß, um die politische zu einer sozialen Demokratie zu erweitern.

Hier, wie auch in den praktischen gesellschaftspolitischen Forderungen, befindet sich Szczesny auf dem Boden der „linken“ Sozialdemokraten, wenn auch ohne Marx und all seine Nachfolgetheoretiker, und ganz in der Nähe jener Sozialisten, die in dem dritten Weg, nämlich in der Verbindung zwischen parlamentarischer Demokratie und einer flexiblen sozialistischen Wirtschaftsordnung (Szczesny sagt „sozialen“) die gesellschaftspolitischen Möglichkeiten von morgen sehen.

Ich glaube nicht, daß man dabei auf das Wort „Sozialismus“ verzichten kann, so wie ich auch den Verzicht auf gesellschaftspolitische Zielsetzungen nicht für möglich halte. Szczesny selbst setzt sich hier zu seinen eigenen Forderungen in Widerspruch. So verständlich sein Unbehagen, ja sein Mißvergnügen gegenüber den großen Utopien ist, die alle Glückseligkeit irgendwohin ins kommende Jahrtausend verlagern, sozusagen den Ur-Ur-Enkeln das versprechen, wofür sich heute angeblich zu sterben lohnt, so sehr ich seine Ablehnung der großen Vertüher, der Paradies- und Schlaraffenland-Theoretiker.

ker, teile, es bleibt doch — auch bei Szczesny — der kontrollierte, geplante, überschaubare Fortschritt „kleiner Schritte“, der ohne „Ziele“ nicht denkbar ist. Ob die Fixierung dieser Ziele allein den Pragmatikern überlassen werden kann, scheint mir mehr als fraglich. Das Anstreben solcher Ziele setzt Theorien voraus, unter denen man auswählen und unterscheiden können muß. Ohne sie wäre jeder Gesellschaftspolitiker eine taube Nuß.

Szczesnys Provokation

Viele Marxisten, auch jene, die man nicht ohne weiteres als orthodoxe bezeichnen kann, empfinden Szczesnys Buch als Provokation. Sie lehnen es ab, ohne auf seine Argumentation einzugehen. Das ist bedauerlich. Szczesny provoziert oft im Zorn, und wo er zornig ist, verlieren seine Argumente an Gewicht, aber er provoziert auch ebenso oft sehr bewußt. Er will, so scheint es mir, jene aus ihren ideologisch ummauerten Löchern herauslocken, die der Diskussion aus dem Wege gehen möchten. Aber ihre Weigerung wird ihnen wenig helfen, es sei denn, wir marschierten rüstig in ein neues Mittelalter hinein, diesmal nicht ein christliches, sondern ein kommunistisches Mittelalter, was nach Szczesny bei allen Unterschieden dennoch dasselbe ist. Ob es einmal Szczesnys Verdienst sein wird, diese Diskussion, die schon nach dem Zweiten Weltkrieg, ja schon nach der Niederlage der beiden Linksparteien 1933 begann, wieder in Gang gebracht zu haben, bleibt abzuwarten. Es wäre ihm und uns allen zu wünschen.

Noch ein Wort zu dem Stil dieses Buches. Reinhard Baumgart hat ihn im „Spiegel“ als oberlehrerhaft, trocken, schlecht lesbar bezeichnet. Das ist barer Unsinn. Dieses Buch ist von der ersten bis zur letzten Zeile lesbar und nach meiner Ansicht glänzend geschrieben. Langweilen können sich bei ihm nur jene, die neuerdings bei dem verharschten Stil von Lenin in die Schule gehen.

Willy Brandt

Friedrich Engels und die soziale Demokratie

Aus dem Inhalt:
Friedrich Engels und die soziale Demokratie
Rede zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels in Wuppertal
Rede zum 50. Todestag von August Bebel in Zürich
Rede zum 150. Geburtstag von Karl Marx in Trier
56 Seiten, Snolin-Broschur, 4,— DM

**Verlag
Neue Gesellschaft GmbH**



DM 4,80



DM 4,80



DM 5,80



DM 4,80



DM 3,80



**Taschenbücher
für
kritische Leser**



DM 3,80



DM 3,80



DM 5,80

„Jugoslawien löst Konflikte mit politischen und demokratischen Mitteln“

Gespräch mit Stane Dolanc

Stane Dolanc ist Mitglied des Exekutivbüros des Präsidiums des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und gilt als einer der möglichen Nachfolger Präsident Titos.

L. B.:

Herr Dolanc, in den letzten Wochen und Monaten hat das Rätselraten um die Entwicklung in Jugoslawien überall in der Welt stark zugenommen. Es gab zuerst die aufsehenerregenden Verfassungsänderungen, und dann kamen die Unruhen und die personellen Umstellungen in Kroatien. Einige Journalisten sind sogar soweit gegangen zu behaupten, daß die Entwicklung in Jugoslawien eine Folge der Entspannungspolitik der Bundesregierung oder, anders ausgedrückt, des neuen Verhältnisses zwischen Bonn und Moskau sei.

St. Dolanc:

Nun, Herr Bauer, diese letzte Behauptung gehört wohl in das Reich der Phantasie deutscher und auch anderer Journalisten. Es ist Ihnen wie auch mir bekannt, daß wir in Jugoslawien die Entspannungspolitik der Bundesregierung Deutschlands begrüßt haben und weiterhin begrüßen werden, so wie wir jeden Schritt derjenigen Regierungen begrüßen, die zur Entspannung und zur Stabilisierung der internationalen Beziehungen beitragen. Wenn man von den Hintergründen der Ereignisse in Jugoslawien spricht, dann muß man sich sicher die Geschichte Jugoslawiens vergegenwärtigen – wobei ich nicht nur an das Jugoslawien von heute denke. Ich denke an die Geschichte der Völker Jugoslawiens vor 1914, nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg. Und natürlich darf nicht vergessen werden, was sich zwischen 1941 und 1945 in diesem Lande abspielte. Sie wissen, daß der Jugoslawische Staat aus fünf verschiedenen Nationen besteht, und Sie wissen, daß die Geschichte dieser Nationen nicht unkompliziert verlief.

Die Formierung dieser Nationen war ein langer Prozeß, der eine unterschiedliche Intensität und ein unterschiedliches Tempo hatte. Einige unserer Nationen begannen erst 1945 im neuen Jugoslawien, wirklich frei zu leben. Das Bestreben nach Selbständigkeit und Freiheit sind die Hauptziele in der Geschichte unserer Nationen gewesen, auch während unseres Volksbefreiungskrieges, den wir gegen Hitler und seine Helfer geführt haben; diese Bestrebungen kamen eindeutig zum Ausdruck. Unser Volksbefreiungskampf und unsere Revolution hätten nie eine solche Tiefe und Breite erreicht, wenn nicht auch dieses Element eine Rolle gespielt hätte und wenn die Kommunistische Partei Jugoslawiens nicht die nationalen und sozialen Bestrebungen und Interessen unserer Nationen immer in Einklang zu bringen bestrebt gewesen wäre.

Im neuen Jugoslawien war uns von Anfang an bewußt, daß mit dem Volksbefreiungskampf erst eine Phase in bezug auf die Lösung der Nationalfrage abgeschlossen war. Es wurden die Brüderlichkeit, die Einheit und die politische Gleichberechtigung verwirklicht. Aber durch die Entwicklung jeder einzelnen Nation, durch ihre vollkommene Formierung, durch die ökonomische Entwicklung ist die Nationalfrage in eine neue Phase eingetreten. Diese Frage wird im Rahmen des Aufbaues einer sozialistischen Selbstverwaltungsgesellschaft gelöst auf der Grundlage, daß eine politische, ökonomische und kulturelle Gleichberechtigung geschaffen wird, was eigentlich auch

die sicherste Basis für die Stärkung und Integrität Jugoslawiens als einer sozialistischen Selbstverwaltungsgemeinschaft darstellt.

L. B.: Aus dem, was Sie eben sagten, ergibt sich doch, daß auch in Staaten mit einem kommunistischen oder sozialistischen Gesellschaftssystem die nationale Frage immer wieder eine große Rolle spielt.

St. Dolanc: Sie haben mit dieser Feststellung völlig recht. Aber gestatten Sie mir, noch einen wichtigen Gesichtspunkt hinzuzufügen, der die Hintergründe der Ereignisse in Jugoslawien sichtbar macht. Ich meine damit die ökonomische Unentwickeltheit ganz Jugoslawiens und dann die Tatsache, daß wir in Jugoslawien sechs Republiken haben mit verschiedenem ökonomischem Niveau. Das Problem ist nun, daß sich die Grenzen der ökonomischen Entwicklung oder Unterentwicklung auch mit den Grenzen der Nationen und Republiken decken. So erhält jede ökonomische Frage eine nationale und, wenn Sie so wollen, eine politische Qualität.

Ich muß auch bei der Beschreibung des Hintergrundes daran erinnern, daß wir in unserer Vergangenheit ein zentralistisches, statistisches ökonomisches System hatten. In solch einem System war es unmöglich, daß die Arbeiter, Betriebe, Kommunen sowie die Republiken eine Position erhielten, die ihrer nationalen Produktivität und Ihren nationalen ökonomischen Möglichkeiten entsprach. Das wirkte sich noch heute aus – obwohl wir Anfang der fünfziger Jahre versuchten, die erkennbaren Konsequenzen aus dem zentralistischen, statistischen ökonomischen System zu ziehen. Gegen die Folgen des früheren zentralistischen Systems in der Wirtschaft kämpfen wir noch heute an, und dieser Kampf wird weder kurz noch einfach sein.

L. B.: Wenn ich es richtig verstehe, haben Sie die objektiven Faktoren aufgezählt, die die Entwicklung in Jugoslawien bis in die heutige Zeit hinein bestimmten. Nun gibt es aber sicherlich auch subjektive Faktoren?

St. Dolanc: Sie haben ganz recht. In der Führung jeder politischen Organisation gibt es Leute, die sich schon als Führer eines neuen Staates sehen.

L. B.: Trifft das auch auf Kroatien zu? Und wollten diese Leute wirklich ein von Jugoslawien unabhängiges Kroatien?

St. Dolanc: Das ist sehr schwer zu sagen. Meiner Meinung nach müßte diese nationale Bewegung, die verschiedene Ursprünge hat, objektiv ganz sicher in eine solche Richtung, wie Sie sie eben nannten, führen. Niemand kann aber behaupten, daß z. B. einige der kroatischen Funktionäre des Bundes der Kommunisten auch subjektiv eine solche Entwicklung wollten. Aber es gab Leute, die etwas Ähnliches planten. Dabei handelt es sich um Reste aller möglichen überlebten politischen Strukturen von den Ultralinken bis zu den Ultra-rechten. Es mag auf den ersten Blick komisch erscheinen, aber es ist eben eine Tatsache, daß sich im Kampf gegen die sozialistische Demokratie die ehemaligen Ustaschas mit den Kominformanhängern, den Tschetniks und den Resten der ehemaligen Kapitalisten vereinigen. Das sind meiner Meinung nach Leute, die mit dem Sozialismus nichts zu tun haben, obwohl es falsch wäre zu behaupten, daß außer den Nationalisten in der Nationalbewegung Kroatiens nicht auch Männer und Frauen gewesen wären, die sich als Kommunisten betrachten.

L. B.:

Natürlich ist dies alles kompliziert, und man kann niemandem ins Herz schauen. Aber um die Frage noch einmal zu konkretisieren: Gab es Ihrer Meinung nach in der kroatischen Bewegung, die in den letzten Wochen und Monaten eine so große Rolle spielte, Menschen, die mit Bewegungen in Verbindung standen, die zur Zeit weder in Jugoslawien noch in Kroatien beheimatet sind, sondern sich in der Emigration befinden, oder aber aus bestimmten Gründen an der innenpolitischen Entwicklung Jugoslawiens nicht besonders interessiert sind?

St. Dolanc:

Ganz sicher gab es solche Verbindungen. Sie bestanden meiner Meinung nach und soviel wir heute darüber wissen, nicht zwischen Tripalo, Frau Dabcevic-Kucar und anderen aus der Parteiführung Kroatiens. Aber die von Ihnen erwähnte Verbindung bestand zweifellos mit einigen Mitgliedern oder, besser gesagt, Funktionären der sogenannten „Matica Hrvatska“. Diese Institution hat in der Geschichte Kroatiens eine bestimmte Rolle gespielt. (Deutsch müßte man den Namen dieser Organisation mit „Kroatische Bienen-“



Leo Bauer im Gespräch mit Stane Dolanc (rechts)

königin“ übersetzen.) Ursprünglich beschäftigte sie sich mit der Pflege der Literatur, Geschichte und Sprache Kroatiens. Sie hat sich später politischen Aufgaben zugewandt. Nach dem Kriege galt sie bis vor einem Jahr als kulturelle Organisation der Kroaten in der Sozialistischen Republik Kroatien. In den letzten Monaten entwickelte sie sich eindeutig zum politischen, zum nationalistischen Zentrum dieser Republik Jugoslawiens.

Damit Sie mich richtig verstehen, Ich würde es für falsch halten, in der heutigen Situation die Rolle der politischen Emigration und anderer Einflüsse, die

von draußen kamen, zu überschätzen. Beide halte ich für weniger wichtig als die Rolle der eben genannten „Matica Hrvatska“ und auch die Rolle der Tätigkeit einiger Leute in der Parteiführung. Die politische Emigration hat nur die Situation ausgenutzt. Ich meine, daß es für den Bund der Kommunisten Jugoslawiens ein politischer Fehler war, für viele der Schwierigkeiten ausschließlich die politische Emigration verantwortlich zu machen. Die Situation hätte sich auch ohne die Emigration kompliziert ...

L. B.:

Um es offen auszusprechen: Im Ausland hat man eigentlich mit den jetzt aufgekommenen Schwierigkeiten erst für die Zeit nach dem Abtritt Titos gerechnet.

St. Dolanc:

Ja, ich habe das gehört. Dabei hat man aber manches vergessen. Jugoslawien ist eine offene, eine demokratische Gesellschaft, ob es nun manche im Westen wahrhaben wollen oder nicht. In einer solchen Gesellschaft können Konflikte nicht geheim ausgetragen werden. Ich kenne keine Gesellschaft in der Geschichte, die nicht verschiedene Konflikte und Probleme gehabt hat. Es ist ganz normal, daß diese Konflikte sich in der einen oder anderen Weise ausdrücken. Dazu gehören natürlich in einem Land wie dem unseren auch die Fragen des Verhältnisses der verschiedenen Nationen zueinander. Für mich ist das gar keine Sensation. Mit dem Aufkommen dieser Konflikte konnte man nicht warten bis, wie Sie es formulierten, zur Zeit „nach Tito“. Konflikte sind Folgen bestimmter gesellschaftlicher und politischer Prozesse. Solche Prozesse werden im allgemeinen nur durch Gewalt aufgehalten und zurückgedrängt. Wir haben das bei uns nicht getan. Ich will damit sagen, daß wir keine Gewalt angewendet haben; aber trotzdem könnten wir vielleicht sagen, daß die besagten Prozesse unsere Schuld sind, weil wir die Ursachen der politischen Konflikte nicht durch ideologisch-politische Mittel tief und stark genug gelöst haben. Sie müssen verstehen, daß wir diejenigen waren, das heißt der Bund der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, der in diesem Augenblick verlangt hat, daß diese Dinge vollkommen geklärt werden, und zwar in eiller Öffentlichkeit, denn wir waren überzeugt, daß dies für unsere Gesellschaft und unser System nützlich war. Auf diese Weise haben wir die Kraft unseres Selbstverwaltungssystems bewiesen sowie unserer Partei, obwohl auch in ihr einige Schwächen bestehen.



Ich bin überzeugt, daß es nicht leicht ist, in der Geschichte eine weitere Gesellschaft als Beispiel zu bringen, die einen Konflikt dieser Art auf eine so demokratische Weise geregelt und in einem so kurzen Zeitraum überwunden hat.

L. B.:

Sie haben als eine der Ursachen für die Konflikte die Tatsache bezeichnet, daß das soziale Gefälle in Ihrem Land identisch sei mit den Grenzen der einzelnen Republiken. Entspricht das völlig den Tatsachen? In einem Gespräch, das ich vor längerer Zeit (s. NG 7/71) mit Frau Dabcevic-Kucar führte, legte sie größten Wert auf den Hinweis der ökonomischen Unterschiede. Dabei betonte sie aber im Gegensatz zu Ihnen nicht nur die Differenzierung zwischen den einzelnen Republiken. Sie sprach besonders von dem Strukturgefälle, das es z. B. innerhalb Kroatiens gäbe, und daraus hätten sich Konflikte ergeben. Man befürchtete – so sagte sie –, daß be-

stimmte etatistische zentralistische Tendenzen weiter beständen. Aus dem Gespräch ging eigentlich hervor, daß Frau Dabcevic-Kucar ökonomisch gesehen nach wie vor eine serbische Vorherrschaft befürchtete. Sie stützte ihre Hoffnungen auf die sich gerade in der Diskussion befindlichen Verfassungsänderungen. Meine Frage an Sie: Wie kommt es, daß trotz dieser Verfassungsänderungen, die eine sehr weitgehende Dezentralisierung mit sich brachten, die Gegensätze so massiv deutlich wurden?

St. Dolanc:

Formelle Verfassungsänderungen reichen nicht zur Lösung solcher gesellschaftlicher Prozesse aus. Unsere Verfassungsänderungen haben eine tiefere Bedeutung, und sie sollen im Grunde die Position des arbeitenden Menschen in unserem politischen und ökonomischen System verändern. Die Verfassungsänderungen müssen erst aber mit Leben erfüllt werden. Der Kampf um die Realisierung der Verfassungsänderungen wird weder leicht noch einfach sein.

Was Ihr Gespräch mit Frau Dabcevic betrifft, möchte ich zwei Dinge sagen: Erstens: zweifellos, viele der ökonomischen Probleme, die von seiten der ehemaligen kroatischen Führung festgestellt wurden, bestehen bei uns. Aber diese Probleme wurden nicht nur von Ihnen, sie wurden sowohl vom Bund



der Kommunistischen Partei Jugoslawiens als auch von den anderen Republiken festgestellt. Darin liegen also nicht ihre besonderen Verdienste. Ich bin sogar der Meinung, daß die Darstellung einiger ökonomischer Probleme bei Frau Dabcevic und auch einigen anderen zuviel Demagogie aufwies. Nur ein Beispiel: es wurde von ihnen behauptet, daß, wenn das Problem des Devisensystems geregelt wird, in Kroatien das Nationaleinkommen pro Einwohner von 1000 Dollar auf einmal auf 4000 Dollar steigen würde.

Zweitens: viele der ökonomischen Probleme Kroatiens waren nicht nur die Folge einer zentralistischen Politik, sondern auch einer ökonomischen Politik, die gerade von dieser kroatischen politischen Führung durchgeführt wurde. Am leichtesten war es, für alle ökonomischen Probleme Kroatiens Belgrad und Jugoslawien verantwortlich zu machen. Ich bin der Meinung, daß auch diese kroatischen Funktionäre einen Fehler gemacht haben, indem sie den Dezentralisierungsprozeß in Jugoslawien nur einseitig verstanden und dabei vergessen haben, daß eine Dezentralisierung nicht nur das Übernehmen von Rechten, sondern auch eine große Verantwortung in der Politik der eigenen Republik bedeutet.

L. B.:

Was im einzelnen haben Sie an Ihnen auszusetzen?

St. Dolanc:

Es ist nicht notwendig, hier besonders zu betonen, daß ich keineswegs mit den Methoden, die die kroatischen Funktionäre bei verschiedenen Problemen angewendet haben, einverstanden war. Das waren repressive Methoden, die ihrem Inhalt nach undemokatisch und in einem tiefen Konflikt zu dem standen, was sie in der Öffentlichkeit predigten. Ich bin weiter der

Oberzeugung, daß ihr Tun nicht im Einklang mit den Wünschen und Interessen der kroatischen Kommunisten stand. Deshalb haben sie auch nach Verbündeten gesucht, denen es praktisch egal war, wie unser Devisen-, unser Preis- oder Außenhandelssystem aussehen sollte, denn diese Leute konnten eine solche Situation kaum erwarten, um auf diese Weise die Integrität Jugoslawiens anzugreifen.

Erlauben Sie mir, an dieser Stelle einen Vergleich zu ziehen. Haben Sie nicht den Eindruck, daß die Kampagne, die in einigen europäischen Kreisen infolge unserer Situation gegen Jugoslawien gerichtet ist, gerade das Bestreben der europäischen extremen Reaktion ist, um mit Hilfe des Beispiels Jugoslawien den Entspannungsprozeß in Europa zu verzögern und zum Scheitern zu bringen? Die Reaktion hat heute unsere Situation dazu ausgenützt, morgen wird sie das an einem anderen Ort tun und dabei immer das gleiche Ziel verfolgen. Meiner Meinung nach liegt den europäischen Reaktionären wenig daran, wie es mit den wahren Interessen des kroatischen Volkes und der Lage der anderen Nationen in Jugoslawien steht. Den Reaktionären liegt es nur daran, dem Prozeß der Entspannung und der Zusammenarbeit und dem Frieden in Europa zu schaden. Das Ziel dieser politischen Aktion ist nicht Jugoslawien, sondern alle progressiven politischen Bewegungen in Europa.



L. B.:

Wir reden hier immer von Kroatien. Nun sind gerade in den letzten Wochen Informationen an die Öffentlichkeit gelangt, aus denen hervorgeht, daß auch z. B. in Serbien sich bestimmte nationalistische Tendenzen bemerkbar gemacht haben. Mit anderen Worten: Bestanden Gründe für die kleineren Republiken Jugoslawiens, Angst vor einem neuen großen serbischen Nationalismus zu haben? Was ist an diesem Vorwurf richtig und was falsch?

St. Dolanc:

Ich möchte dazu folgendes sagen: Diese Frage haben nicht nur die Kroaten gestellt. Den Kampf gegen jede Art von Nationalismus hat unsere Partei selbst proklamiert. Sie hat ihn geführt, und sie wird ihn auch in Zukunft führen. Das haben wir in der letzten Zeit öfters zum Ausdruck gebracht. Wenn wir in dieser Situation mehr über den kroatischen Nationalismus sprachen, taten wir das nur, weil er dort solche Ausmaße angenommen hatte, daß er objektiv der Integrität Jugoslawiens hätte schaden können. Wir führen aber einen politischen Kampf gegen alle Formen des Nationalismus.

L. B.:

Ich weiß nicht, ob Sie bereit sind, auf die nächste Frage einzugehen. In den Berichten über die Entwicklung in Jugoslawien – in diesem Punkt stimmen sie überein mit dem, was ich selbst beobachtet habe – wird festgestellt, daß es heute in Jugoslawien im Grunde noch zwei zentralistische Organisationen gibt. Alles andere sei mehr oder weniger dezentralisiert. Die eine Institution sei die Armee und die andere die Partei, der Bund der Kommunisten Jugoslawiens. Nun wird behauptet, daß gerade in Kroatien bestimmte Bestrebungen im Gang gewesen seien, um auch die Partei soweit zu dezentralisieren, daß der Bund der Kommunisten Jugoslawiens nicht mehr eine einheitliche

Organisation sei, sondern sozusagen eine Arbeitsgemeinschaft der autonomen kommunistischen Parteien Serbiens, Kroatiens, Sloweniens, usw. . . .

St. Dolanc: ... eine Konföderation von Parteien . . .

L. B.: Ja, eine Konföderation von Parteien.

St. Dolanc: Ja, es stimmt, was Sie gesagt haben. Solche Tendenzen waren vorhanden, und die Nationalisten machten nicht einmal vor der Armee halt. Wir haben diese Tendenzen sehr ernst genommen.

Eine klare Antwort auf diese Frage hat unsere Parteikonferenz gegeben, die am 25. Januar in Belgrad stattfand. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens ist eine einheitliche, avantgardistische politische Organisation der Arbeiterklasse Jugoslawiens. Die Interessen der Arbeiterklasse Jugoslawiens sind gemeinsame. Organisationen des Bundes der Kommunistischen Partei Jugoslawiens in den einzelnen Republiken sind autonom, im vollen Sinne des Wortes, aber im Rahmen und auf der Basis des Programms des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, das gemeinsam und auf demokratische Weise von allen unseren Organisationen angenommen wurde. Solch eine Partei spielt unserer Meinung nach eine wichtige Rolle in unserem politischen System, das ein Selbstverwaltungssystem einer sozialistischen Demokratie ist, in dem die Partei ein Bestandteil dieses Systems darstellt.

Mit anderen Worten: Wir betrachten die Partei als den einzigen Integrationsfaktor unserer Gesellschaft, der erhalten bleiben muß. Warum?: Ich habe schon daran erinnert, daß wir sechs Republiken, fünf Nationen haben, ein unterentwickeltes Land sind, das sich auf der Grundlage des Selbstverwaltungssystems entwickeln will. Die Selbstverwaltungsverhältnisse sind aber in sich noch unentwickelt und tragen in sich Konflikte zwischen individuellen Gruppen, kollektiven gesellschaftlichen Interessen usw. Wir brauchen also

noch einen Integrationsfaktor. Dabei denke ich nicht nur an den Bund der Kommunisten, sondern Ich meine auch die Sozialistische Allianz, die Gewerkschaften und all das, was wir den subjektiven Faktor nennen. Und ich möchte Ihnen ganz deutlich sagen, daß wir von unserer Innenpolitischen Linie nicht um einen Millimeter abgehen werden. Und wenn ich sage „Innenpolitische Linie“, so meine ich damit auch unsere Außenpolitik, das heißt unsere Politik der Unabhängigkeit, der Selbständigkeit, der Ungebundenheit.



L. B.:

Der letzte Punkt hat, wenn ich es richtig sehe, bei den Auseinandersetzungen in Jugoslawien keine wesentliche Rolle gespielt, denn die Blockfreiheit Jugoslawiens wurde von der übergroßen Mehrheit bejaht. Ich glaube, daß es da Obereinstimmung gab.

St. Dolanc:

Ja, das ist richtig. Aber man darf nicht vergessen, daß bestimmte nationalstatische Bewegungen, die objektiv die Integrität Jugoslawiens bedrohen, auf sich allein gestellt nicht bestehen können. Und es ist doch klar, daß in dieser politischen Konstellation, in der wir in Europa und in der Welt leben, auch bestimmte Kombinationen möglich sind, auf die ich hier nicht näher eingehen möchte.

L. B.: Das ist klar. Wie wird das ganze nun weitergehen? In westlichen Zeitungen wird davon berichtet, daß den parteilichen Maßnahmen polizeiliche Maßnahmen und Prozesse folgen würden.

St. Dolanc: Ich möchte Ihnen darauf sehr deutlich antworten. Wir sind entschlossen – und wir haben bisher danach gehandelt –, die ganze Situation mit ideologischen, politischen und demokratischen Mitteln zu lösen. Richtig ist, daß elf Funktionäre der „Matica Hrvatska“ in letzter Zeit verhaftet wurden. Darüber hinaus sitzen von den Teilnehmern der Studentendemonstrationen in Zagreb noch einige, die wir als die Organisatoren der Demonstrationen ansahen und die nicht nur demonstrieren wollten, sondern auch materiellen Schaden angerichtet haben.

Mit anderen Worten: Der Kampf ist politisch geführt worden, wird politisch geführt werden. Allerdings werden jene bestraft, die in Konflikt mit unseren Gesetzen kommen. Das gilt zum Beispiel für die elf Funktionäre der „Matica Hrvatska“. Sie standen unter dem Verdacht, Verbindungen mit dem Ausland gehabt zu haben, unter anderem auch Verbindung mit unserer extremen politischen Emigration in Deutschland.



Ich habe gelesen, was in ausländischen Zeitungen in letzter Zeit über Jugoslawien geschrieben worden ist, und ich gestehe Ihnen offen, daß die Kombinationen, die die Herren Journalisten dieser Zeitungen machen, einfach unbegreiflich sind.

L. B.: Ist das wirklich so schwer zu verstehen? Jeder versucht, im Trüben zu fischen, wo er kann, selbst wenn allgemein zugegeben wird, daß Jugoslawien in den weltpolitischen und in den europäischen Auseinandersetzungen eine besondere Rolle zukommt.

St. Dolanc: Herr Bauer, Sie kennen die Geschichte unseres Landes gut. Ich kann Ihnen jetzt sofort ungefähr zehn Situationen nennen, in denen solche Reaktionen in den westlichen Zeitungen waren, wie jetzt.

Schon vor 25 Jahren, anlässlich unserer Auseinandersetzung mit dem Stalinismus, hat man ähnlich reagiert; das geschah beim Fall Djillas, das geschah beim Fall Ronkovic so. Aber wir bestehen schon 27 Jahre, und schon 27 Jahre spricht man davon, daß Jugoslawien keine Zukunft habe oder daß sie zumindest sehr nebzig ist.

L. B.: Das ist zweitelles richtig. Aber richtig ist wohl auch, daß neben diesen Maßnahmen, die Sie eben geschildert haben, natürlich auch versucht werden müßte, jene entscheidenden Fragen ökonomischer und gesellschaftlicher Art, die Sie selbst erwähnten und über die ich ausführlich mit Herrn Kardelj (s. NG 5/69 und 6/69) diskutierte, in den Griff zu bekommen.

St. Dolanc: Das ist absolut richtig. Aber da Sie Jugoslawien kennen, werden Sie doch zugeben, daß wir uns weiterentwickelt haben. Denken Sie an unsere Lage 1945. Denken Sie an all das, was wir 1948 wegen Stalin durchgemacht haben.

Wir mußten damals unsere ganze Wirtschaft umbauen, anders strukturieren und organisieren. Und Sie kennen die Unterschiede zwischen der Zeit von vor 20 Jahren und jetzt. Das sind keine Probleme, die man kurzfristig lösen kann. Wir werden noch ziemlich lang und hart arbeiten müssen, um das alles zu überwinden.

L. B.:

Herr Dolanc, Sie spielen in der Führung Jugoslawiens eine wichtige Rolle. Wie schätzen Sie nun die Perspektiven und die Entwicklung in Ihrem Land ein? Die Auseinandersetzungen können ja, gerade weil Präsident Tito noch da ist, eine positive Auswirkung haben. Sie können natürlich auch etwas vorbereiten, was vom inneren Standpunkt Jugoslawiens aus, aber nach meiner Meinung auch vom internationalen Standpunkt aus negativ wäre.

St. Dolanc:

Für uns ist das Wichtigste, daß wir auf dem Weg zur Entwicklung eines demokratischen Selbstverwaltungssozialismus bleiben. Deshalb haben wir beschlossen, die jetzigen Auseinandersetzungen mit politischen Mitteln zu lösen. Würden wir das nicht tun, so wäre das ein Schritt zurück und sehr gefährlich. Damit Sie mich ganz genau verstehen: Wir verstehen unter Konterrevolution nicht nur Nationalismus und Chauvinismus. Für uns wäre auch ein Neostalinismus konterrevolutionär. Unser Ziel ist, eine Gesellschaft aufzubauen, von der man sagen kann, daß der Mensch in ihr wirklich frei ist.

Sie haben von der Stellung Präsident Titos gesprochen, von der viel im Ausland gesprochen wird. Die geschichtliche Größe Titos besteht meiner Meinung nach darin, daß er subjektiv die Entwicklung in unserer Gesellschaft durchgesetzt hat und dadurch zu einem objektiven Symbol dieser jugoslawischen Selbstverwaltungsgesellschaft wurde. Diese Entwicklung kann nicht mehr rückgängig gemacht werden, gleichgültig, ob Präsident Tito noch da ist oder nicht.

Etwas anderes möchte ich hinzufügen: Für uns ist es wichtig, die Partei so zu organisieren und so aufzubauen, daß sie wirklich ein echter Integrationsfaktor in unserer Gesellschaft wird. Vielleicht haben wir hier Fehler gemacht. Bei uns gab es Theoretiker, die meinten, daß unsere Gesellschaft auf der Grundlage der Selbstverwaltung schon so stark sei, daß sie in sich selbst die Garantie für eine weitere Entwicklung trage. Ich meine, wir sind aus den schon genannten Gründen noch längst nicht so weit. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens hat sich meines Erachtens in der letzten Zeit um diese Fragen zu wenig gekümmert, und deshalb entstand diese Situation ...

L. B.:

Aus Ihren Worten spricht ein starker Realismus. Sie betonen immer wieder, daß es kein Zurück in der Geschichte gibt, sondern daß bestimmte Entwicklungen ein Eigenleben bekommen. Das ist die objektive Seite, bleibt immer noch der subjektive Faktor.

St. Dolanc:

Ja, wir müssen Realisten sein. Wir dürfen keine Illusionen haben, und wir müssen wirklich voller Verantwortungsbewußtsein arbeiten.



Ich sage Ihnen offen, daß für uns alle die Situation in Kroatien eine kalte Dusche war. Und ich meine, daß ähnliche Erscheinungen auch in anderen Republiken vorhanden waren, wobei ich damit die subjektive Seite meine, die Sie eben ansprachen. Wir müssen immer weiter die Ursachen der Konflikte ausloten und Lösungen finden. Dabei geht es nicht nur, ich wiederhole, um Nationalismus und Chauvinismus, sondern es geht genauso um den Technokratismus, Bürokratismus bis hin zum Stalinismus.

Wir haben in den letzten Jahren über diese Gefahren immer wieder gesprochen. Vielleicht haben wir sie unterschätzt. Aber auch diesbezüglich bin ich Realist und Optimist zugleich. Glauben Sie, daß man eine politische Krise, wie wir sie halten, in vier Tagen allein mit einer Rede Titos und einem Beschuß des Parteivorstandes überwinden kann? Das wäre nicht möglich. Wir hatten nicht nur den größten Teil der Kommunisten Jugoslawiens und — das möchte ich unterstreichen — auch der Kommunisten Kroatiens auf unserer Seite; wir hatten auch die Unterstützung des größten Teils des Volkes. Ich gehe ein Stück weiter. Wir hatten nicht nur die Unterstützung; die



Bevölkerung forderte uns sogar auf, daß wir diese Sache in Ordnung bringen. Warum? Es gibt bei uns in Jugoslawien ein Bewußtsein, das sehr hoch entwickelt ist, das Bewußtsein nämlich, daß der eine ohne den anderen nicht leben kann. Wir haben genug bittere Erfahrungen gemacht. Hinzu kommt das Verhalten der Arbeiterklasse. Auch hier hatten wir keine Probleme. In Kroatien hat es keinen einzigen Arbeiterstreik gegeben. Wir hatten auch keine Probleme in den Unternehmen.

Sie alle sind von dem lebendigen Bewußtsein getragen, daß man sich nur in dem gemeinsamen Staat Jugoslawien natürlich entwickeln kann, weil alle Nationen Jugoslawiens für sich relativ klein sind. Sie wissen aber auch, daß alle Nationen unterentwickelt sind, daß jede, wollte sie sich auf den Weg machen, sich nicht behaupten könnte. Wir sind umringt von ökonomischen Mächten, die uns an einem Tag fressen würden, wenn wir versuchen wollten, unsere Probleme isoliert zu lösen.

Man muß auch noch hinzufügen, daß alle arbeitenden Menschen sowie alle unsere Nationen wissen, daß Ihre Zukunft nur im Zusammenhang mit dem Aufbau einer sozialistischen Selbstverwaltungs- und demokratischen Gesellschaft gesichert ist. Sie haben keine andere Alternative.

I. B.:

Das erinnert mich an ein Gespräch, daß ich in diesem Sommer in Jugoslawien hatte. Einer Ihrer Landsleute äußerte die Sorge, es könne im Herbst oder im Winter zu einem Bündnis zwischen Arbeitern und Studenten kommen, und das könnte gefährlich werden. Augenscheinlich ist das weder in Kroatien noch sonstwo eingetreten.

St. Dolanc:

Eine solche Gefahr besteht nach meiner Meinung nicht, weil die Interessen der Arbeiter ganz andere sind als die einer Gruppe von Studenten, die sich zu den sogenannten ultralinken Extremisten zählen, oder als die Interessen

der Nationalisten. Das Klassen- und politische Bewußtsein, das aus den Interessen der Arbeiterklasse hervorgeht, ist etwas ganz anderes und erlaubt nicht, daß man sich in irgendwelche Abenteuer einläßt, für die die Studenten oft eine Neigung haben. Im übrigen, von einer Gefahr eines Bündnisses zwischen Arbeitern und Studenten spricht man zwar überall in Europa. Bis jetzt kennen wir ein solches Bündnis aber nur in Spanien, das heißt in einem Land, wo es sich um Widerstand gegen den Faschismus handelt.

L. B.:

Zum Schluß noch eine Frage, die vielleicht allgemeiner Natur ist. In den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien spielt der Tourismus zu Ihren Gunsten eine nicht unwesentliche Rolle. Nun gibt es bei uns Leute, die die Krise der letzten Monate in Jugoslawien benutzen wollen, um den Massentourismus der Deutschen nach Jugoslawien einzudämmen. Damit wollen sie natürlich das Ziel erreichen, einen Bremsklotz in die deutsch-jugoslawischen Beziehungen einzubauen.

St. Dolanc:

Schade, daß Sie in den letzten Monaten nicht in unserem Land waren; Ich lade Sie herzlich dazu ein. Bei uns geht das Leben normal weiter. Bei uns gibt es gar nichts Außerordentliches. Zu uns kommen jeden Tag Tausende von Ausländern, die bei uns leben, wohnen, essen und trinken wie früher. Ich meine, daß wir in diesem Jahr noch mehr Deutsche als im vergangenen Jahr erwarten können, und zwar aus einem sehr einfachen Grund: Infolge der Abwertung des Dinar ist es zur Zeit möglich, in Jugoslawien in einem Hotel der Klasse A für 32 Mark täglich zu leben. Das ist sicher in nicht vielen Staaten Europas möglich. Im übrigen kenne ich die Deutschen. Sie sind realistisch genug, um nicht auf eine solche Propaganda hereinzufallen, wie sie von Ihnen dargestellt wurde.



Man hat ja auch behauptet, daß unsere Arbeiter, die bei Ihnen tätig sind, alle Ihre Devilser verloren hätten. Das ist einfach nicht wahr. Wissen Sie, es wird viel geredet. Im übrigen aber ist alles so wie früher auch, und wir werden dafür sorgen, daß es für alle besser werden wird.

L. B.: Herr Dolanc, ich darf Ihnen sehr herzlich für dieses Gespräch danken.

Weg im Nebel

Zu Norbert Lessers „Odyssee des Marxismus“ *)

Nach Jahren pragmatischen Hochs, des resoluten Abschneidens „alter Zöpfe“, macht sich das Bedürfnis nach theoretischer Reflexion wieder stärker bemerkbar. Die junge Generation, auf der Suche nach einer Standortbestimmung, hält häufig das angebotene Instrumentarium für ungenügend. Sie will nicht nur Praxis, sondern theoretisches Selbstverständnis. Mit dem Blick auf die Zukunft, greift sie zurück in die Vergangenheit. Die Begründer der sozialistischen Theorie werden wiederentdeckt, was manchem einer Offenbarung gleichkommt. Marxens Doktrin scheint eine Antwort auf alle Fragen zu geben. Gerade ihr Charakter als ein System, das den gesamten gesellschaftlichen Bereich umfaßt und dessen einzelne Teile kraft dialektischer Interpretation miteinander verbindet, wirkt bestechend. Die Doktrin, welche nicht allein die Vergangenheit, sondern auch die künftige Entwicklung zu kennen behauptet, ist für viele Suchende eine Erfüllung. Die in Anspruch genommene Identität von Ideal und Wirklichkeit löst ein erhabenes Gefühl aus, wenn man sich damit im Besitz eines unübertraglichen Instruments wähnt.

Norbert Lessers Untersuchungen über das Wesen und die historische Funktion des Marxismus erscheinen daher in einem günstigen Augenblick. Sie entsprechen zweifellos einem objektiven Bedürfnis. Der Politologe an der Universität Salzburg hat nicht den bequemen Weg gewählt; denn er wollte weder den Marxismus pauschal verurteilen noch rechtfertigen. Er stellte sich vielmehr die Aufgabe, die Funktion der marxistischen Doktrin in der Geschichte zu untersuchen und einige daraus resultierende Fragen zu beantworten: In welchem Maße entsprach die Marxsche Interpretation den Verhältnissen? In welchem Grade beeinflußte sie den geschichtlichen Verlauf? Was bleibt von der Doktrin übrig?

Leser geht davon aus, „daß Marx' Erwartung, der Sozialismus werde in den fortgeschrittenen Industriestaaten siegen, nicht in Erfüllung gegangen ist“. Aus dieser These werden häufig zwei Schlüsse gezogen, die er gleichermaßen verwirft. Die einen sagen, die Unwahrheit der Prophezeiung stelle die Wahrheit des Sozialismus überhaupt in Frage. Die anderen, am Dogma festhaltend, glauben jeder Bedrängnis zu entgehen, in dem sie „menschlichem Fehlverhalten die alleinige Schuld für die eingetretene Abweichung vom ehrernen Pfade der historischen Notwendigkeit“ geben. Lessers Kritik dieses Standpunkts ist überzeugend: „Denn wenn menschliches Fehlverhalten imstande ist, der historischen Notwendigkeit einen Strich durch die Rechnung zu machen (...), hat es dann noch einen Sinn, an der Annahme einer der Geschichte immanenten Notwendigkeit festzuhalten?“

Hier zeichnet sich bereits die grundsätzliche Position des Autors ab: er verwirft den historischen Determinismus, indem er erklärt, „daß der Sozialismus nie mehr als eine historische Möglichkeit war, der durch die Überlegung, im Besitze eines die Einheit von Theorie und Praxis verbürgenden Instrumentariums zu sein, nicht immer der beste Dienst erwiesen wurde.“ Da der Sozialismus der Marxschen Doktrin nicht gleichgesetzt wird, bezeugt ihr Fehlschlag auch keineswegs die Unmöglichkeit des Sozialismus. Leser äußert die Ansicht, daß sowohl orthodoxe Marxisten wie orthodoxe Antimarxisten dazu beigetragen haben, „die Sicht auf die fundamentalen Probleme des Sozialismus zu verstellen und zur Entwicklung einer falschen Alternative zu führen“.

Eine Darstellung der Marxschen Doktrin macht sichtbar, daß sie keineswegs so einheitlich ist, wie sie zu sein behauptet und wie es häufig angenommen wird. Die Doktrin wandelte sich in der Zeit vom Humanismus des jungen Marx bis zum naturwissenschaftlichen Determinismus des Spätwerkes. Die verschiedenen Elemente blieben nebeneinander bestehen, ohne

*) Norbert Lesser: Die Odyssee des Marxismus. Auf dem Weg zum Sozialismus. Verlag Fritz Molden, Wien-München-Zürich 1971, 431 Seiten, Leinen, DM 33,-

verarbeitet zu werden. Anstelle einer wirklichen Einheit trat eine imaginäre Einheit der Theorie. Leser stellt als Grundwiderspruch „die Spannung zwischen Revolutionarismus und historischem Determinismus“ fest. Auf Personen reduziert: zwischen Bianqui und Bernstein. Der Glaube an geschichtliche Notwendigkeit kann sowohl Passivität begünstigen wie einem abenteuerlichen Putschismus Vorschub leisten – beides mit der Berufung auf „eherne Gesetze“. In der marxistischen Arbeiterbewegung bekundete sich die eine und andere Tendenz, aber der Widerspruch war in der Theorie angelegt.

Leser macht Marxens „ambivalente Haltung“ in der Frage der Demokratie deutlich. Es gibt sehr widersprüchliche Kennzeichnungen der „Diktatur des Proletariats“, die einmal als parlamentarische Republik, ein anderesmal als gewaltsame Minderheitsherrschaft verstanden wird. Der Autor neigt mit dem israelischen Sozialphilosophen J. Talmon dazu, Marx und Engels, in der Folge von Rousseau, als Anhänger einer „totalitären Demokratie“ zu betrachten.

Die Widersprüche innerhalb der Theorie bedingten praktische Spaltungen, darunter als wichtigste die zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Der Bolschewismus repräsentierte den revolutionaristischen Bestandteil gegenüber der deterministischen Tendenz des Marxismus. Leser prüft sein Verhältnis zur sozialistischen Theorie und zeigt, wie sich dieses Phänomen im Selbstverständnis bedeutender Marxisten darstellte. Daß die Oktoberrevolution entscheidenden Postulaten Marxens widersprach, war nicht allein die Ansicht Kautskys, sondern auch die des italienischen Kommunisten Gramsci, der ausdrücklich von einer „Revolution gegen das ‚Kapital‘ von Karl Marx“ sprach: „Die Bolschewiki verleugnen Karl Marx; sie behaupten mit dem Beweis der expliziten Aktion, daß die Kanons des Historischen Materialismus nicht so ehern sind, wie man es denken könnte und gedacht war.“ Zu solch aufrichtigem Eingeständnis fand sich die Mehrzahl der Kommunisten nicht bereit. Obwohl die Oktoberrevolution die marxistische Voraussage sprengte und den subjektiven Willen im Widerspruch zur „objektiven Gesetzlichkeit“ bewies, wurde sie gerade als Demonstration für die Richtigkeit der Theorie benutzt. Kautskys Standpunkt entsprach Marxens Ideen weit eher. Otto Bauer entwickelte sich von einer Verteilung des bolschewistischen Experiments zu dessen Billigung.

Norbert Lesers Äußerungen entbehren selbst der Klarheit. Vom undeterministischen Standpunkt ausgehend, vermag er im Verlauf der russischen Revolution kein zwangsläufiges Gesetz zu sehen. Seine Distanz gegenüber der von ihr geschaffenen Gesellschaft ist offenbar. In den Ereignissen erkennt er die entscheidende Rolle einer Person – Lenins. Und dennoch scheint er für die Unvermeidlichkeit des Prozesses zu plädieren. Er verwirft Rosa Luxemburgs Kritik an der diktatorischen Parteikonzeption Lenins ebenso wie ihre Verurteilung des Terrors. Im Widerspruch zu seiner undeterministischen Geschichtsthese verweist er plötzlich auf Zwänge, die als Entschuldigung gelten. So verteidigt er Lenin gegenüber Rosa Luxemburg, was sich dann freilich mit einer Ablehnung blanquistischen Putschismus schlecht verträgt. Und er lobt sogar Stalin, dessen Politik den „von Lenin getätigten Weichenstellungen“ überlegen gewesen sei. Andererseits wird der Bolschewismus beschuldigt, die Ansätze einer Arbeiterdemokratie „verschüttet“ zu haben. Diese Widersprüche entstehen, weil der Autor sich zu „offen“ hält und zur Standpunktlosigkeit verurteilt. Er kann sich zwischen Lenin und Bakunin nicht entscheiden, findet überall etwas Gutes und Schlechtes, schließlich will er die „Ideale der Oktoberrevolution“ noch nachträglich retten. Die Prager Reformkommunisten sollen auf diesem Weg gewesen sein, die Impulse des westeuropäischen Sozialismus kommen dabei zu kurz.

Das längste, Karl Kautsky gewidmete Kapitel gründet auf Analysen eines substantialen Werkes des gleichen Autors (Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien 1968). Hier wird die deterministische Komponente des Marxismus einer vortrefflichen Kritik unterworfen. Kautskys Marxismus gilt als „die Idealisierung der Unfähigkeit, sich entweder zur Reform oder zur Revolution durchzuringen“. Differenziert ist die Konfrontation von Marx und Bakunin. Ungeachtet seiner Naivitäten hatte der Anarchist die Einsicht in die autonome Funktion der Macht. In weiteren Kapiteln wird Marx einem halben Dutzend anderer Denker konfrontiert: von Mazzini bis Adorno, Freud und Sartre. Dieses letzte Drittel des Bandes ist zu knapp, daher ungenügend. Es bezeugt aber die geistige Einstellung des Autors, der auf der Suche nach neuen Erkenntnissen ist.

Leser konstatiert den „Tod der sozialistischen

Theorie". Und: nach dem Scheitern des Marxismus darf kein neues System errichtet werden, dessen Tod wäre ebenso unvermeidlich. Der Sozialismus soll weder in „reformistischer Selbstbeschränkung“ noch in „revolutionärer Selbstverewigung der Diktatur“ verharren. Gut, aber ist das nicht allzu unbestimmt? Vieles ist anders, als die Systematiker es sich dachten. Sogar das Proletariat könnte seine privilegierte politische Rolle zugunsten anderer Gruppen (Intellektuelle, Studenten) verlieren, meint Lesser. Aber auch das bleibt unbestimmt. Man müßte sich empirischer Untersuchungen bedienen, die gesellschaftliche Wandlungen befegen. Das unterläßt Lesser, weil er sich ausschließlich im ideologischen Raum aufhält.

Auf soziologische Daten bezogen, gewännen seine Reflexionen an Konsistenz. Sozialistische Betrachtungen können davon nicht absiehen. Das bedeutet nicht Konstruktion eines neuen „Systems“, aber wenn der Sozialismus etwas anderes sein soll als bloßes Gefühl, muß er sich auf konkrete gesellschaftliche Bedingungen gründen.

Die Unbestimmtheit demonstrieren auch die widersprüchlichen Kennzeichnungen der kommunistischen Regime. Lessers Behauptung, der Sozialismus sei „In allen Systemen in verschiedenen Graden“ angelegt, deutet auf einen Determinismus, den er indes strikt verurteilt. Der historische Rückblick ist ausgezeichnet. Die „Odyssee des Marxismus“ ist deutlich gezeichnet, aber den „Weg zum Sozialismus“ hüllt dichter Nebel ein. Solche Anmerkungen sollen den grundsätzlichen Impuls dieses Buches nicht in Frage stellen: er ist uneingeschränkt zu begrüßen.

AUSBILDUNGSKAPAZITÄT – Eine Zwischenbilanz

Hrsg. von Dipl. Volksw. Gert Stätermann
1971. 253 Seiten. Kart. 28,40 DM. ISBN 3 880 00561 8

Mit der als Heft 24 der **SCHRIFTEN DES HOCHSCHULVERBANDES** erschienenen Untersuchung wird der Versuch unternommen, Ausbildungskapazitäten der Universitäten zu ermitteln. Das ist Voraussetzung für eine langfristige Hochschulplanung. Ein Überblick über die vorliegenden Verfahren, um diese Kapazitäten zu ermitteln, war bisher nicht gegeben; er wird mit dem vorliegenden Buch ermöglicht. Mit den aufgezeigten Modellen kann darüber hinaus auch die Kapazität anderer öffentlicher Einrichtungen festgestellt werden. Dabei ist in erster Linie an Bildungseinrichtungen gedacht. Das Buch gehört in die Hand eines jeden Planers, der seiner Arbeit eine solide Grundlage geben will.

ZIELE DER STADTENTWICKLUNG NACH PLÄNEN DER LÄNDER

von Prof. Dr. Friedo Wagenet
1971. XII/197 Seiten. Kart. 16,80 DM ISBN 3 880 00563 8

Mit diesem Werk beginnen als Band 1 die **SCHRIFTEN ZUR STADTBAU- UND WOHNUNGSPOLITIK** Herausgeber: Der Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen, zu erscheinen. In ihm zeigt der Verfasser, daß die in der Öffentlichkeit und von Fachleuten häufig vertretene Ansicht, die Stadtentwicklung werde weitgehend ziellos betrieben, weil die Städtebaupolitik sich nicht auf ganzjährig konkrete Ziele der Städte und Dörfer abstimmen könne, nicht zutrifft. Die Untersuchung ist in Form einer gewichteten und in ein System gebrachten Inhaltsanalyse der in den Ländern der Bundesrepublik geltenden landesplanerischen Pläne und Entwicklungsprogramme angelegt. Aus den Plänen sind 407 Einzelziele der Stadtentwicklung herausgezogen, vierlich gewichtet und zu 40 gestuften Zielkategorien zusammengestellt worden. Nur auf dem Hintergrund einer auf diese Weise maßstabsgerecht erarbeiteten Lage wird es möglich sein, ein neues Soll-System von Stadtentwicklungszielen zu entwickeln.

Verlag Otto Schwartz & Co.
34 Göttingen, Annastraße 7

Neuerscheinungen Politik

1. Halbjahr '72

Simulation Internationaler Prozesse Sonderheft 3 der Politischen Vierteljahresschrift 1971. Ca. 480 Seiten. Kart. In Vorbereitung	Simulation Innenpolitischer Konflikte Hrsg. von Carl Böhret Leinen. In Vorbereitung	Planung Parlamentsreform Außenpolitik Sonderheft 4 der Politischen Vierteljahresschrift 1972. Kart. In Vorbereitung
Heidrun Abromeit Das Politische in der Werbung 230 Seiten. Kart. DM 24,— Leinen DM 36,—	Uwe Thaysen Theorie und Praxis der Parlamentsreform Ca. 340 Seiten. Kart. und Leinen. In Vorbereitung	Wilhelm Hennis Demokratisierung Zur Problematik eines Begriffs 2. Auflage. 39 Seiten. Kart. DM 6,—
Bleistein/Hohlbein/Klose Jungsozialisten — Junge Union — Jungdemokraten Die Nachwuchsorganisationen der Parteien in der Bundesrepublik Analysen, Band 11. 2. Auflage. 108 Seiten. Kart. DM 6,80	Wolfgang Hirsch-Weber Lateinamerika Abhängigkeit und Selbstbestimmung Reihe Aktuelle Außenpolitik. 170 Seiten. Kart. DM 14,— Leinen DM 19,—	Hannah Vogt Parlamentarische und außerparlamentarische Opposition Kart. In Vorbereitung

Westdeutscher Verlag
Leske Verlag

Theologie der sozialen Befreiung

Pastor Wilhelm Hohoff — Klassiker der christlichen Kapitalismuskritik

I.

Spätestens seit dem Scheitern der Römischen Bischofssynode, die im Herbst 1971 von Papst Paul VI. u. a. zur Verabschiedung eines Schemas über „Gerechtigkeit und Frieden“ einberufen wurde, in dem ein verbindliches Wort der Kirche zu den herrschenden Tatbeständen friedensstörender Ungerechtigkeiten in der Welt abgegeben werden sollte, ist deutlich geworden, wo die eigentlichen und letzten Ursachen für das offen eingestandene Versagen der Synode zu suchen sind. In einer zusammenfassenden Analyse der Gründe übt die „Herder-Korrespondenz“ (Heft 12/71) harte Kritik an den für das Scheitern verantwortlichen Synoden und schreibt:

„Unzufrieden waren ziemlich alle diejenigen, die einen entschiedenen Schritt nach vorn forderten, aber nur halbherzig erwarteten, diejenigen ... die sich wegen der schier nicht enden wollenden Monologe langweilten und ... an den Papst appellierten, der Litanei der Interventionen ein Ende zu machen ... Der Mut stand den meisten Synodenmitgliedern nicht gerade ins Gesicht geschrieben ... Es gab wenige Höhepunkte, und vielfach fehlte es schlicht an der Sachkunde ... Dabei wurden sich die Väter der sicher schmerzlichen Tatsache bewußt, daß nach 80 Jahren kirchlicher Soziallehre das Gewissen der Christen für die soziale Gerechtigkeit offensichtlich noch reichlich ungeschärft geblieben ist; daß die strukturelle Ungerechtigkeit von vielen, wenn nicht sehr vielen Christen überhaupt nicht als Sünde empfunden wird und daß die persönliche Verantwortung und Verpflichtung zum sozialen Engagement noch weitgehend unterentwickelt sind ... Gerade diese Seile der kirchlichen Gewissensbildung (wurde) betont, die zugleich dem Abbau ausgeprägter, erziehungsbedingter Individualistischer Verhaltensmuster und eines Individualistischen Eigentumsbegriffes ohne hinreichende Sozialbindung dienen könnte. Weiter sollten in einer solchen (geforderten) vertieften Gewissensbildung ... Frustration,

Aggression und Unterdrückung u. a. theologisch als verschiedene Ausprägungen ein und derselben Sünde, nämlich als Feindschaft ... gesehen und verurteilt werden ... Zu einer Art Schlüsselbegriff des synodalen Gespräches wurde der von den Lateinamerikanern in die Debatte eingebrachte Begriff der (sozialen) Befreiung, wobei die anthropologische und theologische Dimension im Vordergrund stand: die Befreiung von Schuld, in christlicher Terminologie: Sünde, mit eingeschlossen war.“

II.

Diese mutige und offene Kritik des Herder-Organisations an der Synode, die sich dem von den lateinamerikanischen Bischöfen erhobenen Ruf nach einer Theologie der sozialen Befreiung anschließt und fordert, die herrschenden Ungerechtigkeiten in der Welt bewußt zu machen, um die Glaubwürdigkeit der Kirche unter der Last der oft genug im Namen von Religionen und Christentum begangenen Verbrechen gegen Gerechtigkeit und Menschenwürde in letzter Stunde wieder herzustellen, mag das gegebene Stichwort sein, um eines Mannes zu gedenken, dessen Todestag am 10. Februar sich zum 49. Male jährt und dessen Persönlichkeit und Bedeutung als Sozial-Theologe, Religions-Soziologe, Rechtshistoriker, Nationalökonom und anerkannter Marxforscher wie berufen erscheint, den offenbar gewordenen kritischen Erkenntnis-Notstand des Weltpiskopates in der sozialen Frage zu beheben. Der von der Herder-Korrespondenz beklagte Mangel an Sachverständ der Bischöfe zur Beurteilung der zwischen den Ursachen und ihren bloßen Symptomen wirkenden Zusammenhänge in einer so weitgespannten und komplizierten Materie, wie sie das globale Ungerechtigkeits-Phänomen der Gegenwart darstellt, kann nur durch eine umfassende Erkenntnishilfe behoben werden.

Eine solche Hilfe kann der westfälische Pfarrer Wilhelm Hohoff sein. Hohoff wurde am 9. Februar 1848 in Medebach (Sauerland) als Sohn

eines Kreisgerichtssekretärs geboren und starb als pastor emeritus am Bischofssitz seiner Diözese am 10. Februar 1923 in Paderborn. Von 1873 bis 1886 als Hauskaplan auf Schloß Hüffe bei Preußisch-Oldendorf tätig, war er bis 1905 Pfarrvikar der benachbarten Diasporagemeinde in Petershagen bei Minden, von wo er sich vorzeitig aus gesundheitlichen Gründen mit einem bescheidenen Ruhegehalt pensionieren ließ. Von ihm sagt Walter Dirks: „Wer das vielverzweigte Wurzelwerk des europäischen Sozialismus im einzelnen durchforschen will, kommt an der noblen Figur dieses ebenso trommenden wie eindeutig sozialistischen Priesters nicht vorbei.“ Dirks zitiert das zum „geflügelten Wort“ gewordene Bekenntnis Hohoffs, der gegenüber Bebel behauptete: nicht Christentum und Sozialismus, sondern Christentum und Kapitalismus verhielten sich zueinander wie Feuer und Wasser!

III.

Als Kern des „Großen Themas“ der Weltgeschichte: Arbeit und Kapital, ergibt sich für Hohoff, daß auf dem Boden der theologischen Rechtfertiger des kapitalistischen Systems, die die Sozialpolitik des Liberal-Katholizismus in Deutschland seit Generationen bestimmen, eine Lösung der Gegensätze zwischen „Ausbeutern“ und „Ausgebeuteten“ unmöglich sei. Hohoff ist ein christlicher Kritiker des Kapitalismus in seltenen komplexen Zusammenhängen, der in der Marxschen Wert- und Mehrwert-Theorie die historische Bestätigung der christlichen Kapitalismuskritik, wenn auch mit einer eigenen Begründung und Logik erkennt, die in ihrer Zielsetzung durchaus der spezifisch theologisch fundierten und seit Jahrhunderten bestehenden antikapitalistischen Lehre der Kirche entspricht, insoweit auch die „Mehrwert-Theorie“ von Karl Marx die Ausbeutung der den Reichtum und Wohlstand Erarbeitenden verhindern will. Der Umstand, daß im Episkopat nach der Römischen Synode im vergangenen Herbst mittlerweile die Erkenntnis heranreift, daß die moderne Ausbeutung aus religiöser Schau als „Sünde“ erkannt und aus diesem Grunde eine „Theologie der sozialen Befreiung“ gefordert werden muß, steht der Marxschen Forderung nach Befreiung von Ausbeutung nicht im „Wege“.

Daß Hohoff diesen Zusammenhang in der gemeinsamen Zielsetzung schon zu seiner Zeit erkannte und schärfstens gegen alle Angriffe von Seiten der damaligen Rechtfertiger der

Politik bloßer Anpassung verteidigte, gibt uns das Recht und die Pflicht, ihn den Gegnern seiner Rechtfertigung des christlichen Sozialismus entgegenzustellen. Dies um so mehr, als auch der heutige Papst Paul VI. in seiner Enzyklika „Populorum progressio“ gerade den sündhaften Charakter der „Kapital-Profit“ (Zins-Wucher-Gewinne) erkennt und von daher die „Profit“ des „Internationalen Kapitalismus der Hochfinanz und deren Diktatur“ definitiv verurteilt (Ziff. 28).

So verkündet Hohoff seine große These der erkennnistheoretischen Parallelität und Komplementarität von scholastisch-aristotelischer Arbeitswert- und Wucherlehre der Kirche einerseits, und Marxscher „Wert- und Mehrwert-Lehre“ andererseits, wobei im „Wucher“ der „Mehrwert“ des Kapitals gegenüber dem Alleinwert der Arbeit zu verstehen ist.

Es kann nicht geleugnet werden, daß sich der Charakter der katholischen Arbeitswert-Lehre aus der Jahrhunderte alten kirchlichen Wucherlehre, die das Zinsnehmen als „unerlaubt und wucherisch verurteilt“ (siehe Papst Benedikt XIV. in der Enzyklika „Vix pervenit“, 1745, § 3, 1), u. a. auch unter dem Schutz der im „Kanonischen Zinsverbot“ gültig überlieferten Lehre herausgebildet hat. Papst Leo XIII. rief in seiner berühmten Enzyklika „Rerum novarum“ (1891) die Laien als eigentliche Opfer der Ausbeutung durch die Kapital-Profit-Sünde auf, „den Wucher aus der Welt zu schaffen“, wobei er die Laien zu ihrer Absicherung gegen widerstrebende Mächte und Kräfte im Staate unter den Schutz der Bischöfe stellte.

Die Arbeitswert-Lehre der Kirche verträgt wieder diese Art von Ausbeutung noch andere Konzessionen an eine vom Geist des „Götzen Mammon“ beherrschte Politik durch die Statthalter der „Hochfinanz“, deren Diktatur Pius XI. schon 1931 „gebrandmarkt“ hat, ebenso wie Paul VI. in der eben genannten Enzyklika (Ziff. 28).

Hierach kann aus Hohoffs Thesen gefolgt werden: selbst dann, wenn Marxens „Kapital“ nie erschienen wäre, so wäre die 2000 Jahre alte, jedoch seit mehr als einem halben Jahrtausend zunehmend aus dem christlichen Bewußtsein verdrängte Wahrheit über Arbeit und Wucher für eine jederzeit mögliche Wiedererweckung gegenwärtig und „anknüpfbar“ geblieben. Solche Feststellung hindert Hohoff indessen nicht, dem geschichtlich-sozialen Phänomen des Marxismus den Rang einer dia-

lektisch notwendigen Antwort auf das Versagen des Christentums und der Kirche, die das Wucher-System des Kapitalismus rechtfertigen, zuzusprechen.

Hohoff stand mit solcher grundlegenden Kapitalismus-Kritik in direktem Gegensatz zur katholisch-sozialen Richtung „Mönchen-Gladbachs“, die die Politik des damaligen Zentrums nach der Devise: „*Nicht Sozial-Reform, sondern Sozial-Politik auf kapitalistischer Basis!*“ im Reichstag bestimmte. Diese wollte – und will – nur die „Schönheitsfehler“ beheben, nicht die „mörderischen“ (Hohoff) Grundlagen des kapitalistischen Systems selbst in Frage stellen und überwinden. Obwohl persönlich mit Franz Hitler, dem langjährigen Generalsekretär des Mönchen-Gladbacher „Volksvereins“ und späteren Sprecher des Zentrums im Reichstag befreundet, blieben beide dennoch zeitlebens „Freunde im Widerspruch“. Hohoff durchschaute den theoretischen Sophismus dieser Seite, die sogar den Begriff des „Sozialismus“ als Verhütungsformel zugunsten einer mystifizierenden „Klassen-Harmonie“-Fiktion zwischen Arbeit und Kapital benutzte. Er wurde damit auch zum Gegner des von Heinrich Pesch vertretenen „Solidarismus“, welcher die Klassen-Struktur der kapitalistischen Gesellschaft durch bloß verbale Erhebung zur sogenannten „berufsständischen Ordnung“ verhüllte und im Verfassungsbefund der Gesellschaft verankern und verewigen wollte.

Zur Inneren Verfallslage der heutigen katholischen Sozialtheologie vergleiche das „Jahrbuch der Anton-Orel-Gesellschaft 1971“ (159 Seiten, Wien), das unter dem Titel: „Christliche Soziallehre – Wohin? – Beiträge zu ihrer Standortbestimmung in der Gegenwart“ u. a. zu folgenden Themen Stellung nimmt: „Genesia und Folgen des Kapitalismus“ (Franz Koutney); „Aufgaben und Verfahren einer Christlichen Gesellschaftslehre“ (Karl Lugmayer); zur Revision der Vermögensbestimmungen des Corpus Juris Canonici: „Canon 1543 des Kirchgesetzbuches und die Zinsfrage“ (Johannes Kleinhaber).

IV.

Hohoff ist in erster Linie christlicher Kapitalismuskritiker. Von dort entwickelt er seine philosophischen, historischen, religiös-soziologischen und national-ökonomischen Perspektiven zur komplexen Problematik der sozialen Frage. Insofern ist sein Bezug zu Marx ein betont theologischer, aber mit umgekehrter

Begründung, wie sie Viktor Cathrein SJ in seiner vordergründigen Anti-Sozialismus-Polemik zugrunde legt. Seine Härte in der Definition des Kapital-Begriffs, und zwar gerade in der Konsequenz ihrer theologisch-dogmatischen Beweisführung, ist der Grund für seinen theoretischen Gegensatz zu allen Formen „revisionistischer“ Aufweichung der Wahrheit über Kapital und Arbeit, von welcher Seite sie auch kam und unter welchen Scheinargumenten sie auch vorgebracht wurde.

Hohoffs strenge Begrifflichkeit schärfe den Blick für die Verwischung aller weiteren sozial-ökonomischen Tatbestände. Er geriet damit in Gegensatz zu den „Revisionisten“ aller Richtungen, sei es im Bereich der eigenen Kirche in Gestalt liberaler „Anpassungs“-Theologen, deren euphemistisch ablenkende Begriffsspielereien das christliche Bewußtsein in der Arbeits- und Kapitalfrage verwirrten, sei es gegen die „Revisionisten“ im marxistischen Lager (selbst gegen Bernstein; weshalb Hohoff im sog. „Revisionisten-Streit“ Partei für Kautsky ergriff, der dafür Hohoff öffentlich gegen Angriffe Bernsteins wegen seiner Verteidigung der Arbeits-Wert-Theorie in Schutz nahm).

Als „revisionistisch“ im Sinne Hohoffs gilt jede Verwässerung und Abschwächung der Einsicht in das objektive Verhältnis von Arbeit und Kapital in der Theorie der politischen Ökonomie mit entsprechender „Anpassung“ auch an die liberale Theorie des kapitalistischen Systems, dessen Grundlagen nicht mehr infragegestellt werden, da das Maß der Reduzierung der Rechte der besitzlosen Arbeiter gegenüber den Kapitalseignern Gegenstand nur mehr „sozialpolitischer“ – nicht mehr systemverändernder Zielsetzung ist.

Parallele Entwicklungen zur „revisionistischen“ Richtung in der Sozialdemokratie zeigten sich in der christlichen Soziallehre nach der Enzyklika „Rerum Novarum“ (1891), die die Arbeitswertlehre im strengen Sinne des Primates der Arbeit vertrat, gegen die sich dann die längst auf „Anpassungskurs“ eingestellte Gegendoktrin des Jesuitenordens wandte; wobei von Anfang an nicht wie beim „Revisionismus-Streit“ innerhalb der Sozialdemokratie die Frage: „Reform oder Revolution?“ zur Debatte stand, sondern nur die Entscheidung zwischen Sozial-Reform oder Sozial-Politik mit Beschränkung auf letztere, während die Sozial-Reform völlig aus dem Blickfeld verlorenging, das kapitalistische System als sittlich erlaubt, wenig-

stens als sittlich neutral (indifferent) erklärt wurde.

Hohoffs Kampf richtete sich gegen jede Anpassung der theoretischen Beurteilung des Kapitalismus an Kalküle des Tageskampfes, deren praktische Erfordernisse er jedoch grundsätzlich anerkannte, indem er berücksichtigte, daß unter dem pastoralen Gesichtspunkt der subjektiven Schuldfrage in gegebener Zwangslage der einzelne wegen seiner Teilnahme an den „Gewohnheiten“ und „Gepflogenheiten“ des Systems entschuldigt ist — aber nur insoweit, als keineswegs die prinzipielle Wahrheit über Arbeit und Kapital selbst preisgegeben wird, die durch solche Differenzierung über die Periode erzwungener Zugeständnisse an unüberstehbare Zwänge des Tages hinweggerettet wird.

Im Grunde stellt sich das Problem in gleicher Weise heute wie gestern. Die christliche Soziallehre versucht diesem Konflikt zwischen theoretischem und praktischem Handel unter dem Zwang des kapitalistischen Umwelt-Wohlstandes durch Flucht in die Formel: „Man muß mit den Konflikten leben!“ auszuweichen. Der Struktur-Konflikt der heutigen Gesellschaft zwischen Arbeit und Kapital fordert jedoch die prinzipielle säkulare und globale Lösung. Die Menschheit kann nicht dauernd und „in Ewigkeit“ mit diesem Konflikt leben.

**Schriftenreihe
des Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Gerhard Eisfeld

**Die Entstehung der liberalen
Parteien in Deutschland
1858-1870**

Studie zu den Organisationen und
Programmen der Liberalen
und Demokraten

240 Seiten, broschiert 24,80 DM

Im Gegensatz zur bisherigen überwiegend ideengeschichtlichen Betrachtung des Liberalismus stellt Eisfeld in den Mittelpunkt seiner Arbeit die politische Wirklichkeit: Organisation und Führungsstruktur der liberalen Parteien in Deutschland werden auf Grund von Parteibeschlüssen und -programmen untersucht. Im Kongreß Deutscher Volkswirte, in den Fortschrittsparteien und der National-liberalen Partei zeigt sich schon früh die Trennung zwischen den National-liberalen, denen es vor allem um die Einigungspolitik ging, und den Demokraten, die sich für einen parlamentarisch-demokratischen, sozialen Staat einsetzten.

Verlag für Literatur und Zeitgeschehen

Gewalt im Fernsehen

Der fehlgeschlagenen Aktion „Saubere Leinwand“ der sechziger Jahre, die Brutalität und Sexualität zugleich mit Hilfe von Gesetz und Justiz aus den Kinos vertreiben sollte, scheint in den siebziger Jahren eine Aktion „Sauberer Bildschirm“ zu folgen. Doch die Verhältnisse haben sich geändert. Motive, politische Ziele und Argumente der neuen Aktion haben einen anderen Stellenwert im politischen Geschehen. Diente die Säuberung der Kinos von Schund und Schmutz noch der Festigung eines imaginären Sittengesetzes, das ein wesentlicher Zug des CDU-Staates der Nachkriegszeit war, so richtet sich der Kampf gegen Gewalt im Fernsehen, genauer betrachtet, zugleich gegen die zögernden Versuche der Demokratisierung, Liberalisierung des Strafrechts, Modernisierung des Strafvollzugs der sozialliberalen Koalition. Die Häufung von Gewaltdarstellungen im öffentlich-rechtlich organisierten Fernsehen dient als Vorwand zu verlangen, das Strafrecht zu verschärfen und den unabhängigen Rundfunk einer Zensur zu unterwerfen. Bei allen ästhetischen, kommunikationswissenschaftlichen, psychologischen Überlegungen zum Thema Gewalt im Fernsehen darf daher die politische Komponente der Problematik nicht außer acht gelassen werden.

Etwa eine halbe Million Gewaltszenen dürften in den zwanzig Jahren bundesrepublikanischen Fernsehens ins traute deutsche Heim geflimmt sein, nimmt man den von Professor Heribert Heinrichs im Februar 1971 ermittelten Wert von etwa 400 Verbrechen in einer ganz normalen Fernsehwoche zur Berechnungsgrundlage. Hinzu kommen noch Kriegsszenen, Folterungen, Morde in Nachrichten und politischen und historischen Dokumentationen. Erstaunlich ist angesichts dieser Bilanz des Schreckens, daß erst Ende der sechziger Jahre massive publizistische Kritik an der TV-Gewalt einsetzte. Hier einige Überschriften aus seriösen Blättern, die als Auftakt der gegenwärtigen Kampagne gegen die Gewalt im Fernsehen an-

gesehen werden können: „Im Film, im Fernsehen täglich: Gewalt“ (Süddeutsche Zeitung 25./26. 10. 1969); „Die unterhaltsame Brutalität“ (Die Zeit 28. 11. 1969); „Fernsehen, Faustrechtschule der Nation?“ (Kirche und Fernsehen 22. 2. 1970).

Inzwischen erschienen Dutzende von Artikeln, Interviews und Stellungnahmen von Fernsehverantwortlichen. Einen ersten Höhepunkt der Gewalt-Diskussion lieferte die Zeitschrift „Eltern“, die im Mai 1971 einen auf Sensation getrimmten Artikel des Pädagogen Heribert Heinrichs herausbrachte. Das „Gesamturteil“ des Professors, der zusammen mit seinen Mitarbeitern von der Pädagogischen Hochschule in Hildesheim eine Inhaltsanalyse der Fernsehwoche vom 13. bis 19. Februar 1971 auf Gewaltszenen und Grausamkeiten hin vornahm: „ARD und ZDF forcieren die Brutalität in ihren Programmen so stark, daß die Folgen für unsere Gesellschaft – totale Verwildering und rücksichtlose Gewaltanwendung – nicht ausbleiben können.“ Die Bilanz böser Taten einer Woche wies immerhin 416 Grausamkeiten auf.

Das „Gesamturteil“ jedoch hält wissenschaftlicher Überprüfung nicht stand. Experimente von Fernseh-Wirkungsforschern, vor allem in den USA, über die Hella Kellner und Imme Horn in Heft 8 der ZDF-Schriftenreihe im Juni 1971 berichten, haben keinen direkten Zusammenhang zwischen TV-Gewalt und realer Gewaltanwendung erbracht. Die Wirkung von Fernsehsendungen, über die Professor Heinrichs ohne Experiment wilde Behauptungen aufstellt, ist ein „multivariables“ Prozeß, das heißt, sie ist abhängig von vielen veränderlichen Faktoren, etwa der Persönlichkeitsstruktur, Umweltsituation, Stimmung, Erwartung des Zuschauers, von der Machart der Sendung, der Programmstruktur, den Empfangsbedingungen. Alle Experimente über die Wirkung von Fernsehsendungen litten unter der Ausnahmesituation der Labor-Atmosphäre und des Rollenverhaltens der Untersuchungspersonen.

In Experimenten konnten bisher nur kurzfristige Wirkungen von Fernsehsendungen festgestellt werden. Wie verhalten sich Kinder oder Erwachsene nach dem Anschauen von Gewaltzügen? Über langfristige Wirkungen, wie Professor Heinrichs sie mahnend beschwore, können nur Vermutungen angestellt werden. Die Aussagen über kurzfristige Wirkungen, wie sie in der genannten ZDF-Schrift zusammengetragen wurden, entsprechen übrigens im wesentlichen den Ergebnissen der neuesten Untersuchung aus den USA, die in der Bundesrepublik bisher nur in Pressemeldungen mit irreführender Überschrift („TV-Gewalt weckt Aggressionen“ Frankfurter Rundschau 19. 1. 1972) bekannt wurde.

Ein Team von 12 Wissenschaftlern beschäftigte sich zweieinhalb Jahre lang im Auftrage des US-Gesundheitsministeriums mit der Analyse von Angebot und Wirkung von Gewaltdarstellungen im Fernsehen. Die vorsichtig formulierten Folgerungen der Experten aus ihren Untersuchungen: „Es gibt vorläufige Anzeichen für einen Kausalzusammenhang zwischen dem Beobachten von Gewalt im Fernsehen und aggressivem Verhalten; es erscheint klar, daß es diesen Kausalzusammenhang nur bei einigen Kindern gibt (die bereits eine aggressive Veranlagung haben); ferner erscheint klar, daß diese Wirkung nur in einem bestimmten Umweltzusammenhang zustande kommt.“

Unbestritten unter Wirkungsforschern ist die Vermutung, daß Gewaltzüge im Fernsehen auf Kinder stärker wirken als auf Erwachsene. Während die Erwachsenen im allgemeinen bereits Verhaltensmuster und Einstellungen verfestigt haben, ist bei Kindern und Jugendlichen die Gefahr gegeben, daß sie aus häufigen Gewaltdarstellungen und Gewaltmotivierungen im Fernsehen fürs Leben lernen, daß sich TV-Gewalt auf die sich bildenden Normen und Einstellungen auswirkt. In der ZDF-Schrift „Gewalt im Fernsehen“ werden aus mehreren Untersuchungen (z. B. „Violence and the Media. A Staff Report to the National Commission on the Causes and Prevention of Violence“, USA, Nov. 1969, und H. T. Himmelweit, „Wirkungsmöglichkeiten des Fernsehens“, in „Rundfunk und Fernsehen“, Heft 11/1963) einige Hypothesen referiert, die folgende mögliche Wirkungen von TV-Gewaltkonsum durch Kinder nennen: „Abstumpfen der emotionalen Sensibilität gegenüber Gewalttätigkeiten, auch im Alltagsleben; Gewöhnung an Gewalt als relativ alltäg-

liche Verhaltensweise; Einstellungsänderung gegenüber Gewaltanwendung; zunehmende Bereitschaft, Gewalt als Mittel zur Durchsetzung eigener Interessen bzw. zur Lösung von Konflikten anzuwenden.“

Von „totaler Verwilderung und rücksichtloser Gewaltanwendung“ als Folge der TV-Gewalt zu sprechen, bedeutet angesichts dieser Forschungsergebnisse eine unnötige Emotionalisierung der ernsten Problematik. Überlegungen zum Thema Gewalt im Fernsehen sollten sich auf möglichst abgesichertes, vielfältiges Material stützen. Denn nach einer allzu pauschalen Diagnose kann sich nur eine Holzhamer-Therapie einstellen.

Da es in der Bundesrepublik keine eigene Wirkungsforschung gibt, sollte zumindest auf das Material der Zuschauerforschung zurückgegriffen werden, wie es von privaten, im Auftrage der Rundfunkanstalten arbeitenden Instituten geboten wird. Nach einer Infratest-Untersuchung des Fernsehwinters 1971 sehen Kinder zwischen 3 und 13 Jahren werktags durchschnittlich 66 Minuten fern, samstags 105 Minuten und sonntags 120 Minuten. Am stärksten nutzen sie das Werberahmenprogramm zwischen 18 und 20 Uhr. Als liebste, aber nicht am meisten gesehene Sendungen nannten die im Winter 1971 von Infratest repräsentativ ermittelten 1141 Kinder die Jugend- und Kindersendungen, die übrigens fast vollkommen gewaltfrei sind. Ungünstige Sendezüge führen offenbar zur Diskrepanz zwischen Beliebtheit und tatsächlicher Nutzung. Abenteuer, Western, Heitere Fernsehspiele, Tiersendungen, Krimis, Stummfilme, Zeichentrickfilme, Unterhaltung, Sport, Spielfilme, Krimalsendungen („Aktenzeichen XY“, „Vorsicht Falle“, „Kriminalpolizier“) werden in der angeführten Reihenfolge gewertet.

Von einer übermäßig Beliebtheit von Gewaltdarstellungen kann nicht die Rede sein. Emotionell geleitete Gewalt-Kritiker, die im Fernsehen den Kinderverderber Nummer 1 sehen, sollten prüfen, zu welchen Zeiten Kinder wirklich fernsehen und welches Angebot sie zu dieser Zeit nutzen. Auch Professor Heinrichs hätte darauf kommen müssen, daß die sogenannten heiteren Familienserien, deren Verhaltens-Klischees nicht auf äußerer Gewalt beruhen, sondern auf Stabilisierung überkommener gesellschaftlicher Verhältnisse, an der Spitze der Nutzung und Beliebtheit liegen.

Durch Verkürzung der Wirkungs-Diskussion auf

die bloße, sehr äußerlich betrachtete Gewaltdarstellung haben die meisten Gewalt-Kritiker von wichtigeren Fragen abgelenkt, wie sie beispielsweise Friedrich Knilli und Kollegen in ihren ideologiekritischen Untersuchungen „Die Unterhaltung der deutschen Fernsehfamilie“ (Hanser 1971) formuliert haben. In Kurzanalysen von einzelnen Sendungen und Serien, in denen auch die Funktion von Gewaltausübung erörtert wird, beschreiben die Wissenschaftler ideologische Bestandteile und Muster beliebter Serien, die zur Verfestigung von populären Vorurteilen, überholten Einstellungen und reformfeindlicher Politikabstinentz beitragen können. Die Herauslösung von Gewaltszenen aus dem Zusammenhang einzelner Sendungen, der Verzicht auf die Motivierung der Gewalt, auf Vorgeschichte und Folgen, wie sie der „Eltern“-Artikel und andere zornige Aufsätze bleiten, können den Forderungen dringend nötiger, ideologiekritischer Fernsehkritik, in deren Bereich sie gehören, nicht gerecht werden.

Als angemessene Antwort auf die überwiegend emotionell und pauschal argumentierenden TV-Gewalt-Kritiker legte die Bundestagsfraktion der CDU/CSU Anfang dieses Jahres ein „Gesetz zum Schutze der Jugend vor Mediengefahren“ vor. Dieses Gesetz soll an die Stelle des seit 1961 geltenden Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften treten und neben den bisher erfaßten Medien auch Fernsehen und Hörfunk betreffen. Der Gesetzentwurf sieht Beschränkungen der im Artikel 5, Absatz 1, des Grundgesetzes genannten Grundrechte der Meinungsfreiheit, der Pressefreiheit und des Zensurverbots im Hinblick auf „Druck-, Ton- oder Bilderzeugnisse“ vor, „die der Sozialbindung des Menschen entgegenwirken, zum Mißbrauch der Sexualität verleiten können, Gewalttätigkeiten, Brutalität und Verbrechen irreführend oder nachahmenswert darstellen, zu Rassen-, Völker- oder Klassenhass anreizen, den Krieg verharmlosen oder verherrlichen oder die Grundrechte der Verfassung (Art. 1–6) verächtlich machen.“ Solche Erzeugnisse sollen in eine Liste aufgenommen werden und dürfen Kindern (bis 14) oder Jugendlichen (14 bis 18) nicht zugänglich gemacht werden. Ton- oder Bilderzeugnisse, die auf der Liste stehen, dürfen vor 22 Uhr im Hörfunk oder Fernsehen nicht ausgestrahlt werden. Im Entwurf heißt es weiter: „Das gleiche gilt für ein Ton- oder Bildzeugnis, das den Tatbestand des § 1 (s. o.)

erfüllt, auch wenn die Aufnahme in die Liste noch nicht beantragt, vorgenommen oder bekanntgemacht worden ist.“

Eine Bundesprüfstelle, in der auch ein Vertreter der Funk- und Fernsehanstalten sitzen soll, hat über die Liste zu entscheiden. Diese Bundesprüfstelle wäre nicht zu beneiden, da es in absehbarer Zeit keine allgemeinverbindlichen Kriterien für die Aufnahme in die Verbotsliste geben dürfte. Neben wissenschaftliche Bedenken treten politische Argumente: Regierung, SPD und FDP sprachen sich gegen das Gesetz aus, weil das Grundgesetz tangiert wird und die Rundfunkfreiheit in Gefahr gerät. In der Stellungnahme des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit heißt es: „Das von der CDU/CSU vorgeschlagene Verbot, im Rundfunk oder im Fernsehen jugendgefährdende Ton- oder Bilderzeugnisse zu senden, auch wenn sie noch nicht in die Liste jugendgefährdender Publikationen aufgenommen sind, ist rechtsstaatlich sehr bedenklich. Eine vorherige Kontrolle von Fernsehsendungen wäre unzulässige Vorzensur.“

Auch wenn es nicht zu einer Vorzensur von außen käme, bedeutete das Gesetz der CDU/CSU für die Rundfunkanstalten die Auferlegung einer strengen Prüfungspflicht aller ihrer Sendungen nach unsicheren Kriterien, etwa nach dem Maßstab „Sozialbindung des Menschen“ oder gar „Mißbrauch der Sexualität“. Die Folge könnte ein totsicheres Programm sein, an dem niemand Anstoß nehmen würde; denn die Aufnahme in die Verbotsliste, über die auf Antrag der obersten Justizbehörden der Länder, der Spitzenverbände der Jugendhilfe, der Staatsanwaltschaften und einer eigenen Beobachtungsstelle entschieden werden könnte, könnte Intendant, Programmdirektor oder Redakteur strafrechtlich empfindlich treffen.

Das Bundesjustizministerium bezeichnete die CDU/CSU-Initiative als überflüssig. Sie ist es, da es heute schon durch Strafgesetzbuch und Pressegesetze Möglichkeiten der Strafverfolgung von Journalisten gibt, die mittels Fernsehsendungen strafbare Handlungen begehen. Ein eigener Gesetzes-Entwurf des Bundesjustizministeriums, offenbar ebenfalls als Antwort auf das Gewaltgeschrei der Publizistik formuliert, ist weniger verworren und unscharf gefaßt als der CDU/CSU-Entwurf. Der neue § 131 des Strafgesetzbuches droht für die Darstellung von „Gewalttätigkeiten gegen Menschen in grausamer oder sonst unmenschlicher

Welse" eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr an; ausgenommen ist die „Berichterstattung über Ereignisse des Zeitgeschehens oder der Geschichte.“

An diesem Paragraphen stört nur der fehlende Kunstvorbehalt, der zu einer Flut von Prozessen gegen Fernsehverantwortliche führen müßte, es sei denn, sie verzichteten in unterwürfiger Selbstzensur auf alle Gewaltzäsuren in Spielfilmen, fiktiven Dokumentationen, wissenschaftlichen Demonstrationen. Heinz Ungureit weist in einer ARD-Dokumentation „Gewalt im Fernsehen. Materialien aus Redaktionen“ (Ende 1971) auf mögliche Schwierigkeiten mit dem § 131 hin: „Ein Dokumentarfilm über Vietnam (den Zweiten Weltkrieg, die KZs), der reale Tötungen und reale Leichen zeigt, wird also von dem Paragraphen nicht betroffen. Wohl aber kann ein Spielfilm, der das Töten in Vietnam (im Zweiten Weltkrieg, in den KZs) nachspielt“, betroffen sein, wenngleich er es womöglich mit der Absicht tut, über die Grausamkeit und Schizophrenie des Tötens aufzuklären.“

Der Kampf gegen die Gewalt ist populär. Der Ruf nach dem starken Staat angesichts der Banküberfälle, Geisel-Entführungen und allgemeiner Baader-Meinhof-Psychose, von der Massenpresse hochgespielt, von der Opposition im Vorwahlkampf gegen die um Demokratisierung bemühten Regierungsparteien dankbar aufgegriffen, wird lauter. In diesem Zusammenhang muß auch die rigorose Forderung nach Reinigung des Bildschirms von Gewalt gesehen werden. Dabei darf nicht von der beklagenswerten Tatsache abgelenkt werden, daß zu viel Gewalt, böseartig motivierte Gewalt, gedankenlose Brutalität in Action-Szenen vom Bildschirm in bundesdeutsche Wohnungen flimmt.

Hier helfen aber keine Gesetze und Bevormundungen. Die Rundfunkanstalten müssen in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und der betroffenen Öffentlichkeit durch bessere Kommunikation zwischen Gremien, Programm-Machern und Medienexperten zu einer Selbstkontrolle finden, die Eingriffen von außen zuvorkommt. Mangelnde Reflexion über die eigene Rolle als Programm-Verantwortliche, über die auch nicht die erwähnte ARD-Dokumentation und apologetische Erklärungen von Rundfunk-Intendanten hinwegtäuschen können, wie auch äußere Zwänge, nämlich das relativ billige An-

gebot von US-Serien und der Druck der Werbung in Richtung hoher Einschaltzahlen, haben zu einer beklagenswerten Unbefangenheit im Umgang mit Gewalt, ideologischen Klischees, Fernseh-Kitsch geführt.

Die ARD hat erste organisatorische Maßnahmen für eine bessere Kontrolle der Serien im Werberahmenprogramm getroffen. Auch die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft soll verstärkt werden. Der nächste Schritt sollte die öffentliche Überprüfung der ideologischen Gedankenlosigkeit und Zwänge, des Konservatismus, des Modernitätserückstandes eines neuen Mediums mit alten Botschaften in einer zukunftsorientierten Gesellschaft sein. Die Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung ist nur ein Teil der antiquierten gesellschaftlichen Verhaltensweisen, die unreflektiert über die Mattschelbe geistern.

Analysen – Diskussion

Hans Apel

Ein Denkansatz

Zu den Hannoveraner Beschlüssen der Jungsozialisten

Unsere Jungsozialisten haben ihre Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie ausdrücklich zur Diskussion gestellt. Sie haben einen Anspruch auf Stellungnahme und kritische Würdigung. Der Einstieg ist nun allerdings nicht einfach. Soll die marxistische Analyse und Beweisführung untersucht werden? Soll eine Reihe realistischer und klar umrissener Zielsetzungen weiterentwickelt werden? Sollen Verdächtigungen sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Politik und ihrer Repräsentanten widerlegt werden? Eins ist bei einer gründlichen Lektüre der Thesen der Jungsozialisten unübersehbar: Es handelt sich bei dieser Arbeit um einen Denkansatz, der einer gründlichen Analyse, Kritik und Weiterentwicklung bedarf, soll er uns weiterhelfen.

Um mit den Aussagen anzufangen, denen widersprochen werden muß:

- Antikapitalistische Strukturreformen dürfen nicht zum systemstabilisierenden Reformismus verkümmern (Ziff. 19).
- Die Politik der SPD kann sich nicht aus dem Bannkreis profitabler Kapitalverwertung lösen, solange nicht massenhafte antikapitalistische Mobilisierung eingetreten ist (Ziff. 33).
- Die sozialistischen Kräfte in der SPD müssen gestärkt werden, damit sie von einer Minderheit zu einer Mehrheit werden können (Ziff. 51).
- Das Betriebsverfassungsgesetz entfernte die Gewerkschaften fast kampflos aus den Betrieben und drängte die Betriebsräte in eine sozialpartnerschaftliche Rolle (Ziff. 28).
- Das Ergebnis dieser Gewerkschaftspolitik der 50er und 60er Jahre war eine zunehmende Entpolitisierung der lohnabhängigen Massen und eine um sich greifende Entmobilisierung unter den bewußten Teilen der Arbeiterklasse (Ziff. 28).
- Die Gewerkschaften nehmen die Orientierungsdaten der Bundesregierung hin und vertreten sie gegen bewußtere Teile der Lohnabhängigen (Ziff. 30).



Hans Apel, Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagstraktion

Diese Aussagen der Jungsozialisten haben eins gemeinsam: Sie leugnen die erfolgreiche Politik der Gewerkschaften und der SPD für die soziale Besserstellung der Arbeitnehmer und der Armen und Schwachen. Sie übersehen, daß unsere Reformpolitik, obwohl erst am Anfang einer langen Periode gesellschaftlicher Veränderungen, unübersehbare Zeichen gesetzt hat. Lohnfortzahlung, Krankenversicherungsreform, ausgebauter Mieterschutz, die Reform des BVG und vieles andere mehr zeigen den Erfolg dieser Politik.

Sieht man von den Ländern mit langjähriger Regierungsverantwortung der Sozialdemokraten ab, so kann nicht übersehen werden, daß unser Weg zur sozialen Demokratie erfolgreicher war und ist als der mit Verbalradikalismen gepfasterter anderer sozialistischer westeuro-

päischer Parteien. Nicht das, was die Jungsozialisten als Sozialismus deklarieren, ist damit schon als solcher zu bezeichnen. Die Quantität der richtigen Reformschritte ändert auch die Qualität der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Das Papier der Jungsozialisten selbst zeigt im Gegensatz zu anderen Aussagen die Richtigkeit dieser Feststellung. Ich verweise insbesondere auf die Ziffern 4, 5, 11, 22, 36 bis 43 und 45. Hier werden marxistische Analyse und Aussage relativiert, klare politische Zielsetzung und Strategie angeboten und die Gefährdungen unseres Weges als freiheitliche Sozialisten in der parlamentarischen Demokratie gesehen. Deshalb hat es auch keinen Zweck, daß letztgenannte Problem mit der unbewiesenen Behauptung der „Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie“ (Ziff. 54) relativieren zu wollen.

Die soziale Demokratie kann immer schwieriger in einem Lande der westeuropäischen Integration isoliert werden. Sozialer und gesellschaftlicher Fortschritt werden ebenso wie Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum zunehmend verwundbar durch Störfaktoren außerhalb des eigenen Landes. Dennoch darf diese richtige Feststellung der Jungsozialisten nicht zum Attentismus in der Bundesrepublik verleiten. Das wollen sie auch nicht. Europas Gesellschaftsordnung wird bei uns, einem der großen Industriezentren Westeuropas, wesentlich mitgeformt. Seit 1964 habe ich zusammen mit anderen immer wieder über diese Frage nachgedacht und mich mündlich wie schriftlich geäußert. Es ist gut, daß wir weiter nach einer Strategie für Europas Integration im Interesse der Arbeitnehmer suchen. Dabei wird es unumgänglich sein, sich ein realistisches Bild von der Schlagkraft und Ideologischen Ausrichtung der Linken in Europa zu machen.

Eine zentrale Rolle im Juso-Papier spielt die Frage der privaten Verfügungsmacht über die Produktionsmittel. Es ist hier nicht zu prüfen und festzustellen, ob und daß die Aussagen der Jungsozialisten im Widerspruch zum Godesberger Grundsatzprogramm der SPD stehen. Es ist zulässig, in einem ausdrücklich zur Diskussion gestellten Papier Godesberg in Frage zu stellen. Ich will mich vor allem auf die Frage konzentrieren, ob der grundlegende Klassenkontrast zwischen Lohnarbeit und Kapital und seinen Helfershelfern im Management durch die Beseitigung der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel aufgehoben werden

kann (Ziff. 1 und 2)? Ob die kapitalistischen Produktionsverhältnisse für die Selbstentfremdung der Arbeit ursächlich sind (Ziff. 6)? Ob Bildung mit dem Ziel hoher Arbeitsleistung aus kapitalistischen Grundwidersprüchen abzuleiten ist (Ziff. 53)?

Wer will als Sozialdemokrat und nach dem hundertjährigen Kampf der SPD für die Humanisierung unserer Gesellschaft Klassenkontraste und Ausbeutung leugnen? Doch falsch ist die einseitige Erklärung der gesellschaftlichen Ober. Für mich liegt eine wesentliche Ursache in unserer Leistungsgesellschaft und dem von ihr ausgehenden Leistungsdruck. Sie aber tritt uns auch in Gesellschaftsordnungen entgegen, die ihre Eigentumsordnungen radikal geändert haben. Und so müssen wir uns fragen, ob wir auf das Prinzip „Leistung“ und damit auf das Prinzip „Leistungswettbewerb“ verzichten können, bzw. wie es modifiziert und eingeschränkt werden kann? Es muß auch nach den vielfältigen Erfahrungen in Osteuropa und in Jugoslawien kritisch bezweifelt werden, daß die Vergesellschaftung und Demokratisierung der Produktionsmittel schon ausreicht, um für die Arbeitnehmer Wesentliches zu ändern. Hier muß weiter diskutiert werden. Denn der Status quo ohne echte Vermögensbildung, paritätische Mitbestimmung und eine gerechte Besteuerung kann natürlich auch nicht zukunftssträchtig für Sozialdemokraten sein. Und so stehen gerade diese Fragen wie die des Bodenrechts im Mittelpunkt des Willensbildungsprozesses der Partei.

Die Debatte über unser Langzeitprogramm wird Standort und Ziele unserer Partei auf der Grundlage des Godesberger Programms deutlich machen und neu umreißen. Programmatik der SPD und Bewußtseinsbildung der Mehrheit unserer Bürger müssen uns parlamentarische Mehrheiten für die Durchsetzung unserer Politik geben. Auch diese Strategie muß in unsere Politik unlösbar einfließen.

Gerd Walter

Strategiekongreß?

Die Debatte über Basisaktionen fand im „Roten Saal“ statt. Ein Symptom? Aus dem Kongreß über die Praxis (Strategie) wurde jedenfalls für die Jungsozialisten in Hannover ein Kongreß ohne die Praxis. Die Doppelstrategie, während

des Bremer Bundeskongresses und der kommunalpolitischen Konferenz der Jungsozialisten viel diskutierter, beim Saarbrücker Parteitag häufiger Anlaß zu Mißverständnissen, hat in Hannover keine kritische (I) Würdigung finden können. Auch die Beiträge, die bisher in „Die Neue Gesellschaft“ veröffentlicht wurden, weisen nicht über den in Hannover – Insofern eng – gesteckten Rahmen hinaus. Ein Mangel deshalb, weil sich an der fehlenden Überprüfung der bisherigen Erfahrungen mit mobilisierenden Basisaktionen einiges an Kritik entzünden müßte.

Zweifacher Druck hinderte die Delegierten daran, diese Erfahrungen zum Zwecke einer kritischen Diskussion über die Schwelle der Niedersachsenhalle zu lassen:

1. Zum einen drängte der Bundesvorstand und die ihm anhängende Mehrheit der Delegierten auf Beschlüsse – wohl mit dem Ziel zu demonstrieren, daß dieser (und nicht der von Hamburgern, Göttingern und anderen vertretene) Kurs derjenige der Mehrheit der Jusos ist. Dafür im übrigen auch die berechtigte Forderung von Karsten Volgt, nur keine Zustände wie beim SHB zuzulassen und die ideologische Geschlossenheit trotz möglicher Fraktionen per Beschußfassung zu wahren. Er vergaß dabei, daß gerade erst unter dem Druck der geforderten Abstimmung die scharfen Trennungslinien sichtbar werden – auch wenn alle betonen, Papiere und Beschlüsse seien vorläufig. Jede Gruppe neigte dazu, ihre Aussagen zur Wahrheit zu stilisieren. „... und da bei jedem die besondere Art der absoluten Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit wieder bedingt ist durch seinen subjektiven Verstand, seine Lebensbedingungen, sein Maß von Kenntnissen und Denkschulung, so ist in diesem Konflikt absoluter Wahrheiten keine andere Lösung möglich als daß sie sich aneinander abschließen“. So einer der sonst viel zitierten Klassiker, Friedrich Engels, in der „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“.

Unberücksichtigt blieb, daß nur ein herrschaftsfreier Dialog den Ansprüchen und Erfordernissen einer theoretischen Diskussion gerecht wird. Das schließt Geschäftsordnungstricks ebenso aus, wie es demokratisch-liberale Formen der Auseinandersetzung notwendig einschließt. Theorie ist keine Machfrage. Eine Machfrage ist vielmehr die Entscheidung darüber, welche Praxis in einer Organisation und von einer Organisation gepflegt wird. Auf dem

letzten Kongreß der Jungsozialisten aber wurden unterschiedliche theoretische Begründungen für eine im wesentlichen gleich verstandene Praxis (zumindest wurden mögliche Unterschiede nicht diskutiert) geliefert, und darüber wurde abgestimmt. Sozusagen über die Anzahl der Ziele, die sich mit den Monopolen auseinandersetzen.

Mehrheitsbeschlüsse im Bereich des politischen Handlungsspielraums der Jungsozialisten sind sinnvoll und notwendig. Mehrheitsbeschlüsse im Bereich von Analyse und Theorie sind sinnlos, weil Mehrheiten ein sinnloses Kriterium für die Richtigkeit von Analyse und Theorie sind – zumal gemeinsames Handeln auch bei unterschiedlichen theoretischen Ansätzen möglich ist.

2. Zum anderen war vielen nicht einsichtig, daß der gegenseitige Austausch theoretischer Versatzstücke zu einer Art Selbstbestätigung in Sachen Politökonomie führen mußte, vor der wiederum Friedrich Engels mit Recht warnte: als Folge der Abgrenzung zum politischen Gegner, der seinerseits die ökonomische Grundlage gesellschaftlicher Verhältnisse leugnet, nun die politische Ökonomie überzubewerten. Die ökonomische Lage sei die Basis, „aber die verschiedenen Momente des Überbaus – politische Formen des Klassenkampfes und seine Resultate – Verfassungen, nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt usw. – Rechtstypen und nun gar die Relikte aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwicklung zu Dogmensystemen üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der gesellschaftlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Formen“. (Brief an J. Bloch vom 21./22. 9. 1890)

Die Frage nach der Veränderbarkeit politischen Bewußtseins und politischen Handelns, das Problem der psychischen Struktur des Menschen und ihre Beeinflussungen, das Problem des „Überbaues“ – um nur einige Punkte zu nennen, die während des Kongresses häufig unter dem Mantel der dialektischen Beziehung von ökonomischer Basis und Oberbau – und meist zugunsten einer Verkürzung auf den ersten Teil dieser Beziehung – zugedeckt wurden. Oder was bedeutet der Erfolgsglaube an eine Strategie, die ihren Ansatzpunkt im wesentlichen in Bereichen sucht, in denen die Jungsozialisten auf Grund ihrer bisherigen

Praxis, auf Grund ihrer organisatorischen und inhaltlichen Möglichkeiten bisher nicht in der Lage waren, der Realisierung der formulierten Ansprüche näher zu kommen.

Das wäre die Frage nach den bisherigen Erfahrungen mit der Doppelstrategie gewesen, die vor rund eineinhalb Jahren bei den Jusos doch wohl mehr als Hypothese formuliert worden ist. Die in mancher Hinsicht aufschlußreiche Sammlung von Presseausschnitten über Aktionen einzelner Juso-Gruppen weist aus, welches Maß die Differenz zwischen den in Hannover formulierten Thesen und der Praxis der örtlichen Arbeitsgemeinschaften erreicht hat. Diese Differenz besteht nicht nur in der unterschiedlichen Einschätzung von Rolle, Funktion und Möglichkeiten der Jungsozialisten. Auf der einen Seite der Anspruch nach Arbeitsfeldern wie Betriebsarbeit, Mobilisierung via Politisierung der Arbeitnehmer, Vergesellschaftung vorrangig von Schlüsselindustrien und Banken und anderes – auf der anderen Seite Mieteraktionen, Aktivitäten zur Verdeutlichung der Umweltschutzprobleme, Lehrlingsarbeit und anderes.

Wenn aber die dialektisch-materialistische Methode den Vorrang der Wirklichkeit gegenüber allen Theorien über die Wirklichkeit bedeutet, dann wäre es notwendig gewesen, die Erfahrungen der Praxis der Jungsozialisten zur Überprüfung der Theorie heranzuziehen. Statt dessen stritt man um die noch perfektere Formulierung der Theorie! – Daß dabei dann noch die Begriffe Arbeiterklasse, Lohnabhängige und abhängig Beschäftigte in den Ergebnispapieren als Synonyme verwendet werden, ohne zumindest den historischen Begriff der Arbeiterklasse kritisch zu revidieren, spricht auch nicht unbedingt für diese Diskussion.

Die Chance, eine nicht unter Erfolgsdruck stehende Theoriediskussion zu führen, die über die Erfahrungsberichte und Diskussionsergebnisse der unteren Gliederungen der Jungsozialisten die subjektive Interessenlage der abhängig Beschäftigten stärker als wirksame Größe einbezogen hätte, war allerdings schon vor Monaten mit der Festlegung auf diesen Termin des Kongresses und seine Vorbereitung durch „Experten“ vertan worden. Zwar ist nicht zu übersehen, daß im Zuge des Strategiekongresses die Notwendigkeit bewußter geworden ist, die theoretische Auseinandersetzung innerhalb der Jusos und in der SPD zu verbreitern. Aber ähnlich wie nach den Kongressen von München

und Bremen sieht sich ein großer Teil der Jungsozialisten-Gruppen einer theoretischen Position unvermittelt gegenüber, die bisher in die praktische Arbeit dieser Gruppen keinen Eingang gefunden hat.

Die entscheidende Frage, ob auf diese Weise eine Willensbildung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten vorgenommen werden kann, wurde in Hannover per Geschäftsordnung erledigt. Viel schwerwiegender wird die Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis im Zusammenhang mit der Diskussion um die längerfristigen Vorstellungen der Partei selbst. Im Zuge der Diskussion um das Langzeitprogramm scheint sich so etwas wie die Einsicht in die Notwendigkeit einer Strategie durchzusetzen – will die Partei nicht den Anspruch aufgeben, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen einzuleiten. Diskussionspapiere, nicht mit der Autorität eines formellen Beschlusses versehen, wären bei der anstehenden Diskussion in der SPD über die bisherige Arbeit der Langzeitkommission nützlicher gewesen.

Dieter Bauer

Stolpern über Stock?

Aufregung um ein von Juso Wolfgang R. Stock, Erlangen, konzipiertes, vom bayerischen Juso-Landesvorstand später mit einigen Abänderungen als Diskussionsgrundlage gebilligtes vertrauliches, in der Folge aber „veruntreutes“ Papier zur Einschätzung des Juso-Strategie-Kongresses in Hannover. – Der folgende Artikel setzt sich zwar kritisch mit dem Papier auseinander, nicht jedoch um Gegenpositionen zu beziehen, sondern um eine mögliche gemeinsame Basis für eine Diskussion zwischen den streitenden „Parteien“ herauszulinden.

Der Fall wäre geeignet, beispielhaft darzulegen, was in der SPD, in einer Partei überhaupt, an Konsensus-Findung, an Diskussion, an

Eigen-Analyse möglich ist, ohne daß der Vorwurf des partei schädigenden Gebarens erhoben, ohne daß der Begriff der (mangelnden) Solidarität strapaziert werden kann. Daß dies an dieser Stelle nicht geschieht, liegt an dem mißlichen Umstand, daß es akribischer und dann sicher immer noch im Dunkeln tappender Recherchen bedürfte, ein objektives Bild aus dem Interessengerangel um die vom Hoegner-Enkel Wolfgang Stock zu Papier gebrachte Analyse des Juso-Strategie-Kongresses – um die geht es hier – zu filtern.

Allerdings scheint es zum jetzigen Zeitpunkt zumindest ratsam zu prüfen, was nun noch möglich ist, die Beteiligten und Betroffenen zu einem einander nicht diskriminierenden Dialog zu bewegen. Dabei wäre zu überlegen, ob dieser Dialog nicht öffentlich geführt werden sollte, um von vornherein einen Mißbrauch der ausgetauschten Argumente, einem im-Trüben-Fischen Ungebeteren – sei es innerhalb der eigenen Partei, sei es von außen – zu begrenzen.

Beginnen sollte die Diskussion mit der Klärung der einvernehmlich und von allen unwidersprochen zu akzeptierenden Analyseteile. Danach könnte man dazu übergehen, den Text auf unklare und damit verschiedenen Interpretierbare Formulierungen hin zu durchforsten und diese (nach Meinungsabklärung) durch eindeutige Begriffe zu ersetzen. Schließlich bleiben die eindeutigen, aber nicht von allen Beteiligten teilbaren Äußerungen zu diskutieren, und zwar argumentativ – weg von der allgemeinen pauschali erenden Begrifflichkeit.

Vielleicht könnte man sich nach diesem Schema auf folgende Ausgangsbasis einigen:

Der Strategiekongreß ist zu früh veranstaltet worden. Um wieviel zu früh spielt dabei keine Rolle. Das Wieviel läßt sich allein an dem Stand der vorbereitenden Diskussion ermessen und nicht daran, ob andere Umstände der Zeit Reife oder Gunst der Stunde signalisierten. Die Vorbereitung aber – und nicht nur die des Bundesvorstandes, die Stock betont – war ungenügend.

Tatsache ist ferner die Fraktionierung der Delegierten in vier Richtungen. Unwichtig ist dabei, ob die Jusos von der Entwicklung innerhalb der Studentenbewegung mit zwei Jahren Verspätung erfaßt worden sind, wenngleich niemand wird leugnen können, daß in der Tat parallele oder ähnliche Erscheinungen zu beobachten sind.

Die sog. „StamKap“-Fraktion wird sicher richtig durch die „nur gering modifizierte Übernahme der Theorie des ‚staatsmonopolistischen Kapitalismus‘ und der ‚antimonopolistischen‘ Bündnisstrategie“ und durch die „Ideologie der Basismobilisierung“ gekennzeichnet. Dagegen läßt sich ihr Anteil an den Delegierten nur indirekt taxieren, zumal bei Abstimmungen

1. die Zuordnung des Abstimmenden zu der einen oder anderen Fraktion nicht unbedingt eindeutig ausfallen muß, und umgekehrt;
2. die gemeinsam Abstimmenden durchaus nicht der gleichen Fraktion zu sein brauchen (was u. a. auch Stock belegt, wenn er in Bezug auf die Gruppe um Norbert Gansel – natürlich stark wertend, Ideologieverbrämt – feststellt: „Realen Einfluß hatte diese Gruppe der ‚Eihiker‘ nur noch, wenn auf dem Kongreß Linke und Rechte gemeinsam stimmten [z. B. Nichtbefassung].“).

Ist somit schon die Einschätzung der Fraktionsstärke anzuzweifeln, weil kaum an objektiven Kriterien abmeßbar, so bedürfte es erst recht der rationalen „beweisenden“ Begründung, daß es sich bei den „StamKapern“ „um mehr als Sympathisanten der DKP handelt“. Stock gesteht zwar „verbales Ausweichen“ der Vertreter dieser Fraktion zu, sagt dann aber nicht, worauf – in praxi – er seinen Verdacht stützt. Das zu sagen aber wäre für die Jusos sicher nicht nur um der internen Diskussion willen wichtig, sondern auch in ihrem eigenen Interesse in Bezug auf ihre Position in der SPD sowie schließlich im Interesse der Gesamtpartei in Bezug auf die Öffentlichkeit. Wenn man Grund hat zu verdächtigen, sollte man den Grund auch nennen, zumal „mehr als Sympathisanten der DKP“, die zudem noch angeblich „relevante Teile der Jusos ... von der SPD abzuspalten“ beabsichtigen, in der SPD keine Berechtigung mehr hätten.

Den von Stock mit 10 Prozent der Kongreß-Teilnehmer veranschlagten sogenannten „Nichtrevisionisten“ – auch für diese Zahl gelten die oben prinzipiell angemeldeten Bedenken, was die Schätzung von Fraktionsstärken anbelangt – wird völlige Konfusion im Hinblick auf theoretischen Anspruch und auf Praxis (in der SPD) bescheinigt: „Es ist nach deren Auftreten auf dem Kongreß schlechterdings nicht mehr einsehbar, wieso ausgerechnet die SPD von dieser Gruppe als Operationsbasis und Vehikel der ‚sozialistischen Revolution‘ erkoren wurde,

die in der 'selbstausgelösten Krise' die positive Lösung der Krise in der Transformation hin zum Sozialismus bewerkstelligen soll. Dies kann nur noch als volliger Realitätsverlust gewertet werden."

Im Gegensatz zu Ihnen wird den „StamoKap“-Vertretern, wie dargelegt, zwar vom Selbstverständnis der SPD, nicht jedoch vom Begreifen der eigenen Funktion, vom eigenen Selbstverständnis her die Berechtigung, innerhalb der Sozialdemokratie politisch wirksam zu werden, abgesprochen. (Stock: „Hinsichtlich der ‚StamoKap‘-Fraktion ist die Arbeit in der SPD noch mit dem Begriff des ‚Intrismus‘ zu erklären . . .“)

Es bedürfte der ausführlich erklärten Zielsetzung und des explizierten Strategiekonzepts seitens der „Nichtrevisionisten“, damit mit Ihnen überhaupt konkret und konstruktiv diskutiert werden könnte – und das nicht nur wegen der drohenden Möglichkeit, daß ihr Selbstverständnis von vornherein mit dem der SPD kollidiert. Solange aber ein solches konkretes Konzept nicht in die Diskussion eingebracht wird, vielmehr immer nur indirekt im Zuge der Kritik an offensichtlich anderen Konzeptionen sichtbar wird, scheinen Stocks Bewertungen vollkommen legitim.

Daß Stock selbst einer der vier Fraktionen, nämlich dem „sozialistischen Zentrum“ angehört, versteht sich; daß er das aber gerade dadurch zu erkennen gibt, daß er ihre Charakterisierung mit ein paar unkritisch dahingestellten, „positiven“ Schlagwörtern für ausreichend hält, und Kritik nur bezüglich einer speziellen Kongreßtaktik, die sich dadurch auszeichnet, daß ihr keine zugrunde lag, übt, bietet den anderen zumindest Bestätigung in ihrem Ärger.

Die Schlagworte: „Das politische Programm des Zentrums ist nach Rosa Luxemburg mit dem Begriff ‚Jenseits von Maximalismus und Opportunismus‘ umrissen. Es verfolgt die originäre Juso-Konzeption der Basismobilisierung und der parlamentarisch-institutionellen Absicherung von Positionen der Arbeiterklasse.“

Die Kritik: „Die heutige Position dieser Gruppe . . . artikuliert sich von seiten der ‚Linken‘ in der Gleichsetzung von Voigt, Roth, Streeck mit Schiller, Arndt und Ehrenberg – ohne daß in Arbeitskreisen und Plenum dabei großer Widerspruch käme.“

Es wäre dem Verlauf jeder Verständigung über den Kongreß sicherlich dienlicher, statt der

Schlagworte eigentliche, eigenständige Aussagen über den Weg der politischen Praxis, und mag Stock sie noch so deutlich z. B. im Vorspannpapier zum Hannoverschen Kongreß vorliegen und sich in den verabschiedeten Punkten widerspiegeln sehen, in aller Kürze festzuhalten. Die Kritik (die zitierte stellt ja wohl nicht mehr als eine Marginalie persönlicher „Rührung“ dar) käme im Verlauf der Verständigung dann den nicht zum „Zentrum“ gehörenden Jusos zu.

So ausführlich Stock sich mit den links vom „Zentrum“ gelagerten Gruppen befaßt, so disqualifizierend kurz tut er die sogenannten „Gansellisten“ ab. Er behauptet, dieser „rechte Flügel“ trete „Übrigens in seiner entschieden antimarxistischen Stellung immer erkennbar“ hervor, ohne dies näher zu belegen. Die Tatsache, daß die „gansellistischen“ Vertreter gegen das marxistische „Ursprünglichkeit“ beanspruchende „Zentrum“ stimmten, liefert für und in sich nicht die Berechtigung, das Verdict des „Antimarxismus“ auszusprechen. Es bedürfte der Argumente.

Mag die Katalogisierung „antimarxistisch“, auch wenn sie polemisch ist, noch angehen, so schlagen Stocks Überlegungen geradezu ins Paradoxe um, wenn er den „Gasellismus“ kräftemäßig einzuordnen versucht: „Der rechte Flügel der Jungsozialisten erscheint völlig abgeschlagen, aber doch nur scheinbar, da die Repräsentanz des Kongresses . . . doch stark anzuzweifeln ist.“ und wenn er später unter dem Abschnitt „6. Ergebnisse . . . – A Kongreß und Juso-Realität“ vermerkt: „Wenn, was der Fall sein kann, die Jusos nach dem Machtanspruch der Partei hinsichtlich der Ergebnisse des Kongresses ein Jahr mit sich selbst beschäftigt sind, ist die Gefahr zumindest teilweiser Regeneration und Einbrüche der Rechten gegeben. Man sollte nicht verkennen, daß noch heute die linken Vorstände der Jusos nicht eigentlich die Basis widerspiegeln, sondern einen analytisch-strategischen Vorsprung besitzen.“

Hierzu seien zwei Fragenkomplexe gestattet:
1. Will Stock die Legitimität der Juso-Repräsentanten in Zweifel ziehen? Oder will er etwa jenen Recht geben, die meinen, die Mehrheit der unter 35jährigen SPD-Mitglieder werde sowieso nicht durch die jetzigen, von Stock beschriebenen vier Gruppen vertreten? Das aber bedeutete, das demokratische Prinzip überhaupt in Frage zu stellen. Eine solche Behaup-

tung geriete in die gefährliche Nähe jener dogmatischen Überheblichkeit, Führungsanspruch aufgrund einer für sich selbst beanspruchten besseren, „höheren“ Einsicht (als der der Geführten) geltend machen zu dürfen. 2. Wenn nein, wieso ist Stock dann berechtigt, im Falle einer Regeneration der sog. „Rechten“ eine „Gefahr“ zu sehen? Wäre sie nicht vielmehr Ausdruck demokratischer Willensbildung und endlich breiterer politischer Aktivität?

Haben wir es bei Stock also doch mit einem elitären (dogmatischen) Anspruch zu tun? Denn: wieso ein „analytisch-strategischer linker Vorsprung“? Wo setzt die Bezugsgröße, die den Vorsprung messen läßt, an?

Es wäre an der Zeit, daß die Jungsozialisten Intern die hier und im Stock-Papier aufgeworfenen Meinungsverschiedenheiten und Unklarheiten ausdiskutieren und von sich aus die Grenzen dessen, was mit traditionell sozialdemokratischer Programmatik vereinbar sein soll und was nicht, abstecken. Wenn tatsächlich „zu Recht ... mit den Anträgen aus Hannover etc. der Rahmen sozialdemokratischer Politik als verletzt zu betrachten“ ist, und „der linke Radikalismus des Wortes aus Hannover und Hamburg ... nur geeignet (ist), einen permanenten Konflikt mit der Partei zu provozieren,“ so zeugt es nicht gerade von der Funktionsfüchtigkeit der Jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaft, diese Diskrepanz in eigener Regie zu glätten oder auszuräumen. Man wartet diesbezüglich am Ende doch nicht etwa auf die Gesamtteilung?

Friedhelm Wollner

Analysetelle – Zielvorstellungen – Strategieansätze

Im Volkslexikon von Bertelsmann (Gütersloh 1966) wird Kritik als „abwägende Prüfung, Beurteilungskunst“ interpretiert. Ob dem Beitrag von Herbert Ehrenberg (NG 1/72) „Blick zurück nach vorn“ zum Strategiekongreß der Jungsozialisten dieses Begriffsverständnis zugrunde lag, muß freilich bezweifelt werden. Schade. Denn Ansatzzpunkte zur Kritik gab es genug, und, wie gesagt, „ein strategisches Konzept für die künftige Politik benötigen die Sozialdemokraten ebenso wie die Jungsozialisten“ (Ehren-

berg). Eine kritische Diskussion ist für beide Seiten daher nicht nur nützlich, sondern auch nötig. Dies erfordert eine Auseinandersetzung mit den Argumenten Ehrenbergs auf der einen und mit Ablauf und Ergebnis des Kongresses von Hannover auf der anderen Seite. Auf den Beitrag von Ehrenberg sei deshalb kurz eingegangen.

Nach seiner Meinung lassen sich die Bedeutung von Industrie und Großunternehmen in Zahl ihrer Beschäftigten ausdrücken. Doch geht es eben nicht nur darum, sondern auch darum, welche wirtschaftlichen Abhängigkeiten bestehen (z. B. von der Automobilindustrie: Jeder achte Arbeitsplatz in der BRD hängt direkt oder indirekt von ihr ab) und welchen Einfluß sie ausüben, denn „die Großunternehmen bestimmen nicht nur entscheidend die Entwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards, sie verändern auch die Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft“ und „mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist“. Letzteres waren Zitate aus dem Godesberger Programm (der SPD).

Schon dies deutet darauf hin, daß man für die These, der Bauernverband habe in den letzten Jahren mehr politischen Einfluß ausgeübt als die Industrie, nur in der Länge von Schlagzellen und in der Anzahl der EWG-Agrarverordnungen Belege finden kann, nicht aber, wenn man die Rahmenbedingungen staatlichen Handelns in unserer Gesellschaft untersucht.

Die Aussage, daß Krisen „im Sinne der Marxschen Theorie“ – welche Art von Krise Ehrenberg damit auch immer gemeint haben mag – verhindert werden könnten, geht an den Juso-Thesen offensichtlich vorbei. Die grundsätzliche Krisenfälligkeit und Instabilität des Kapitalismus (These 5) wird behauptet, die Abmilderbarkeit durch soziale Sicherungen und konjunkturpolitische Instrumente nicht bestritten. Die Tatsache, daß im Falle einer Wirtschaftskrise auch jugoslawische Arbeitnehmer die BRD verlassen müßten, kann ebensowenig in Frage gestellt werden wie die Tatsache, daß dies schwerwiegende Folgen für die jugoslawische Wirtschaft haben würde. Damit aber akzeptiert Ehrenberg die vorher kritisierte These von der Internationalisierung des Arbeitsmarktes und der Schaffung einer neuen „industriellen Reservearmee“.

Unklar ist, was in diesem Zusammenhang mit dem Hinweis auf das Ansteigen der (unbereinigten) Lohnquote gezeigt werden soll, wenn nicht einmal deren Entwicklung in den Jahren nach der Rezession von 1966/67 und ihre strukturelle Zusammensetzung – vom Hilfsarbeiter bis zum Generaldirektor – in die Argumentation mit einbezogen werden. Außerdem müßte, was auch in den Thesen von Hannover nur unzureichend geschieht, die Erhöhung der gesellschaftlichen Reproduktionskosten der Arbeitskraft durch die für Transport, Bildung, Kommunikation und Erholung notwendigen Ausgaben berücksichtigt werden.

Was bleibt von Ehrenbergs Kritik an den Jungsozialisten? Den pauschalen Verdacht der „Realitätserne“ auszusprechen und gleichzeitig für so konkrete Dinge wie eine „nüchterne Einschätzung der Situation“, eine „realistische Analyse der Ausgangsbasis“ und „handfeste Reformpolitik“ einzutreten, verbaut eher den Weg zu einer kritischen Auseinandersetzung, als daß es sie fördert.

Der Vorwurf, die Jungsozialisten bedienten sich einer elitären, für die Zielgruppen unverständlichen Sprache, ist, so auch D. Kretschmer (ebenfalls NG 1/72), nicht unberechtigt. Ein gewisses sprachliches Abstraktionsniveau ist bei einer grundlegenden Analyse, so wie sie in Hannover versucht wurde, nicht ganz zu umgehen, aber der Kongreß erweckte streckenweise tatsächlich den Eindruck eines „Klassikerfestivals“, auf dem verschiedene Gruppen erlernte Theorieversatzstücke und sozialistische Lehrmeinungen vortrugen.

Die sogenannte „dezentrale Vorbereitung“ führte zwar dazu, daß in etlichen Bezirken Vorarbeiten geleistet und Strategiediskussionen geführt wurden, aber große Teile der ländlichen Bezirke waren so repräsentiert, wie sich die Struktur ihrer Gebiete darstellt: zurückgeblieben und von Verödung bedroht.

Das theoretische Gefälle innerhalb des Jungsozialistenverbandes und das Auseinanderklaffen von theoretischem Anspruch und politischer und organisatorischer Praxis sind wohl noch eine ganze Zeit wichtiger Probleme als die Frage nach den unterschiedlichen Auffassungen über die Rolle des Staates im „Achtzehnten Brumaire“ von Marx und im „Ursprung der Familie“ von Engels. Der Kongreß von Hannover dürfte in dieser Hinsicht einige Ernüchterung gebracht haben.

Die in Hannover nach langen Debatten unter

Zeitdruck beschlossenen Thesen können noch nicht den Anspruch erheben, eine „Strategie antikapitalistischer Strukturreformen“ entwickelt zu haben. Auch die klar vollzogene Abgrenzung von der DKP und die Feststellung, der Kongreß habe nur eine vorläufige Bilanz aus vorausgegangenen Diskussionen und praktischen Erfahrungen ziehen sollen, ändern daran nichts.

Die Thesen enthalten

– Analyseteile, die den meisten Raum einnehmen, aber weder die oft erwähnte Klassenanalyse der Bundesrepublik noch die gleichfalls geforderte Analyse der „*Restriktionen politischer Sozialisation*“ leisten;

– Zielvorstellungen, die, um dem Anspruch einer Strategie gerecht werden zu können, einer stärkeren Konkretisierung und Präzisierung bedürfen; denn Ziele von unterschiedlichem Allgemeinheitsgrad stehen relativ unverbunden und unkoordiniert nebeneinander, so wird z. B. in These 32 von „demokratisch kontrollierter Wirtschaftsplanung“ gesprochen, in These 12 von der „Selbstorganisation der Produktion“ durch die Arbeiter;

– Strategieansätze, die insgesamt sehr knapp geraten, im wesentlichen auf Betriebsarbeit abstellen und weder Rolle und Funktion der Jungsozialisten klar bestimmen noch Ansatzpunkte für eine Strategie in ländlichen Räumen liefern können.

Mangelnde Bündigkeit und Schlüssigkeit der Thesen erklären sich zum einen aus der getrennten Behandlung in Arbeitskreisen, zum anderen aus ihrem Charakter als integrierende Kompromißformulierungen, deren Funktion es sein sollte, unter Berücksichtigung möglichst vieler Aspekte eine große, wenn auch heterogene Mehrheit zu erzielen.

Eine der Hauptaufgaben dieser Thesen war es wohl, ein Gegengewicht zu den Ansätzen des „staatsinterventionistischen Monopolkapitalismus“ und zur mehr syndikalistischen „Basistrategie“ zu bilden. Diese beiden Positionen, die zur Überprüfung und Präzisierung der „Doppelstrategie“ durchaus Gesichtspunkte liefern können, konsequent weiterentwickelt mit dieser aber unvereinbar sind, wurden von Minderheiten vertreten, die in ihrem Kern aus SHB-Gruppen bestanden und auf dem Kongreß eine Diskussion führten, die bei den Jungsozialisten bis dahin kaum eine Rolle gespielt hatte.

Diskussion und Fortentwicklung der Kongreß-

ergebnisse müssen unmittelbar an den ersten Thesen ansetzen. Der in These 1 konstatierte und zum Ausgangspunkt der weiteren Argumentation gemachte Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung mag zwar als analytisches Hilfsmittel taugen, aber schon die in These 2 festgestellten „politischen, ideologischen, regionalen und berufsspezifischen Differenzierungen“ stellen die Bedeutung dieses Grundwiderspruches für strategische Ansätze wieder in Frage. Dabei wäre zu überprüfen, ob die Analyse auf der Basis des Klassenmodells allein überhaupt die Erfassung der relevanten Funktionalzusammenhänge und Steuerungsmechanismen der Gesellschaft ermöglicht und inwiefern nicht die Klassenstruktur soweit durch andere Faktoren überlagert ist, daß sie ihre Bedeutung für die Strategie verliert. Daran schließt sich die Frage nach der Relevanz des Ziels der Vergesellschaftung der Produktionsmittel an. Es geht allerdings nicht um deren Aufgabe, sondern um die genaue Bestimmung ihrer Bedeutung und Zweckmäßigkeit, eine Frage, die in Hannover ansatzweise diskutiert wurde.

Inwieweit dieser Kongreß, trotz dem „blödchen Chaos“ (so Wolfgang Roth in seiner sehr vorsichtigen Formulierung) zu einer Weiterentwicklung der Strategie der Jungsozialisten beigetragen und Lernprozesse ausgelöst hat, wird sich bei den Diskussionen in den Arbeitsgemeinschaften und in der Praxis der Jungsozialisten erst noch zeigen müssen.

Wilhelm Dröscher

Freiheit und Gerechtigkeit nur durch Solidarität

Grundwerte sind „verpflichtende Anforderungen, die erfüllt werden ‚sollen‘, also vielleicht auch nicht erfüllt werden“. Diese von Willi Eichler (in: „Individuum und Gesellschaft im Verständnis demokratischer Sozialisten“, Hannover 1970, S. 66) getroffene Feststellung scheint angebracht. – Seitens hat man sich in der Diskussion zwischen Sozialdemokraten so häufig des Appells an die Solidarität bedient wie in der jüngeren Entwicklung der SPD. Seitens

allerdings war auch eine Feststellung wie die von Eichler angebrachter. Das liegt sicher nicht daran, daß „die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung“ im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD neben Freiheit und Gerechtigkeit als Grundwert des sozialistischen (!) Willens genannt wird.

Vielmehr zeigt eine ebenso unvollständige wie aufschlußreiche Zusammenstellung von Äußerungen aus der aktuellen Diskussion, welche Bedeutung – und welche Funktion – dem Grundwert „Solidarität“ innerhalb der SPD zugemessen wird. Da wird auf die Geschichte verwiesen, durch die sich wie ein roter Faden die „prägende Kraft der Solidarität mit den Unterdrückten und Bedrängten – nicht nur im eigenen Land – zieht“. (Willy Brandt während des letzten außerordentlichen Parteitages.) Solidarität ist gleichzeitig der geistig-politische Boden, auf dem allein die Sozialdemokratie gedeihen kann – weshalb Solidarität auch heute mit den Benachteiligten „außerhalb unserer eigenen Reihen“ geübt werden soll, um Freiheit und Gerechtigkeit für alle zu erreichen. Zehn Jahre nach Godesberg formulieren die Jungsozialisten als „Aufgabe künftiger Politik und stetig anzustrebende Zielvorstellung ... die Solidarisierung breitester Volksschichten durch eine ... sozialistische Theorie und Praxis.“

Gleichzeitig fordern sie innerhalb der Partei „die kritische Solidarität aller Mitglieder auf der Grundlage ständiger theoretischer Arbeit und eines gründlichen ständigen Willensbildungsprozesses“. Der Parteivorstand erwartet von allen Mitgliedern Solidarität untereinander, und Willy Brandt fordert im Parteirat im Zusammenhang mit dem Beschuß zur Frage der Abgrenzung zu Kommunisten, „das Wort und den Begriff Solidarität wieder wichtiger“ zu nehmen und wieder neu zu lernen, daß „sie dadurch, diese Partei, durch Solidarität stark geworden ist“. Auf einen anderen Kern des Problems läßt sich abschließend mit einem anderen Zitat Willy Brandts verweisen: „Solidarität darf man von anderen außerhalb und innerhalb der Partei nur verlangen, wenn man sie selbst praktiziert. Die große Spannweite der deutschen Sozialdemokratie als Volkspartei erfordert Vielfalt in der Diskussion – Einheit in der Aktion!“

Das breite Spektrum der Volkspartei ermöglicht heute in der SPD nicht nur unterschiedliche Begründungen für politisches Handeln, son-

dern auch in großem Maße unterschiedliche politische Zielvorstellungen. Sie sollen durch Diskussion auf die Basis gemeinsamer Handlungsziele und gemeinsamen Handelns gebracht werden. Diese wesentlichen Elemente einer demokratischen Struktur in der Partei bedürfen allerdings eines inhaltlichen Bezuges, damit Solidarität nicht nur als kittendes Element der Diskussion verstanden wird.

Freiheit und Gerechtigkeit (Gleichheit) sind nicht allein Grundforderungen und Grundwerte sozialistischen Wollens. Sie waren vielmehr auch Forderungen des bürgerlichen Liberalismus. Der hier wesentlich interessierende Unterschied ist, daß die Arbeiterbewegung von Anfang an keine Illusionen darüber hatte, daß die Forderungen nach Freiheit und Gerechtigkeit sich auf einer rein einzelpolitischen und privatwirtschaftlichen Basis nicht verwirklichen lassen. Die aus der Spaltung der Gesellschaft In Besitzer und Nichtbesitzer von Produktionsmitteln folgende Benachteiligung und Unterdrückung einer großen, jedoch machtlosen Mehrheit der Gesellschaft würde sich nur aufheben lassen, wenn diese Mehrheit geschlossen in die Waagschale geworfen werden kann. In einer Zeit, in der jeder einzelne in krassem Ausmaß das Versagen seiner individuellen Möglichkeiten zur Veränderung konkret erfahren konnte, war Solidarität die einzige Möglichkeit zur Verwirklichung von Freiheit und Gerechtigkeit. Aus der Erkenntnis der gemeinsamen Lage und der gemeinsamen Interessen folgte der gemeinsame Wille, diese Lage zu überwinden.

Heute sind diese Grundwerte sozialistischen Wollens noch nicht verwirklicht, Freiheit und Gerechtigkeit sind formal und vordergründig erreicht. Wir wissen aber, daß sie einer konkreten inhaltlichen Verwirklichung bedürfen. Genauso das – nebenbei gesagt – scheint mir die Rechtfertigung für Reformpolitik zu sein. Eine große Mehrheit in der Gesellschaft ist noch immer benachteiligt, unterprivilegiert. Die grundlegende der verschiedenen Ursachen dafür ist: Die Zwei-Klassen-Gesellschaft besteht fort. In ihr haben sich aber die Lebensbedingungen für viele einzelne objektiv verbessert – dies ist zwar im wesentlichen in quantitativen, seltener in qualitativen Kategorien erfolgt, erschwert jedoch in zunehmendem Maße den Hinweis auf eben diese qualitativen Probleme.

Ein Teil der vordergründigen Probleme, der vordergründigen Benachteiligungen läßt sich

heute mit individueller Bemühung im privatwirtschaftlichen Bereich "lösen". Privater Wohlstand, ein erheblicher Teil von Konsumgütern, eine sehr relative materielle Sicherheit sind Dinge, die ein größerer Teil der Bevölkerung heute (solange Rezession vermieden wird) erreichen kann. Solidarität ist dann nicht mehr so selbstverständlich. Sie schwindet, wo bei vielen Auswüchsen der Leistungsgesellschaft das „Überrunden“ des Genossen zur vielgepflegten Übung und Erfüllung privaten Strebens beginnt. Sie schwindet auch da, wo Politiker die verfehlten Manipulationstechniken der Großwirtschaft zum Zwecke eigenen Fortkommens einsetzen. Solidarität ist verschwunden, wo verschwiegen oder nur noch mit Unbehagen zur Kenntnis genommen wird, daß private Manipulation mit Grundstücken oder Häusern nichts mit der nötigen Solidarität mit ausgebauteiten Mietern oder mit Obdachlosen zu tun hat. Sie wird denaturiert, wo sie zur Rechtfertigung angeblicher „Kavalliers“-Delikte herhalten muß.

Unter den Bedingungen einer so strukturierten Gesellschaft wird es schwerer, auf entscheidende Bereiche gesellschaftlichen Lebens hinzuweisen. Das hat nicht nur etwas mit der unausgesprochenen, manchmal massiv vereinbarten „Solidarität“ des Handelns derjenigen zu tun, die ein Interesse an der Erhaltung der herrschenden Verhältnisse haben. Das trifft auch zu, weil innerhalb der SPD die Diskussion über theoretische oder auch nur langfristigere Zusammenhänge bisher nicht ausreichend geführt wird. Das hat nur zu oft die Entscheidung über die Inhalte unserer Politik zu Entscheidungen über die sie vertretenden Personen gemacht – und damit das Fundament innerparteilicher Solidarität geschwächt. In noch größerem Maße trifft das außerhalb der SPD zu, wo der Appell an die Solidarität nicht einmal an das formale Kriterium der Mitgliedschaft zu einer Partei mit einem Grundsatzprogramm anknüpfen kann.

Das heißt: unterschiedliche Zielvorstellungen auf der Basis unterschiedlicher Interessen, unterschiedliche Einschätzungen von Rang und Priorität einzelner Aufgaben lassen sich auf der Basis kritischer Einsicht besser lösen. Solidarität entsteht dann an gemeinsam formulierten und diskutierten inhaltlichen Zielen, die durch gemeinsames Handeln verwirklicht werden müssen. Diese Art der Solidarität dürfte tragfähiger sein als jene, die sich nach den vorgenannten Kriterien mißt: was des einen Eule, ist des anderen Nachtigall. Gleichzeitig wird

damit vermieden, daß Solidarität sozusagen „von oben“ mit der Gefahr der innerparteilichen Disziplinierung angefordert wird.

Solidarität setzt vielmehr gemeinsame Interessen voraus, die durch dauernde und offene Diskussion in langfristige und kurzfristige Ziele umgesetzt werden müssen. Dies bedeutet die Verpflichtung für alle Mitglieder der Partei, sich für die Verwirklichung solcher Grundforderungen einzusetzen und darüber Öffentlichkeit herzustellen, wo die Verwirklichung der politischen Vorstellungen der SPD an Bedingungen scheitert, auf die einzelne oder die Partei keinen Einfluß haben.

Neben diesen innerparteilichen Aspekten schellen mir zwei andere diskussionsbedürftig: Solidarität ist die Voraussetzung dafür, gemeinsame Interessen gegen herrschende Interessen durchzusetzen. Im Rahmen einer langfristig angelegten Politik der SPD müssen die Ursachen dafür beseitigt werden, daß es Benachteiligung und Unterdrückung in dieser Gesellschaft der Bundesrepublik gibt. Schon in den Diskussionen über die Frage der Mitbestimmung, über das Mietrecht, über das Städtebauförderungsgesetz, über das Betriebsverfassungsrecht oder über die Steuerpolitik ist deutlich geworden, wie notwendig es für den Erfolg dieser Politik ist, die Solidarität der Mehrheit der Bevölkerung für diese Ziele zu gewinnen. Hier gilt, was für die Situation innerhalb der SPD gesagt wurde: Voraussetzung dieser Solidarität sind gemeinsame Interessen, gemeinsame Ziele und die Möglichkeit jedes einzelnen, diese als relevant für seine eigene Lage zu erkennen.

Ein anderer Aspekt ist jene Solidarität des Alltages, die jeder Mandatsträger der SPD, im Grunde jedes Mitglied selbstverständlich üben sollte. In ihr beweist sich, für einzelne direkt erfahrbar, der Wert solidarischen Handelns. Die Arbeit an der Basis gerade für diejenigen, die in unserer Gesellschaft immer höherem Leistungsdruck ausgesetzt sind, die mit der komplizierten und arbeitsteiligen Maschinerie dieser Gesellschaft nicht mehr zurechtkommen, schafft eine Basis des Vertrauens, das notwendig ist, wenn Verantwortung und Macht delegiert werden sollen.

Nach wie vor bezeichnet also das Godesberger Programm „unseren Weg“ richtig: „Die Arbeiterschaft war in Ihrem Kampf nur auf sich gestellt. Ihr Selbstbewußtsein wurde geweckt durch die Erkenntnis ihrer eigenen Lage, durch

den entschlossenen Willen, sie zu verändern, durch die Solidarität in ihren Aktionen und durch die sichtbaren Erfolge ihres Kampfes.“

Günther Müller

Solidarität braucht kein schmückendes Beiwort

Wie in so vielen anderen Fällen gehört auch der Begriff der Solidarität zu den Worten, die immer wieder gebraucht und missbraucht werden, ohne daß sich jemand bemüht hat, ihn klar zu definieren. Einen Versuch der Definition machte Gustav Radbruch in seiner „Kulturlehre des Sozialismus“, wo er schreibt: „Statt Kameradschaft sagen wir auch wohl Solidarität – ein fremdes, unzulängliches Lehnwort für die innerste seelische Erfahrung des Proletariers, die der Darstellung spotten. Solidarität heißt: alle für einen und einer für alle, heißt Verlust der sicheren Stelle, Arbeitslosigkeit, Brotlosigkeit um der gemeinsamen Sache willen. Solidarität heißt unermüdliche, aufopfernde Kleinarbeit an der Organisation des Proletariats, geopferte Sonntags- und Feiertagsstunden, Nachtarbeit im Interesse der Organisation nach mühseliger Tagesleistung im kapitalistischen Betrieb. Solidarität heißt Gefängnis, Verbannung um der Genossen willen, heißt Tod auf der Barrikade. Solidarität heißt Verzicht auf höchste Akkordleistung um der minder Tüchtigen willen, heißt Einrichtung eines Gruppenakkords, so daß auch die Schwächeren allenfalls bestehen können. Alles, was der Arbeiter empfindet an Treu und Glauben für seine Klassengenossen, an Opferfreudigkeit um der gemeinsamen Sache willen, liegt in diesem Wort beschlossen. Es ist der Ausdruck für das Erlebnis der Verbundenheit in jeder Form der Gemeinschaft, die dem Gemüt des einfachen Menschen als die höchste und wesentliche erscheint: die des gesellschaftlichen Handelns in der äußeren Wirklichkeit.“

Gustav Radbruch hat mit seinen Ausführungen das Wesentliche über Solidarität ausgesagt. Seinen Worten können wir schon etwas entnehmen, was bei der Diskussion darüber wichtig ist: Solidarität oder Kameradschaft ist gesellschaftliches Verhalten in einer Gruppe, das im-

POLITISCHE STUDIEN

Zweimonatsschrift für Zeitgeschehen und Politik

Mit Beginn des 23. Jahrganges wurde die Redaktion von der Akademie für Politik und Zeitgeschehen in der Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München übernommen. Verantwortlicher Redakteur ist

Dr. Johannes Hampel

Das März/April-Heft (Nr. 202) enthält u. a.:

- | | |
|--------------------|--|
| Peter Lerche | Stiller Verfassungswandel als aktuelles Politikum |
| Ernst Deuerlein | Die Abgrenzungspolitik und die Entwicklung eines Alleinvertretungsanspruches der DDR |
| Hans Pflaumer | Bürgernahe Verwaltung |
| Armin A. Steinkamm | Rechtsfragen zum Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 |
| Henry Deku | Christus der erste Marxist? |
| Peter J. Opitz | Black Power – Symbol und Symptome einer Entfremdung |
| Dokumentation: | Der Vertrag zwischen der BRD und der UdSSR und der Entwurf der CSU – eine Gegenüberstellung |
| | Ausführungen des Landesvorsitzenden der CSU, Dr. h. c. Franz Josef Strauß zum vorgelegten Entwurf für einen Gewaltverzichtsvertrag |
| Akademiebericht: | Rehabilitation durch Integration – Die Behinderten in der BRD von Willibald Fink |

Preis dieses Heftes mit 112 Seiten DM 5,80. Preis des Jahresabonnementes DM 30,–, Vorzugspreis für Studenten und Schüler (gegen Bescheinigung) jährlich DM 24,–, sämtliche Preise zuzügl. Versandkosten.

Verlangen Sie bitte ein Probeheft vom

GUNTER OLZOG VERLAG · 8 MÜNCHEN 22

mer dann herausgefordert ist, wenn diese Gruppe sich unter besonderen Bedingungen zu bewähren hat. In diesem Sinne hat es Solidarität immer gegeben und wird sie es immer geben. Ohne eine ideologische Definition zu kennen, hat die „Urhorde“ genauso Solidarität geübt wie das Sklavenheer des Spartakus. Für die schlesischen Weber und für die streikenden amerikanischen Bergarbeiter war Solidarität Selbstverständlichkeit, bedurfte keiner Definition und keiner Beschußfassung, sondern hatte sich einfach in der Praxis zu bewähren. Obwohl älter als der Begriff des Sozialismus war Solidarität eine Grundvoraussetzung der sozialistischen Bewegung. All die Schriften von den utopischen Sozialisten bis zu Karl Marx wären Makulatur, wenn nicht die geeinte Kraft der Unterdrückten in solidarischem Kampfe für ihre gemeinsamen Ziele eingestanden wäre.

Neben Einsatz für eine gemeinsame Sache bedeutete Solidarität meist immer auch Verzicht auf individuelle Vorteile. Der junge, kräftige Arbeiter verzichtete zugunsten des älteren, kranken, der kinderlose zugunsten des Kinderreichen, der nicht direkt Verfolgte zugunsten des Verfolgten. Er verzichtete aus der Überzeugung, daß sein „Genosse“ genauso handeln würde, wenn er betroffen wäre. Er handelte so, weil er wußte, daß jede Aufspaltung nur die Mächtigen stärken würde. Je stärker der Druck war, desto fester wurde auch die Zusammenarbeit, das gemeinsame Einstehen.

Aus dieser Erfahrung heraus wird klar, daß Solidarität immer dann am größten ist, wo eine Schicksalsgemeinschaft echt herausgefordert wird. Kein Wunder, daß in einer Wohlstandsgeellschaft wie der unseren die Solidarität an Bedeutung verliert – ja erst dann wieder gewinnt, wenn neue Bedrohungen entstehen. Typisch für diese Entwicklung waren auch die Jahre der Weimarer Republik und die dann folgende Zeit des Dritten Reiches.

Solidarität hat heute sicher nicht mehr die Kraft, die sie noch um die Jahrhundertwende in Deutschland hatte. Solidarität ist zwar nicht dasselbe wie Klassenbewußtsein, steht aber in engem Zusammenhang damit. Die Oberwindung der Klassengesellschaft, ihr Weg zur Bürgergesellschaft – ein Ziel, das Eduard Bernstein anstrebte – entzog der Solidarität ganz automatisch Grundlagen, die früher vorhanden waren. Dies ist kein Grund, um in Trauer auszubrechen, denn das, was Solidarität bedeutete, wurde inzwischen vom Staat, vom sozialen

Rechtsstaat, übernommen. Man denke nur an das Solidarprinzip bei der sozialen Rentenversicherung. Solidarität nicht mehr aus Emotion, sondern sozusagen aus Vernunft.

Da Solidarität immer im Einklang stand mit dem Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker, mußte sich ganz automatisch auch die politische Bewegung der Sozialdemokratie mit der Solidarität auseinandersetzen. Solidarität in der Partei bewährte sich immer dann, wenn der Druck von außen auf die Partei am stärksten wurde: zur Zeit des Sozialistengesetzes, im Dritten Reich.

Heute freilich erleben wir eine Verfremdung dieses Begriffes, der man auf den Grund gehen sollte. Solidarisches Handeln in der Sozialdemokratie bedeutete in der Vergangenheit: einstehen für die gemeinsame Sache gegen den politischen Gegner. Dieses Einstehen war nicht so zu verstehen, daß man keine Meinungsverschiedenheiten über die Richtigkeit des einzuschlagenden Weges hatte. Die Parteitagsprotokolle gerade aus dem 19. Jahrhundert machen die Spannbreite dieser Diskussion deutlich. Im 19. Jahrhundert bedeutete aber Solidarität in der Partei noch, daß man im „Rechten“ oder „Linken“ nicht bereits einen „Agenten des Kapitals“ oder eines „fremden Staates“ sah, dem mit Haß zu begegnen sei, sondern ein Mitstreiter mit Überzeugungen, die nicht den eigenen entsprachen, dem man aber zugestand, daß er bona fide für das gemeinsame Ziel kämpfte.

Diese Basis der Solidarität ist heute oft nicht mehr vorhanden. Wenn man gegen einen „Genossen“, der auf einem Unterbezirksparteitag eine Minderheitsmeinung vertritt, die den „Herrschenden“ nicht paßt, ein Parteiverfahren einleitet und dieses Verfahren nicht etwa mit „parteischädigendem“ Verhalten begründet, sondern mit „ehrloser Handlung“, dann wird klar, daß hier Kräfte am Werk sind, die den Begriff der Solidarität zu pervertieren suchen.

Solidarität kann nämlich nicht heißen, an Stelle der Diskussion die Mehrheitsmeinung zu setzen, der man sich zu unterwerfen hat. Solidarität hat auch nichts damit zu tun, daß man etwa von einem Mandatsträger verlangt, sein Gewissen für die Dauer seiner Mandatsausübung beiseite zu legen. Schon Karl Kautsky hat das imperativen Mandat scharf zurückgewiesen. Ja er sprach davon, daß die Forderung nach einem imperativen Mandat der Demokratie zuwiderlaufe und in vordemokratische Zeiten zurück-

füre. Wer heute unter dem Begriff der Solidarität ein imperatives Mandat verlangt, hat den Begriff der Solidarität nie verstanden.

Solidarität kann auch nicht heißen, Meinungsverschiedenheiten zu verdrängen. An die Stelle der Kameradschaft würde sonst die Kumpanei treten. Es gibt eben Dinge, die man nicht mitmachen kann. Hier zu verschleieren, hieße den Begriff der Solidarität mißbrauchen. Man würde weder sich selbst gegenüber noch seinen Mitmenschen gegenüber ehrlich handeln, wenn man unter dem Vorwand – oder auch der Ausrede – der Solidarität es vorzieht, zu schweigen oder die Hände in den Schoß zu legen. Gegensätze müssen offen ausgetragen werden. Dabei kann man in echter Solidarität durchaus vermeiden, den innerparteilichen Gegner zu diffamieren. Die Klarheit der Sachaussage leidet sicher nicht darunter, wenn man auf persönliche Beleidigungen verzichtet.

Die Entwicklung der Geschichte, Ihre Ausweitung zur Weltgeschichte erfordert heute aber eine zusätzliche Definition der Solidarität. Wenn Radbruch von einem zutiefst menschlich-individuellen Erlebnis der Solidarität sprach, so ist es heute nötig, aus diesem Bereich hinauszutreten. Allein die Tatsache, daß durch die technische Entwicklung die Welt kleiner wurde und dem Bürger im Bayerischen Wald in Minuten schnelle die neueste politische Entwicklung in Vietnam übermittelt wird, zeigt, daß es den Bürger aus Goethes Faust, der beim Osterspaziergang über die Völker tief drunten in der Türkei räsoniert, nicht mehr geben kann.

Solidarität muß also aus der menschlich-Individuellen Sphäre in eine neue Dimension gehoben werden. Obwohl das gemeinsame Erlebnis von Not, Armut und Unterdrückung nicht vorhanden sein kann, muß es Solidarität über die Erdteile hinweg geben. All die Fragen, die mit dem Begriff der Entwicklungshilfe verbunden sind, sind Fragen der Solidarität. Aus dem unmittelbaren Erleben heraus und mit stark emotionaler Bindung gewachsene Solidarität muß auch hier durch vernunftbestimmte Überzeugung ergänzt werden.

Solidarität kann auch mißbraucht werden. Es gibt genügend Beispiele aus der Geschichte, wo Solidarität für bestimmte politische Zwecke mißbraucht wurde, wo eine menschliche Hilfe maßnahme für eigenwillige politische Zwecke eingesetzt wurde. Wer Näheres darüber erfahren will, braucht nur die Biographie Willy Münzenbergs nachzulesen. Nicht jeder, der das

Wort Solidarität in den Mund nimmt, meint es immer redlich. Wer wirklich solidarisch handeln will, sollte deshalb nicht nur Herz und Gefühl ad hoc sprechen lassen, sondern vor allem, wenn es sich um Solidarität mit Menschen handelt, die weit entfernt leben und deren Lebensumstände nicht genau bekannt sind, die Vernunft mitsprechen lassen und Information einholen. Manch ein „Verfolgter“, für den große Solidaritätskampagnen organisiert werden, entpuppt sich, wenn man den Schleier der Worte entfernt, als plumper Agitator. Wer in einem Rechtsstaat bewußt Recht bricht, ist kein Verfolgter, der Solidarität braucht, sondern ein Rechtsbrecher, der einen fairen Prozeß erwarten kann.

In diesem Zusammenhang ist auch noch ein Wort zur sogenannten kritischen Solidarität notwendig. Solidarität braucht kein Epiteton ornans, kein schmückendes Beiwort. Solidarität kann nicht eingeschränkt und nicht ausgeweitet werden. Solidarität allein sagt aus, was damit gemeint ist und was nicht mißbraucht werden kann. Wer deshalb ein einschränkendes Beiwort gebraucht, macht sich verdächtig, meist Ideologieverdächtig. „Kritische Solidarität“ erinnert viel zu sehr an „proletarische Wachsamkeit“.

Radbruch nannte Solidarität auch Kameradschaft. Nagelproben für diese Kameradschaft gab es früher sicher mehr als heute. Die Nutznießer der Solidarität werden über diese Entwicklung sicher nicht traurig sein. Wer in jugendbewegter Romantik das Fehlen breitangelegter Waffen von Solidarität bedauert, erinnert allzusehr an jene innerparteiliche Opposition in der SPD von 1890, die dem Auslaufen des Sozialistengesetzes nachtraute, weil an Stelle der konspirativen und abenteuerlichen illegalen Arbeit die zwar wirkungsvollere, aber unromantische Parlamentstätigkeit getreten war.

Reif Vollmann

**Gegessen wird die Suppe,
nicht das Feuer**

Theoriediskussion und ihre Problematik

Neuerdings wird eine Belebung der parteiinternen Theoriediskussion gefordert. Es darf angenommen werden, daß hinter dieser Forde-

rung praxisbezogene Überlegungen stehen. Wie nämlich die letzten Jahre gezeigt haben, führt ein Unterbleiben dieser parteiinternen Diskussion zu einer durchaus mehr als nur theoretischen Absonderung jener Gruppen, die mehr Theorediskussion verlangen. Eine Theorediskussion, wenn sie niedergehalten wird, verkehrt sich mit einer gewissen Notwendigkeit in faktische Kontroverse, ja Polarisation. Darauf ist später noch einmal zurückzukommen, aber schon jetzt sei festgestellt, daß hinter der Forderung nach Belebung der Theorediskussion die praktische Idee parteilicher Solidarisierung steckt.

Grundsätzlich ist zur Theorie zu sagen, daß sie durchaus etwas anderes ist als lediglich das Bewußtsein einer bestimmten Praxis. Noch grundsätzlicher: das Verhältnis von Theorie und Praxis ist völlig verschieden von dem Verhältnis einer Handlungsanweisung und einer Handlung. Man kann sich das, ohne zu abstrakt zu werden, am Unterschied von konservativer und nichtkonservativer Haltung klarmachen. Allgemein: die konservative Denkhaltung bremst das Handeln, eine nicht konservative Denkhaltung spornst zum Handeln an.

Die konservative Denkhaltung wirkt deshalb bremsend, weil sie schon ein bloß gedankliches Hinausgehen über das Bestehende für verkehrt hält, und zwar einmal, weil dieses Hinausgehen über das Bestehende ein Aufgeben gewisser institutionalisierter und liebgewordener Positionen nicht ausschließt, zum andern, weil dieses Hinausgehen über das Bestehende grundsätzlich einen Eingriff in etwas bedeutet, von dem man gern glaubt, es entwickle sich nach seiner eigenen Gesetzmäßigkeit.

Die konservative Denkhaltung hinsichtlich des Verhältnisses von Theorie und Praxis ist also von zwei Grundzügen geprägt. Erstens setzt sie voraus, daß die Dinge eine Eigengesetzlichkeit haben, in die nicht eingegriffen, sondern die allenfalls beschrieben werden dürfe. Hier verbinden sich liberale Ideen des letzten Jahrhunderts mit einer heruntergekommenen Auffassung von Marxscher oder eigentlich Engelscher Dialektik; hinzu kommt noch ein sehr vereinfachter Abklatsch einer mißverstandenen, völlig undialektisch aufgefaßten Unterbau-Oberbau-Theorie.

Zweitens setzt die konservative Denkhaltung voraus, daß die Theorie selbst schon ein Stück der Praxis sei. Indem die Theorie über das

Bestehende hinausgeht, scheint sie es gewissermaßen schon durch Mißachtung zu verändern. Es ist hier nur auf den ersten Blick befremdlich, daß diese Vorstellung von Theorie auf konservativer westlicher Seite ganz dieselbe ist wie etwa auch in der Sowjetunion. Man darf sich aber von der „östlichen“ Begründung, daß nämlich Theorie und Praxis nicht zu trennen seien, nicht täuschen lassen. Hinter diesem scheinmarxistischen Argument verbirgt sich oder verbarg sich wenigstens nur dieselbe machtpolitisch denkende Veränderungsunwilligkeit wie im westlichen Lager.

Wenn nun aber eine niedergehaltene Theorediskussion zu gewissen faktischen Polarisationen seitens derer führt, die eine Diskussion wollen, so liegt dieser Tatsache etwas anderes zugrunde: Es geht darum, daß eine theoretische Abweichung, die parteiintern nicht diskutiert werden kann, keinen andern Weg der Artikulation, und zwar der ernstgenommenen Artikulation mehr hat als den des faktischen Abrückens. Kontroverse Polarisationen in einer Partei sind gar nichts anderes als fälschlich unterbliebene theoretische Auseinandersetzungen. Auf der Seite der Abweichler wird Theorie nicht mit Praxis verwechselt, sondern die Theorie drückt sich, da sie sonst nicht gehört würde. In — nun wiederum falscher — Praxis aus. Faktische Solidarität dagegen beruht auf offener Diskussion.

Es muß allerdings eingeräumt werden, daß unter bestimmten Bedingungen diese prinzipiell offene Diskussion parteiintern bleiben muß. Da nämlich der konservative Gegner unter dem Mißverständnis leidet, die Theorie sei schon ein Stück der Praxis, wird er nicht nur das faktische Auseinanderrücken, also die Polarisation für eine Spaltung der Partei und für einen Verlust von Solidarität nehmen, sondern er wird auch in gewissen öffentlichen Theorediskussionen nichts anderes sehen können als eine faktisch vorhandene, hier eben in der Form der Theorie vorkommende und in diese Theorie gewissermaßen eingehüllte Spaltung. Da jedoch der politische Gegner mit seinen wenn auch verzerrten und verzerrnden Meinungen ein Faktum ist, dem sich keine noch so theoretische Diskussion entziehen kann, wird man gut daran tun, gewisse Diskussionen ohne die Öffentlichkeit zu führen. Hier in jedem Falle nach der Öffentlichkeit zu rufen, hieße ein Demokratieverständnis proklamieren, das schon darum nicht das „wahre“ sein kann, weil es

**VERÖFFENTLICHUNG DES HWWA – INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG – HAMBURG**

NEUERSCHEINUNG

**Market and Marketing in the
Federal Republic of Germany**

von Christian Wilhelms und Klaus Boeck

Dieser Exportleitfaden für Entwicklungsländer analysiert Marktverhältnisse und Absatzmöglichkeiten für das Marketing ihrer Konsumgüter in der Bundesrepublik. Dabei werden die Struktur und die Entwicklungstendenzen des Konsumpotentials und der Absatzchancen für Entwicklungsländer ebenso dargestellt wie die Marketinginstrumente und die Grundzüge der Importregelung in der Bundesrepublik. In seiner zweiten Funktion als Nachschlagewerk enthält der Exportleitfaden bedeutende Quellen- und Adressenhinweise zur Marktinformation und Kontaktanbahnung sowie Statistiken über Marktdaten und Konsumgüterimporte aus Entwicklungsländern. (In englischer Sprache)

Großboktev, 253 Seiten, 1971, brosch. DM 19.80

VERLAG WELTARCHIV GMBH • HAMBURG

die parteiinterne Demokratie untergräßt. Denn der falsche Ruf nach Öffentlichkeit, wenn er im Endeffekt dem politischen Gegner dient, muß notwendig seitens der Parteiführung zum Versuch führen, die Theoriediskussion dann lieber ganz zu unterbinden.

Eine Bemerkung noch zum angesprochenen Begriff der Solidarität. Nach dem Gesagten hängt Solidarität zusammen mit einem gemeinsamen praktischen Grundinteresse bei völlig offener theoretischer Diskussion. Wer, wie der politische Gegner, der die Theorie schon für ein Stück der Praxis hält, eine offene Theoriediskussion gar nicht haben und wollen kann, der bedarf nicht des Gegengewichts der Solidarität. Genauer und umgekehrt formuliert: wer praktische zielgerichtete Solidarität nicht kennt, darf keine Theoriediskussion wollen. Offene parteiinterne Theoriediskussion kann nur dort, sollte aber auch tatsächlich dort stattfinden, wo sie auf faktisch unangetasteter und theoretisch grundsätzlich unantastbarer Solidarität beruht. Das bedeutet nun, daß der Theorie eine ganz andere Rolle zukommt, als dies die westlichen Konservativen und die konservativen Marxisten behaupten. Die Theorie ist nämlich gerade das, was noch nicht Praxis ist, und zwar ist sie dies so, daß ohne sie keine Praxis vernünftig ist. Theorie ist, weniger abstrakt gesagt, ein Konglomerat aus Zielvorstellungen, aus Wünschen, aus Träumen, aus Strategie, Taktik und Anwendbarkeit. Das ist das Verwirrende an ihr: sie kann mit dem Bestehenden spielen, wie sie will. Nur muß sie stets mit der Wirklichkeit spielen, sie darf nicht Vorstellungen für das Wirkliche halten.

Es geht ihr also darum, das Gewünschte zum Gewollten und dann zum Realisierbaren zu machen. Die Theorie ist nicht schon Praxis, hat aber mit ihr zu tun, jedoch weder als eine Handlungsanweisung noch als eine „praktische“ Vorwegnahme; um es in einem Bild zu sagen (und es hat sehr mit der Sache zu tun, wenn wir hier ein Bild für einen Gedanken nehmen): Die Theorie ist das Feuer unter dem Suppentopf; was aber nachher gegessen wird, ist nicht das Feuer, sondern die Suppe. Um dieses Bild noch weiter zu strapazieren: es kommt auf die Stärke des Feuers an, wie schnell die Suppe gar wird.

Wir haben eingangs den Unterschied von konservativer und nichtkonservativer Haltung ganz allgemein damit beschrieben, daß die konservative Haltung das Handeln bremst, während

die nichtkonservative Haltung zum Handeln anspont. Nach allem, was danach gesagt worden ist, sollte es nicht mißverstanden werden können, wenn wir weiter sagen: Dieses einmal gebremste, das andere Mal angespornte Handeln – dieses Handeln ist in gewisser Hinsicht dasselbe. Auch eine konservative Regierung muß auf die Dauer immer häufiger das tun, was vernünftig ist, und eine nichtkonservative Regierung kann nicht in den Zwang geraten wollen, immer etwas anderes und womöglich das Gegenteil von dem zu tun, was eine konservative Regierung auf die Dauer auch tätet.

Mit dieser Überlegung, so verdächtig sie zunächst wirken kann, wollen wir theoretisch dem Umstand Rechnung tragen, daß es für die großen Parteien immer schwieriger zu werden scheint, in einem traditionellen Sinne politische Alternativen zu formulieren; oder daß es für eine Opposition, sofern sie nicht bewußt eine Minderheit vertritt, immer schwieriger wird, überzeugend zu wirken – es sei denn in einem Punkt, nämlich daß sie in einem Falle das Verfrühte, im andern Falle das Verspätete eines Vorhabens der Gegenseite aufzeigen kann.

Verfrüht bedeutet den konservativen Einspruch; er meint: Die Dinge sind noch nicht so weit. Verspätet bedeutet: Die Dinge „gehen“ von selber nicht. Die Warnung vor dem Verfrühtsein bremst das Handeln, die vor dem Sich-verspäteten-Können spornet es an. Wobei zu bemerken ist, daß „verfrüht“ und „verspätet“, wenn man die darin enthaltenen konservativen Ideologie-Hintergründe nicht außer acht läßt, qualitative politische Kategorien sind, Kategorien also, die durchaus nicht ohne weiteres auf die Seite dessen, worüber man mit sich reden läßt, fallen. Die Kategorie „verspätet“, etwa auf ökologische (Umwelt-)Probleme angewendet, hat einen andern Stellenwert, als dies die Alternative früher-später noch vor einhundertfünfzig Jahren bei einem Friedensschluß gehabt haben könnte.

Eine beiläufige Anmerkung noch zu diesen angesprochenen ökologischen Problemen: Sie existieren offenbar im Osten wie im Westen, sind also, wie es dem bestürzten Blick des Ideologiefreundes vor Augen tritt, ideologieunabhängig, oder, was hier einmal für dasselbe gelten mag, sie zeigen jedenfalls, daß die Unterschiede zwischen östlicher und westlicher Ideologie unwichtig sind; denn ideologische Unterschiede erweisen sich dort als unwichtig, wo die problematische Wirklichkeit sich hinter

dem Rücken verschiedener Ideologien als ein und dieselbe herausstellt. Hier schrumpft die *facto* und sichtbar alle ideologische Aufgebläsenheit auf ihr wirkliches Maß zusammen, nämlich auf den Unterschied zwischen nicht-konservativ und konservativ, gleichgültig, ob das Konservative sich marxistisch oder abendländisch gibt. Marxistisch und abendländisch-konservativ: das sind zwei Namen für dieselbe Flucht vor den anslehnenden, zum Handeln anspornenden Aufgaben.

Das also scheinbar bloß zeitliche Problem des „verfrüht“ und „verspätet“ ist ein sachliches Problem. Wahrscheinlich war das immer schon so: jetzt aber ist es offenkundig. Hier und nirgendwo anders liegt der Sinn des Begriffs der Progressivität. Progressiv ist nicht, einer Ideologie anzuhängen, von der man glaubt, sie sei an der Zeit und werde sich so oder so durchsetzen; vielmehr ist progressiv die im ständigen theoretischen Vorgriff sich ergebende Einsicht, daß das Vernünftige jetzt getan werden muß und nicht irgendwann einmal. Dieses Bestimmte kann dadurch vernünftig sein, daß es jetzt getan wird und nicht irgendwann einmal; umgekehrt kann etwas Vernünftiges seine Vernünftigkeit dadurch verlieren, daß es irgendwann einmal und nicht jetzt getan wird. Auch dieses Jahr war früher einmal ein irgendwann. So kommt es, daß das Konservative dadurch bestimmt ist, daß es früher einmal gewiß sehr vernünftig war oder gewesen wäre.

Das Konservative ist eine Haltung, die mit einem Denkfehler zusammengeht; das Nicht-konservative ist das Vermeiden dieses Denkfehlers, das zur Haltung wird. Daher, von allem andern abgesehen, der Elan des Nicht-Konservativen, daher die Faulheit des Konservativen.

Franz-Josef Neuhoff

Entspricht die Fristenlösung unserer Rechtsordnung?

Zur Reform des § 218

In der Diskussion um die Reform des § 218 des Strafgesetzbuches hat sich der außerordentliche Parteitag in Bonn für die sogenannte „Fristenlösung“ eingesetzt¹⁾), die besagt, daß für einen bestimmten Zeitraum der Schwanger-

schaftsabbruch völlig straflos bleibt. Demgegenüber setzt sich Justizminister Jahn nach wie vor für die sogenannte Indikationslösung ein. Ebenso wie er lehnen auch Klaus-Dieter Arndt, Erhard Eppler und Martin Hirsch die Fristenlösung mit Nachdruck ab. Wie erklärt sich die merkwürdige Tatsache, daß gegenüber der anscheinend in weiten Volkskreisen gewünschten Fristenlösung die mit der Materie vertrauten Experten eindeutig die Indikationslösung befürworten?

Wer die Frage näher untersucht, kommt sehr rasch zu dem Ergebnis, daß sich der Unterschied aus der Argumentationslage ergibt. Während die Befürworter der Fristenlösung dieser meist aus emotionalen Gründen zustimmen, lehnen die Gegner sie aus rationalen Gründen ab. Es ist etwa ähnlich wie bei der Diskussion um die Todesstrafe. Carlo Schmid hat einmal im Bundestag gesagt, daß, wenn man der Volksmeinung in dieser Frage folgte, in Deutschland noch die Scheltenhaufen brennen würden. Ähnlich verhält es sich mit der Frage der Änderung des § 218. Wer unbeeinflußt durch Spontanaktionen und Emotionen eine sachbezogene, sich auf Argumente stützende Auseinandersetzung führt, wird bald zum Ergebnis kommen, daß nur die Indikationslösung eine den Grundlagen unserer Rechtsordnung gerechtwerdende Lösung darstellt. Dies soll im folgenden kurz begründet werden.

Ausgangspunkt der Diskussion um den § 218 kann nur dessen Zielsetzung sein. Rechtsprechung und Rechtslehre sind sich darüber einig, daß das geschützte Rechtsgut des § 218 das werdende menschliche Leben ist. Das Recht auf Leben ist im Grundgesetz in Art. 2 II ausdrücklich anerkannt. Unabhängig von jeder religiösen oder ethischen Weltanschauung ist anerkannt, daß dieses fundamentale Rechtsgut des Schutzes durch den Staat auch der Strafgesetze bedarf, wenn die Aufgabe des Strafrechts, Friedens- und Freiheitsordnung für alle zu sein, erfüllt werden soll. Gerade der werdende Mensch, das schutzloseste Wesen überhaupt, hat Anspruch darauf, vor unzulässiger Verfolgung geschützt zu werden. Alle Argumente, die der Fristenlösung das Wort reden mit der Begründung, die Frau habe das Recht, ihre Lebensverhältnisse selbst zu bestimmen („Mein Bauch gehört mir“), sind daher nicht

¹⁾ Siehe hierzu auch die Diskussionsbeiträge von Luc Jochimsen und Gerhard Jahn in Heft 1/1972 der NG.

stichhaltig. Wer diesem Argument folgt, leugnet schlicht den Anspruch des werdenden Menschen auf sein Leben. Wer diese Auffassung vertritt, muß konsequenterweise die absolute Abschaffung des § 218 fordern. Demgegenüber betont Klaus-Dieter Arndt mit Recht, es sei aus verfassungsrechtlichen Gründen unerträglich, menschliches Leben auch nur für eine Zeit ohne strafrechtlichen Schutz zu lassen.

Es ist nahezu unbestritten, daß dennoch die jetzige Regelung des § 218 unbefriedigend ist. Allerdings genügt dazu nicht der allgemeine Hinweis, diese Regelung gehe an der sozialen Wirklichkeit vorbei. Der eigentliche Grund ist vielmehr, daß das mit § 218 verfolgte Ziel, nämlich der Schutz menschlichen Lebens, praktisch nicht mehr erreicht wird. Wenn – bei vorsichtiger Schätzung – in der Bundesrepublik jährlich 200 000 bis 400 000 Abtreibungen vorgenommen werden, von denen nur 0,5–1 Prozent bekannt werden, und in den bekanntgewordenen Fällen bei etwa 90 Prozent nur Geldstrafen oder Gefängnis unter 3 Monaten mit Aussetzung zur Bewährung verhängt werden, so kann von einem wirksamen Schutz des menschlichen Lebens nicht mehr gesprochen werden. Das Strafgesetz „greift“ nicht mehr, verfehlt seine Zielsetzung. Es führt zu Zufallsbestrafungen und treibt die Frauen in die Illegalität. Offenbar ist die bisherige Regelung in so großem Umfang wirkungslos geworden, weil in ihr die Grenze der Zumutbarkeit im Hinblick auf bestimmte Konfliktlagen überschritten wird.

Geht man von dem Grundsatz aus, daß der Schutz des menschlichen Lebens ein unabdingbares Rechtsgut ist und der § 218 diesem Schutz dienen soll, dann erscheint die völlige Straflosigkeit der Tötung menschlichen Lebens für einen bestimmten Zeitraum hierzu kein geeignetes Mittel zu sein. Hierfür sprechen zahlreiche Gründe.

Es kann nicht ausbleiben, überließt man den Schwangerschaftsabbruch der Entscheidung der Frau, daß zumindest bei der Masse der Bevölkerung die Vorstellung beseitigt würde, auch die Frucht im dritten Schwangerschaftsmonat stelle bereits menschliches Leben dar. Darüber hinaus ist zu erwarten, wie sich aus dem Bericht der Bundesregierung vom 25. März 1971 (Drucksache VI/2025) über die Erfahrungen in anderen Ländern ergibt, daß die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche gewaltig steigen würde. Die in dieser Hinsicht beispielweise in Rumänien gemachten Feststellungen

sind erschreckend. Dort stieg die Zahl der Abtreibungen so hoch (1965 alleine 1 115 000 legale Unterbrechungen), daß die Regierung sich im Jahre 1966 zu einem restriktiven Gesetz veranlaßt sah, um dem Bevölkerungsrückgang entgegenzuwirken.

Gegen die Fristenregelung spricht ferner, daß ihr ein Moment absoluter Willkür eigen ist. Denn was wird hier eigentlich bestraft? Kriterium der Strafe ist ja nicht mehr der Schutz des menschlichen Lebens als solcher, sondern nur noch ein bestimmter Zeitpunkt, zu dem der Angriff auf das Leben erfolgt. Und wer will mit logischen Gründen einer Frau klarmachen, daß der Abbruch der Schwangerschaft mit drei Monaten straflos ist, ab drei Monaten und einem Tag aber strafbar sein soll? Das ist nicht nur niemand klarzumachen, es würde auch zwangsläufig dazu führen, daß die schwangere Frau dem Arzt gegenüber falsche Angaben über die Dauer der Schwangerschaft macht, was wiederum eine erhöhte Gefährdung der Frau bedeutet. Das einzig ersichtliche Argument, daß nach dem dritten Monat die gesundheitliche Gefahr für die Schwangere selbst erheblich größer ist, gibt keinen zureichenden Grund ab. Denn die Pflicht, sich gesund zu erhalten, kennt unsere Rechtsordnung nicht. Hier ist das Argument zurecht zu verwenden, daß die Frau über ihre Gesundheit selbst bestimmen kann, es sei denn, man formt das Strafrecht in Polizeirecht um.

Ausgangspunkt jeder Regelung muß, will man nicht Grundprinzipien der Rechtsordnung aufgeben, das generelle Verbot des Schwangerschaftsabbruchs bleiben. Will man den Schutz des menschlichen Lebens belassen, zugleich ihn aber wirksam gestalten, kann dies nur über den Weg der Erweiterung der Indikationstatbestände gehen. Indem dadurch objektive Unzumutbarkeiten des jetzigen Rechts, gemessen am heutigen Bewußtseinsstand der Menschen und ihrem ethisch-sittlichen Vermögen, beseitigt werden und die Strafnorm menschlicher und erfüllbarer wird, ist die Chance gegeben, daß das Verbot wirksam und in der Rechtspraxis angewandt wird. Dies könnte geschehen, indem zu der bisher schon praktizierten sogenannten medizinischen Indikation die Tatbestände der eugenischen, ethischen und sozialen Indikation treten. Das zum Feststellen der Voraussetzungen der Indikationstatbestände erforderliche Verfahren kann durchaus, wie die Erfahrungen in vielen anderen Ländern zei-

gen, in einer Weise geregelt werden, die den Interessen auch der einfachen Bevölkerungsschichten gerecht wird.

Es besteht heute eine starke Tendenz, daß, wie Arndt es einmal ausgedrückt hat, die Frage des Schwangerschaftsabbruchs zu sehr vereinfacht wird. Es entsteht dadurch die große Gefahr, daß hohe sittliche Werte relativiert werden. Es kann nicht Aufgabe unseres Staates sein, jede persönliche Freiheit zu gewährleisten und zugleich jede persönliche Verantwortung abzunehmen. Unter diesem Gesichtspunkt ist eine noch so großzügige Indikationslösung der Fristenregelung allemal vorzuziehen. Denn nur so bleibt deutlich, daß werdendes menschliches Leben grundsätzlich geschützt werden muß und nur in Ausnahmefällen sich die Gesellschaft des strafrechtlichen Unwerturteils enthält.

Es braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden, daß Hand in Hand mit der Reform des § 218 Maßnahmen gehen müssen, die, um es ganz einfach auszudrücken, Kinderkriegen wieder zur Freude macht: ein besseres Kindergeld für Großfamilien, ein kostenfreier Kindergarten oder wenigstens die steuerliche Berücksichtigung der Kosten, die steuerliche Gleichsetzung von Waschmaschine und Spülmaschine mit einer Haushaltshilfe, sozialere Mieten, effektivere Kinderfreundlichkeit von Kommunen, Kirchen und Verbänden, bessere Aufklärung über Möglichkeiten der Familienplanung usw. Wehe dem Volk, so Willy Brandt, das diese Probleme über die Freigabe der Abtreibung lösen will.

Paul Brecher

DAS GEHEIMNIS DER MENSCHWERDUNG

Das nun wirklich aufregendste Buch unserer Zeit!

Ganz anders als Jacques Monod, der da behauptete, daß der Mensch ein Zufallsprodukt der Natur sei, zeigt Brecher mit wissenschaftlicher und doch spielerisch leicht zu lesender Akribie, daß es, so wie es den Menschen nicht ohne die Natur, die Natur nicht ohne den Menschen gibt.

Das Geheimnis der Menschwerdung ist auch das Geheimnis der Naturwerdung.

Nur, der Mensch ist nicht nur biologisch ein Mensch, nicht nur soziologisch, sondern auch kulturell. Und dazu hat der Verfasser etwas Besonderes zu sagen. Schopenhauer schrieb einmal: „Ich kann mir kein schlimmeres Schicksal vorstellen, als das eines begabten Philosophen, der arm ist.“ Der Verfasser kann das bestätigen. Aber nicht nur er, viele, einzelne Kulturschaffende leiden bittre Not, Institutionen, Organisationen und auch der Staat haben für sie kein Geld.

Um diese Kulturunwürdigkeit zu beseitigen, schlägt der Verfasser die sofortige Abschaffung der KIRCHENSTEUER vor und plädiert für die Einführung einer KULTUR-STEUER in gleicher Höhe, der sich niemand entziehen darf.

Von dieser Kulturschaffenden kann und sollen auch die Kirchen – warum nicht – finanziert werden. Aber nicht mehr ausschließlich. Alle kulturellen Organisationen, große und kleine, aber auch kulturschaffende Einzelpersonen müssen daraus Hilfe und Förderung erhalten.

So gesehen, kann dieses Brecher-Buch: „Das Geheimnis der Menschwerdung“ nicht nur wissenschaftlich, sondern auch kulturell eine absolute Wende bedeuten.

Das Buch, bibliophil ausgestattet, Großformat, Kunstdruckpapier, flexibel gebunden, kostet 22,- DM. Zu beziehen durch: Verlag der IVE, 53 Bonn, Rauterstraße 14, Postescheckkonto Köln 2506 81, (Nachnahme oder Vorkasse) und alle Buchhandlungen.

Dokumentation

Dieter Lattmann

— am eigenen Beispiel Kritik der Parteilichkeit

Der Hessische Rundfunk veranstaltet zur Zeit in seinem 2. Hörfunkprogramm eine Sendereihe „Wie helmatlos ist die Linke heute?“. Neben anderen Intellektuellen wie Martin Walser, Carl Amery und Peter Härtling schrieb auch der Vorsitzende des deutschen Schriftstellerverbandes, Dieter Lattmann, einen Beitrag, aus dem wir im folgenden einen wesentlichen Auszug bringen.

Seit einigen Jahren ist eine außerordentlich kritische, zumeist auch selbstkritische Generation in die Politik eingetreten. Sie stellt die Gelassenheit der politisch Verantwortlichen auf manche Probe. Ist es nicht selbstverständlich, daß für diese Jugend „links“... teilweise etwas anderes bedeutet? Nur zur Heimatlosigkeit scheinen gerade die Intellektuellen unter diesen Jahrgängen nicht zu neigen. Zwar sind sie auf einer Seite entschieden oppositionell, doch auf der anderen gehen sie mit den Instrumenten der Gesellschaft, mit den materiellen Gütern wie mit den Medien und alter verfügbaren Welt, ganz normal besitzgierig und sehr viel cleverer als die Älteren um. Das gilt jedenfalls für die überwältigende Mehrzahl von Ihnen. Die Linken machen da keine grundsätzliche, wohl aber teilweise eine Ausnahme.

Zweifellos hat die Linke immer eine besondere Vorstellungskraft für die Zukunft bewiesen. Sie muß auch träumen können und erfand deswegen das Paradoxon von der „konkreten Utopie“. In der Tat ist es ja die sichtbare Wahrheit, daß gesellschaftliche Zustände, die für eine Generation noch utopisch erschienen, für die nächste nicht seiten Selbstverständlichkeit wurden. Wer die Motorik der Zukunftsvision leugnet, verneint den Fortschritt überhaupt. Dennoch benötigt der entschiedene Linke nichts dringender als das Augenmaß für die tatsächlichen Veränderungsmöglichkeiten im kurz- und mittelfristigen Zeitbereich.

Ein Teil der Politik-Müdigkeit, ja Verdrossenheit, die sich bald nach Beginn der sozialliberalen Koalition auf der Linken zeigte, erklärt sich offenbar aus dem Verzagen vor dem Widerspruch zwischen Wollen und Können, zwischen Idee und Transpositionsfähigkeit. Denn wer wirklich, etwa als Jungsozialist, darangeht, den langen und schwierigen Weg durch die Institutionen zu seiner Sache zu machen — also die Heimatlosigkeit zumindest willentlich aufzugeben —,

der erlebt sehr bald, wie Parteihierarchie und Sachzwänge, Kommunal- und Ministerialbürokratie, Funktionärs-Starrheiten und die Notwendigkeit, Sitzfleisch zu beweisen, drei Viertel des Elans zu blockieren drohen. Aus der Wut über das Unvermögen, rasch an einem bestimmten Ort etwas Umwälzendes zu bewirken, resultiert sicherlich mancher Übertritt vom linken Flügel der SPD zur DKP. Dort kann man sich, in strengem Kadergehorsam, vielleicht noch ein wenig als Revolutionär fühlen. Man kann auch gelassen die Tatsache übersehen, daß es links vom linken Flügel der Sozialdemokraten hierzulande nur noch die Stimmenschwindsucht gibt.

Meist sind die Ursachen, die zur (sei es auch: vorübergehenden) Entscheidung für eine radikalpolitische Konzeption führen, außerordentlich komplex. Abgestoßensein von der als ekel erregend empfundenen „Normalität“ spielt dabei ebenso eine Rolle wie Aufopferungswille und Idealismus. Das Bedürfnis nach Unterordnung unter ein mächtiges Dogma — eine Art Heimatfindung — erzeugt für manchen einen un widerstehlichen Sog. Andere schätzen das Spiel mit dem Extravaganten oder huldigen elitärer Weltverdammnis, wie sie in vielen Sektierergruppen anzutreffen ist. Auch geht Naomarxismus mit subjektiv-psychischen Konditionen der verschiedensten Art erstaunliche Kombinationen ein. Viel Fernweh und Weltflucht findet in verschwörerischen Gruppen Bindung. Das Unmögliche zu wollen, nämlich die grundsätzliche Änderung der menschlichen Natur, ist trotz aller Geschichte ein unvergängliches Stimulans am Schnittpunkt der Intelligenz mit dem Narben.

Wer das allea nicht will, was soll der tun? Wie kann man ankommen gegen die Resignation? Die Wirklichkeit sieht ernüchternd aus: Das Gros der Bewohner der Bundesrepublik ist über die Politik, die Entscheidendes im Dasein der einzelnen Menschen be wirkt, völlig ungenügend informiert.

Alle vier Jahre steckt man mehr oder weniger unlustig den Stimmzettel in den Pappkarton für die Bundestagswahl und verfolgt ein paar Stunden später im Fernsehen schon die ersten Hochrechnungen wieder mit jenem Empfinden der Ohnmacht, das der Demokratie so schlecht zu Gesicht steht. Die einen ballen die Fäuste, andere zucken die Achseln, äußerst wenige sind begeistert von dem, was sich zuträgt. Im Rauchgewölk über Stammtischen fahren widersprüchliche Ansichten wie Blitze hin und her. Ändern kann man ja doch nichts, meinen allzu viele.

osteuropa

Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens

Gegründet 1925 in Berlin von Professor Dr. Otto Hoetzsch

Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde

Redigiert von Professor Dr. Klaus Mehnert

Seit 1969 mit OSTEUROPA-ARCHIV

OSTEUROPA ist mit über 1800 Seiten pro Jahrgang die umfang- und materialreichste unter den vergleichbaren Zeitschriften der Welt.

OSTEUROPA behandelt alle Fragen der kommunistischen Welt, vorwiegend der Sowjetunion und osteuropäischer Länder, aber auch anderer kommunistisch regierter Staaten sowie des Weltkommunismus insgesamt.

OSTEUROPA analysiert, informiert und dokumentiert.

OSTEUROPA brachte vor kurzem unter anderem Beiträge von

Oskar Anweller (Über die „Ostpädagogik“)

Warner Gumpel (Über Integration und Integrationskriterien im RGW)

Peter Hößner (Über die Zensur in der Sowjetunion)

Herald Lassau (Über Moczars Entmachtung)

Alvin Z. Rubinstein (Über die sowjetische Politik gegenüber den Entwicklungsländern)

A. L. Unger (Über die mündliche Information in der UdSSR)

Andreas von Weizsäcker (Über Moskau und die Neue Linke)

17 bekannte Autoren über die Sowjetunion 1971 (im August/September-Doppelheft 1971, 272 S.)

OSTEUROPA brachte eben (im Februar-Heft) Beiträge von

Robert Stupperich, Eugen Voss, Beynirza Hayit, Karl Hartmann und Gerhard Simon über Probleme von Kirche – Religion – Staat

OSTEUROPA bringt in Kürze unter anderem Aufsätze von

Arnold Buchholz (Über die wissenschaftlich-technische Revolution und den Wettbewerb der Systeme)

Dieter Burreck (Über die Sowjetunion und die Militärregime Schwarzafrikas)

Frank Golczewski (Über die jüdische Autonome Provinz in Sowjet-Fernost)

Aloys Hastrich (Über die Rechtsanwaltschaft in der UdSSR)

Wolfgang Kasack (Über neue Wege der sowjetischen Wissenschaftsplanung)

Gotthold Rhode (Über den Warschauer Parteitag)

Walter Schilling (Über die Sowjetpolitik im Nahen Osten)

OSTEUROPA erscheint monatlich. Jahresabonnement DM 48,- = \$ 13.10, sfr. 88,80 zuzüglich Porto; für Studenten, Schulen und ähnliche Institutionen im Abonnement jährlich DM 32,- zuzüglich Porto.

Bestellung durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag.
Probehefte kostenlos bei der



Deutschen Verlags-Anstalt, 7 Stuttgart 1, Postfach 209

Sie ziehen die Gleichgültigkeit wie eine Decke über den Kopf.

Das Problem der Linksintellektuellen besteht macht- oder richtiger: o h n m a c h t politisch unter anderem in der Tatsache, daß sie sich der Bevölkerungsmehrheit kaum verständlich machen können. Sie sprechen zu Minderheiten, vorwiegend untereinander. Mögen diese Minderheiten noch so meinungsbildend innerhalb der sogenannten Elite sein – sie dringen meist erst mit erheblicher Verzögerung, oft um viele Jahre verspätet, in der breiten Öffentlichkeit durch.

Wenn sie sich an das große Publikum wenden, scheitern sie manchmal schon auf der ersten Versammlung an ihrer allzu begrenzten Kenntnis der Mentalität wie der Reaktionen des bundesrepublikanischen Jedermann. Die Ausnahme Günter Grass – und natürlich gibt es weitere – kann hier nicht genug betont werden. Denn gerade die Wortgewandtesten demonstrieren in der Politik nicht selten eine sprachliche Unzulänglichkeit, die sehr wohl kläglich erscheinen kann.

Ihr Wortschatz erweist sich als kinderlich. Wenige vermögen ihn ohne Snob-Attitüde auf einen allgemeineren Umfang zurückzuführen. Es fällt auch, zugegeben, linken Intellektuellen in der Regel schwer, sich für weniger intellektuelle Zustände und Personen zu interessieren. Noch wenn sie sich wirklich bemühen, von Person zu Person zu sprechen, mißrät der Tonfall nicht selten zum Von-oben-Herab. Man erinnere sich an die Studenten vor den Fabriktoren: auch das ein Sprachproblem.

Man muß schon bei linken Arbeitern den Zorn auf Linksintellektuelle erlebt haben, um das politische Ausmaß der Mißverständnisse so schwerwiegend zu nehmen, wie es für die Praxis ist. Es erfordert eine ungewöhnliche soziale Bereitschaft, den zum Teil anerzogenen Minderwertigkeitskomplex derer zu überbrücken, die beruflich nicht mit Schrift und Wort umgehen. Das ist von keiner der beiden Seiten mit einer Verbeugungsgeste abzulun. Es erfordert auf Seiten der Intellektuellen erhebliche Relativierung der Selbsteinschätzung, um anderen und der eigenen Person klarzumachen, daß die Verschiedenartigkeit des Tuns mit der bürgerlichen Rangskala eben nicht übereinstimmt. Wenn das mit Nüchternheit festgestellt ist, kann es bewiesenermaßen zu politischen Freundschaften zwischen Arbeitern und Intellektuellen kommen. Sie gehören zu den besten Erfahrungen beim gesellschaftskritischen Engagement – besonders weil sie völlig unromantischer Art sind ...

Es ist schwierig, einer politischen Partei beizutreten. Denn man sollte es nur tun, wenn man die Absicht hat, das Programm dieser Partei mit – sagen wir: siebzig Prozent gutzuheißen und mit den Mitgliedern, die man als Parteifreunde oder Genossen vorfindet, eine gewisse Solidarität einzugehen. Ich denke zwar nicht daran, kritiklos parteisch zu werden, aber das Problem der Abhängigkeit stellt sich in dem Maß, wie einer politischen Aufgaben innerhalb einer Partei

übernimmt. Das läßt sich in der Tat nicht leisten, wenn man sich vorwiegend einer heimatlosen Linken zugehörig empfindet.

Was ist denn unter dieser Heimatlosigkeit zu begreifen? Ist es die Unfähigkeit, sich in größeren Gruppen zu engagieren, weil der ausgeprägte Individualist die Übereinstimmung nur im kleinen Kreis herzustellen vermag? Ist es abgrundtiefe Skepsis gegenüber jeder Form von Organisation? Oder die Verteidigung des persönlichen Freiraums, der sich jeweils Kritik und Kontroverse vorbehält? Ist es Abscheu vor der Masse Mensch, verbunden mit dem Internationalismus der intellektuell Privilegierten? Denn natürlich ist auch Intelligenz ein Privileg. Es gibt so etwas wie ein grenzenloses Land der Linksintellektuellen, in dem man polyglott viel leichter Verständigung erreicht als innerhalb nationaler Gegebenheiten unter dem Durchschnitt der Wähler.

Wenn man künstlerischen und literarischen Linken in der Bundesrepublik die Frage vorlegt, wie sie heute zur Bonner Politik stehen, stößt man auf eine neue Art von Unzufriedenheit. Nicht wenige, die 1969 in dieser oder jener Form als Wählerinitiative die Sozialdemokraten und damit den Regierungswechsel unterstützt haben, rufen heute auf eine solche Frage abweichend aus: „Ach, SPD. Kommen Sie mir nicht damit!“ Es sind die Enttäuschten, die aus letztlich unpolitischer Einschätzung der Lage angenommen haben. Willy Brandts sozialliberale Koalition könne, wenn nicht Berge, so doch ein paar Hügel versetzen. Übrigens wissen dieselben Leute meist nicht zu sagen, was in den letzten zwei Jahren an tatsächlichen Reformen geleistet wurde. Auf jeden Fall ist es ihnen zu klein, zu unbedeutend, zu wenig Anlaß für Bejahrung. Plötzlich kommen sich viele von ihnen auf der Seite einer regierenden Partei einfach lächerlich vor. Sie haben sich besonnen und sich erneut versichert, daß die Position der kritischen Intelligenz sowieso nur in der Opposition Berechtigung habe. Natürlich meinen sie damit nicht eine konservative Opposition.

Was also meinen sie? Was ist die Alternative, die jene – sagen wir einmal ohne Bosheit, sondern als Charakteristikum Feuilleton-Linke aufzuzeigen hat? Das Liebäugeln mit den Kommunisten bringt noch keine Stimmenzahl über der Fünf-Prozent-Klausel. Abgesehen davon sind die Kommunisten in der Bundesrepublik nicht das, was sie zum Beispiel in Italien und in Frankreich sind. Dort waren und sind sie ein Magnet für einen Teil der Intelligenz. Das beruht aber darauf, daß die italienische und die französische KP sich zumindest zeitweise mehr Unabhängigkeit von Moskau geleistet haben, als das unter den Bedingungen des geteilten Deutschland der Fall sein kann.

Die ruhelose Linke, die nirgends sesshaft werden mag, hat vieles für sich. Ihr Kennzeichen kann intellektueller Glanz sein, jedenfalls Beweglichkeit. Die Kraft der Verneinung besitzt ihre eigene Faszination, besonders für junge Menschen. Die Vorstellung von

Gewalt suggeriert etwas Außerordentliches, das mit Konventionen bricht. Gerade inmitten einer bürgerlichen Umgebung kann es einen Akt der Befreiung bedeuten, wenigstens in der Phantasie alles Vorhandene umzukrempeln. Allerdings kann man nicht übersehen, daß die meisten in den verschwörerischen Gruppen der unbeheimateten Linken mit militanter Gewalt in Wirklichkeit nichts zu tun haben wollen. Auch nicht mit dem Regieren. Überhaupt wenig mit dem, was zwangsläufig funktionieren muß, wenn das Leben weitergehen soll.

Sollen die Fachleute dafür sorgen, daß Wasser aus der Leitung kommt, Straßen gebaut werden, die Universitäten nicht schließen, das Schlimmste verhütet wird und Frieden herrscht. Das ist am Ende auch nichts anderes als die Haltung der Mehrheit der Bevölkerung. Denn in der Regel besinnt sich der einzelne erst dann auf politische Ursachen, wenn er persönlich von einem Nachteil betroffen wird. Vorteile nimmt man selbstverständlich hin. Im allgemeinen ergibt man sich dem Konsum des Vorhandenen. Beruf und Privatleben beschäftigen die meisten voll auf.

Spätestens jetzt wird es nötig, von den Ausnahmen zu sprechen. Es ist zu unterscheiden zwischen denen, die zwar das verbale Kostüm der unbehausten Linken tragen, aber sich in der Realität aus materiellen Gründen konformistisch verhalten, und den nicht häufigen anderen, die eine Existenz als exemplarische Außenseiter unter großen persönlichen Opfern riskieren: sie verkörpern die beste Tradition der heimatlosen Linken. Die Namen derer, die eine Generation lang in Gefängnissen saßen, unter mehreren Regierungen, immer denselben Gewissen gehorsam, versetzen das Thema gebieterisch in einen anderen Rang. Was gibt es für linke Lebensläufe in der Generation eines Ernst Fischer, eines Georg Lukács, Ernst Bloch, Carl von Ossietzky oder Robert Havemann! Welche Rolle spielte die souveräne Linke in der Emigration der dreißiger und vierziger Jahre! Unter diesem Maßstab muß man schließlich auch die Außenbewegungen der Linken in der Gegenwart messen.

Zweifellos lebt man in der Bundesrepublik in einer sehr viel besseren Gegenwart als damals. Aber die demokratischen Garantien, welche die Schöpfer des Grundgesetzes für so allgemein notwendig wie selbstverständlich hielten, wurden in unsrer Verfassungswirklichkeit nie ausgeschöpft. Das Stunde-Null-Erlebnis der heutigen mittleren Generation war eine Täuschung. In Wirklichkeit fing 1945 keineswegs alles von vorne an. Die Restauration der fünfziger und sechziger Jahre hat bewiesen, wie übermächtig die negative Kontinuität konservativer Wirtschaftsfaktoren sich auswirkte. Das Adenauer-Deutschland wurde beinahe so bürgerlich wie die Wilhelmische Ära. Doch auch das APO-Grunderlebnis des Jahres 68 wird einmal ein Trauma bestimmter Jahrgänge fast ohne Beziehung zur Realität werden — zum Teil ist es das schon. Spätestens als die ersten jungen

Linken das Geld lieben lernten, ging auch in dieser Generation etwas kaputt.

Was bleibt, ist der ununterbrochene Kampf gegen die Resignation. Denn das öffentliche Bewußtsein ist eine Schnecke, die vom Bestehenden zur Veränderung millimeterweise kriecht. Diese jede Reformpolitik erschwerende Tatsache vermag auch den Geduldigsten gelegentlich aus der Fassung zu bringen. Was sich gegenwärtig in der Bundesrepublik zuträgt, ist indessen eine Auseinandersetzung voller Ungeduld auf allen Seiten. Im Kern ist es der Konflikt zwischen der überkommenen bürgerlich-ständischen Rangordnung und der von immer stärkeren Bevölkerungsgruppen geforderten Demokratisierung.

Wer diese Auseinandersetzung ernst nimmt, sollte sich daran beteiligen. Denn Mitbestimmung setzt die Bereitschaft zur Mitverantwortung voraus. Deswegen meine ich, daß eine sich als heimatlos interpretierende Linke in der gegenwärtigen Gesellschaft einen alzu begrenzten Handlungsspielraum besitzt. Gebraucht wird eine Linke, die sich von niemandem in jene Ecke drängen läßt, wo Aktivität nicht mehr gelingt, sondern nur noch Wut, Hohn und Salzerverfleischung die Szene beherrschen. Wer vermag schon mit dem Begriff „Heimat“ heutzutage etwas anfangen! Aber die Linke hat Wohnrecht in diesem Land. Sie sollte die Spannung aushalten, die zwischen Traum von einer idealen Gesellschaft und dem heute Erreichbaren besteht. Eine Schritt-für-Schritt-Politik erzeugt keine Helden, aber sie kann mehr soziale Demokratie zustandebringen — wenn sich die Linke der Herausforderung stellt.

Zum Zeitgeschehen

Karnevalistische Nachlese

Es ist beileibe nicht einzusehen, warum die jährliche traditionelle Veranstaltung in Vilshofen/Niederbayern, auf der die CSU ihre Heerscharen zu sichten pflegt, ausgerechnet am Aschermittwoch stattfindet, einem Tag also, der ursprünglich einmal die Rückkehr zu Maß und Nüchternheit bedeutete. Dem Spektakel angemessen wäre sicher einer der „drei tollen, närrischen Tage“, vielleicht der Rosenmontag, schließlich hat dieser seinen Namen nicht von „Rosen“, sondern von „rasen“.

Eifriger und weniger ernst zu nehmen denn je, setzte der CSU-Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Franz Josef Strauß, in der diesjährigen karnevalistischen Veranstaltung von Vilshofen seine Verdrehungen und Scherze einem beglückten, meist ortsansässigen Publikum vor.

Man könnte über „Vilshofen“ und die dort betriebene „unverschämte und niedrigste Demagogue“ (so der bayerische SPD-Vorsitzende Volkmar Gabert) hinweggehen, handelte es sich nicht bei dem Hauptveranstalter um einen Politiker, der hohe und höchste Ämter anstrebt und über einen – leider – nicht unerheblichen Einfluß auf eine der beiden großen Parteien in unserem Staat verfügt, auf eine Partei, die sich demokratisch nennt und sich auch so empfindet.

Es wäre also zu hoffen, daß sich die CDU von Sätzen distanziert wie, es gehe darum, die Weichen so zu stellen, daß die augenblickliche Bundesregierung durch eine „echte“ Bundesregierung bei den nächsten Wahlen abgelöst werden könnte. Was soll das? Ist es notwendig, dem „Demokraten“ Strauß in Erinnerung zu rufen, daß diese Bundesregierung in demokratischen Wahlen zustande gekommen ist und also „echt“ ist? Oder sind Bundesregierungen nach Meinung des F. J. S. nur dann „echt“, wenn sie auch aus „echtem Schrot und Korn“ sind? Vierschrötligkeit à la Vilshofen als Echtheitszertifikat einer demokratischen Regierung?

Noch andere bemerkenswerte Aussprüche des späten Vorsitzenden Strauß aus dem Vilshofener Fasching echeln nicht gerade dem Kopf eines aufrichtigen Demokraten entsprungen zu sein: Selbst bei großzügigster Auslegung erinnert die Meinung, man müsse das Haftrecht gegen Jene verschärfen, „die eine besondere Vorstellung von der Umverteilung des Eigentums haben“, fatal an Systeme, die sich nicht einmal selbst als demokratisch bezeichnen.

Man mag F. J. S. zugute halten, er habe seine Verdächtigungen und verleumderischen Verunglimpfungen (der gewählte Bundeskanzler ist ein „sozialistischer Märchenerzähler“) auf sein Publikum abstimmen müssen. Aber wer sich zu Grundsatzklärungen über seine Politik in den Bayerischen Wald und vor dieses Vilshofener Publikum begibt, wird sich vorhalten lassen müssen, dort eben zeige er sein

wahres Gesicht, und Äußerungen anderswo, zum Beispiel im Bundestag, dienten nur als Tünche.

„Mainz bleibt Mainz“ und „Vilshofen bleibt Vilshofen“ wird wahrscheinlich auch im nächsten Jahr für die Faschingszeit gelten, und wenn es nicht die Ostverträge und die Wirtschaftspolitik sind, durch die der „Großmeister des Faschings“ in närrischer Laune streift, so wird sich etwas anderes finden lassen, das F. J. S. anregt, seinem Talent zur Destruktion und Brunnenvergiftung nachzugeben. Zu hoffen bleibt, daß irgendwann einmal auch sein gläubiges Publikum der grobe Sand, den Strauß ihm in die Augen streut, schmerzen wird. Soll doch dem Vernehmen nach selbst einem eingefleischten Besucher der Straußschen Faschingveranstaltung die logische Differenz zwischen der Tatfrage eines CSU-„Wunsch“-Vertrages (besser „Traum“-Vertrages) mit Moskau und der Verteufelung der Bundesregierung, sie treibe Ostpolitik mit Kommunisten, aufgefallen sein. Dieser Besucher konnte erst mit der Versicherung beruhigt werden, natürlich würde Strauß keinen Vertrag mit Kommunisten schließen, sondern die Rückkehr der Zaren an die Macht abwarten.

H. Sch.

Grober Unfug

Nicht nur im „Bayernkurier“ oder in der Springer-Presse vermag man konfuse Hysterie gegen alles, was irgendwie „links“ scheint, vermag man nationale Dünkel bzw. Ressentiments dem Nichtdeutschen gegenüber aufgewärmt zu finden. In der deutschen Provinz-Presse herrschen nicht selten ähnlich erschreckende Zustände, wenn auch nicht immer zum Prinzip, zum System erhobene. Im Bonner „General-Anzeiger“, Provinz-trotz Metropol-Gazette, verirren sich z. B. hin und wieder Fehlleistungen wie der von einem Autor zelchens H. E. in die Ausgabe vom 8. Februar 1972 abgefüllte „grobe Unfug“.

Darin werden gleich zwei Ereignisse miteinander vermengt und kommentiert: der Mord an fünf jordanischen Gastarbeitern und die „Eröffnung einer Parteifiliale“ der Kommunistischen Partei Italiens in Köln. Zunächst besteht „natürlich“ auch für den Autor kein „Zusammenhang“, aber im gleichen (Nach-)Satz konstruiert er ihn doch: „... unter der weit gefassten Überschrift, daß die zahlreichen Ausländer in der Bundesrepublik schon heute einen Gefahrenpunkt bilden“. Verfasser von weiten Überschriften verfügen nicht automatisch auch über ein weites Herz, und deshalb fordert H. E. mit NRW-Innen Willy Weyer, „den Gästen aus dem Ausland endlich die Grenze ihrer Bewegungsfreiheit beizubringen“. Da rede noch einer von repressivem Ausländergesetz und Gettosierung der Gastarbeiter – das Gegenteil wäre vonnöten: Ihrer bisher anscheinend unbegrenzten Bewegungsfreiheit endlich Grenzen zu setzen!

Der Informationswert des Kommentärtäschens besteht

Reihe „Afrika-Studien“

herausgegeben vom
Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung München

Neuerscheinungen

New Publications

DIE SAHARA

und Ihre Randgebiete

Darstellung der größten Wüste der Erde
in 3 Bänden von Heinrich Schiflers
unter Mitarbeit von 28 Wissenschaftlern

Band I

664 Seiten, 274 Abbildungen
Balacronband, DM 118,-.

Afrika-Studien Nr. 60
ISBN 3 8038 0045 X

Band II ca. DM 84,-, Lieferung Ende 1971/Anfang 1972

Band III ca. DM 108,-, Lieferung Anfang 1972

Jeder Band kann auch einzeln bezogen werden

Das Werk ist das Ergebnis von Forschungen eines Internationalen Spezialisten-Teams aus 7 Ländern. Es bringt nach fünfjähriger Vorbereitung und unter Berücksichtigung der letzten Forschungen von 1971 das statement dessen, was wir über den kontinentweiten Wüstenraum wissen. Es grenzt auch ab, was wir noch nicht wissen. Wissenschaftsgebiete: u. a. Tektonik, Stratigraphie, Hydrogeologie, Geomorphologie, Klimatologie, systematische Botanik, Tierkunde, Wirtschafts- und Verkehrsgeographie, Prähistorie, Ethnologie. Es ist die erste Darstellung eines Großraumes der Natur und bringt eine übersichtliche Aufstellung in über 80 Regionen, die einzeln nach modernen Methoden beschrieben werden. Erstmalige Gesamtdarstellung u. a. des Wasserhaushalts, der Tierwelt. Jeder Beitrag hat sein eigenes Literatur-Register. Jedem Band ist ein ausführliches Sachwort-Register beigegeben. Etwa 50 Seiten Karten, Figuren und Photos je Band. Vergleichstabelle aller Wüsten der Erde. ~ Ausführliche Inhaltsübersicht in arabischer Sprache.

Bd. I Phyalogeographie, 664 Seiten mit 274 Abbildungen.
Einführung in das Gesamtwerk.

Bd. II Humangeographie, ca. 450 Seiten mit zahlreichen Abbildungen.

Bd. III Regionales, ca. 600 Seiten mit zahlreichen Abbildungen.

Bitte fordern Sie unseren Sonderprospekt an!

WELTFORUM VERLAGS GMBH

8000 München 19 • Hubertusstraße 22

z. B. darin, daß dem unbedarften Leser endlich klar wird, daß die KPI eine „militante“ Organisation ist. Hoffentlich merken das die Italiener endlich – besonders die in Italien!

Und: „Es gibt eine umfangreiche Statistik ausländischer Gewalttaten in der Bundesrepublik.“ Die „Statistik“ weist aus: „Kroaten ermordeten Serben ...“ Dazu gehören aber auch – man beachte besonders den kaum nennenswerten Unterschied zu „Gewalt“ und „Mord“ – „andere Demonstrationen gegen das griechische oder türkische Regime“. Ein Glück, daß es sich bei den Regimen wirklich noch um „Regime“ handelt und nicht um „befreundete Regierungen“!

Aber auch dann, wenn die KPI nicht wäre, drohte uns, den deutschen Bürgern, Gefahr. Denn: „Gastarbeiter, die friedfertig in die Bundesrepublik kommen, werden durch deutsche Fanatiker aufgestachelt.“ Wozu? Womöglich dazu, daß diese Gastarbeiter auch noch Rechte für sich beanspruchen, wo wir Ihnen doch schon die Arbeit geben. Undank ist der Welten Lohn.

Um ermessen zu fassen, wie groß die Gefahr in Wirklichkeit ist, ist es geradezu Gebot, zum Schluß mit H. E. einen Vergleich zu ziehen: „Man sprach von einer importierten Inflation, die unsere Währung zerstört. Viel schlimmer ist allmählich die importierte Gewalttätigkeit.“

Jawoll!

H. D.

Die deutsche politische Emigration 1933–1945 – Eine Ausstellung

Am 30. Januar 1972 wurde im Schloß Oberhausen in Zusammenarbeit des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Stadt Oberhausen eine Ausstellung über „Die deutsche politische Emigration 1933–1945“ vom Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn, eröffnet. Die Anregung zu dieser Ausstellung ging von der Stadt Oberhausen aus, und sie ist auf der Grundlage von Originaldokumenten, die sämtlich dem „Archiv der sozialen Demokratie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung entstammen, gestaltet worden. Obwohl sich – formal gesehen – durch die Herkunft der Dokumente eine Akzentuierung der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Komponente ergibt, wurde der Versuch unternommen, möglichst viele Gruppierungen der deutschen politischen Emigration repräsentativ vorzustellen.

Ziel dieser Ausstellung ist, einem möglichst großen Kreis geschichtlich und politisch interessierter Personen die Wirklichkeit und Wirksamkeit der deutschen politischen Emigration zu zeigen. Nur wenigen älteren Mitbürgern und wahrscheinlich nur einem kleinen Teil der Jugend ist das Schicksal der aus der Zwangsherrschaft des totalitären NS-Staates emigrierten deutschen Bürger bekannt. Weit weniger noch sind die verschiedenen in der Emigration ent-

standenen Exilgruppen bekannt, die aus politischen oder religiös-weltanschaulichen Überzeugungen versucht haben, die Hitlergegner im Reichsgebiet moralisch und organisatorisch in ihrem Widerstand gegen die totale Gleichschaltung zu unterstützen.

Andererseits gab es unter den aktiven Emigrantengruppen verschiedene Strömungen, die in ihrer weltanschaulichen Grundhaltung soweit voneinander entfernt waren, daß sie sich nicht zur gemeinsamen Aktion im Kampf um das gleiche Ziel zusammenschließen vermochten. Die Ausstellung zeigt auch diesen Aspekt, d. h. neben einer faktisch-wissensfördernden Komponente bleibt die Ausstellung Anregung und Anleitung zur Vertiefung in die gesamte Problematik der Emigration.

Die Ausstellung, die über dreihundert Ausstellungsstücke umfaßt, gliedert sich – nachdem ein einleitender Gesamtüberblick gegeben wird – in folgende Hauptpunkte:

1. Organisationen und Personen der Emigration. Exponate: programmatiche Erklärungen der Organisationen, Dokumente über interne Diskussionen/Einheitsbestrebungen, Briefe und Fotos prominenter Emigranten.
2. Spanien 1936–1939. Berichte über den Bürgerkrieg und die Rolle der Internationalen Brigaden, in denen viele deutsche Emigranten aktiv kämpften.
3. Leben und Existenz unter den Bedingungen der Emigration. Ausstellungsstücke: Selbstezeugnisse der Emigration über Unterhalt, Arbeitsmöglichkeiten, Wohnung, Flüchtlingshilfe. Vorschriften der Gastländer (amtliche Dokumente).
4. Gegen das Dritte Reich – für Deutschland. Für das Reich bestimmte antifaschistische Agitation und Propaganda; Formen der illegalen Propagandamittel (Tarnschriften, Dünndruckzeitungen usw.).
5. Exil-Verlag – Exilpresse. Stellvertretend für die von deutschen Emigranten gegründeten bzw. die Publikationen deutschsprachiger Emigranten betreuenden Verlage wird der Graphia-Verlag (Karlsbad, CSR, 1933–1938) vorgestellt. Exponate: Bücher, Broschüren. In der Beschreibung teilweise Hinweise auf Inhalt und Autoren.

Von den weit über dreihundert ermittelten Exil-Zeitungen, -Zeitschriften und Nachrichtendiensten werden von etwa sechzig je ein Exemplar ausgelegt (repräsentativ für alle politischen Richtungen und Gruppierungen).

Außer in Oberhausen soll die Ausstellung auch in Berlin, Hannover, Stuttgart und anderen Städten der Bundesrepublik gezeigt werden.

E. F.

Sozialpolitische Bilanz in den USA

Am Ende des Jahres 1971 mußte die republikanische Regierung unter Präsident Nixon feststellen, daß die den Bürgern in Aussicht gestellten Sozialreformen in allen Sozialbereichen ausgeblieben sind,

obwohl, aus amerikanischer Sicht betrachtet, gute Reformvorschläge eingeleitet wurden.

In heftigen Debatten und Kontroversen zwischen den Republikanern und den weitauß stärkeren Demokraten wurden zahlreiche Reformpläne auf den Gebieten der Sozialversicherung, der Sozialhilfe und der Krankenversicherung in den zuständigen Ausschüssen, im Senat (Vertreter der Einzelstaaten) und im Repräsentantenhaus „zerredet“.

Die Sozialversicherung: Seit einigen Jahren sind von wenigen Ausnahmen abgesehen alle Arbeitnehmer und auch die Arbeitgeber pflichtversichert. Der monetäre Versicherungsbeitrag beläuft sich bei den Arbeitnehmern auf 9,2 Prozent ihres Gehaltes; Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen hiervon je die Hälfte. Die Reformvorschläge, die bereits im 91. Kongreß im Dezember 1970 behandelt wurden, haben folgende Verbesserungen vorgesehen:

- a) Einbeziehen der Rentner wegen Erwerbsunfähigkeit (bei Berufsunfähigkeit gibt es noch keine Rente) in den staatlichen Kranken-Versicherungsschutz;
- b) Erhöhung der Witwenrenten;
- c) Festsetzung des versicherungspflichtigen Höchstbetrages auf jährlich 8000 Dollar;
- d) Einführung eines dynamischen Rentensystems.

Der einzige Erfolg, den die Regierung verbuchen konnte, war eine längst fällige Rentenerhöhung von 10 Prozent und die Anhebung des vorgesehenen versicherungspflichtigen Höchstbetrages.

Als Ersatzlösung für die unzureichenden Renten hat Präsident Nixon am 8. 12. 1971 in einer Adresse an den Kongreß die baldige Einführung eines Freibetrages bei der Lohn- und Einkommensteuer bis zu 1500 Dollar jährlich für Personen mit einem Jahreseinkommen unter 15 000 Dollar vorgeschlagen. Die Steuersparnis, von der etwa 14 Millionen Einwohner Gebrauch machen könnten und die den Staat ca. 480 Millionen Dollar jährlich kosten würde, soll ausschließlich einer zusätzlichen Rücklage im Alter dienen, wobei die Betroffenen zwischen Spareinlagen, staatlichen Schuldverschreibungen, privaten Lebensversicherungen oder privaten Pensionsfonds wählen können.

Sozialhilfe: Die USA kennt kein einheitliches Sozialhilfegesetz. Die Bundesregierung gewährt im Rahmen des „Social Security Act“ lediglich den Staaten, die ihre Fürsorgegesetze nach den Vorschriften dieses „Social Security Act“ ausrichten, für die Durchführung der öffentlichen Fürsorge finanzielle Hilfe. In der Praxis bedeutet dies, daß die 14,5 Millionen Wohlfahrtsempfänger je nach ihrem Wohnsitz völlig unterschiedliche Sozialhilfe erhalten: So bezieht z. B. eine vierköpfige Familie in Mississippi aber auch in neun weiteren Südstaaten eine monatliche Unterstützung von höchstens 100 Dollar, während an der Ostküste, insbesondere im Staat New York, der Fürsorgerichtsatz für eine gleich große Familie zwischen 300 und 400 Dollar monatlich liegt.

Mit diesen Mißständen wollte Präsident Nixon aufräumen, zumal das Existenzminimum für eine vierköpfige Familie monatlich 599 Dollar beträgt. Er legte bereits am 11. 8. 1969 dem Kongreß seinen groß angelegten Wohlfahrtsplan vor, indem die Bundesregierung einer vierköpfigen hilfsbedürftigen Familie ein Jahreseinkommen von 1600 Dollar garantiert. Nachdem dieser Plan 1970 und 1971 verschwendlich im Kongreß beraten wurde und obwohl der Finanzausschuß inzwischen den Mindestsatz auf 2400 Dollar jährlich erhöht hatte, konnte trotzdem eine Lösung nicht gefunden werden. Zahlreiche Fürsorgeempfänger haben aber bereits einen anderen Ausweg gefunden: sie wandern vom Süden in die Industriestädte im Osten und Westen und erhalten dort eine weit höhere Fürsorgeunterstützung als bisher.

Krankenversicherung: Der bestehende staatliche Krankenversicherungsschutz trat am 1. 7. 1966 in Kraft. Er arbeitet nach folgendem System: Der Versicherungsschutz gilt nur für Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben. Bei der stationären Behandlung muß der Versicherte eine Rente aus der Sozialversicherung beziehen oder sozialversichert sein. Die Beiträge zahlen jedoch die nicht krankenversicherten Sozialversicherungspflichtigen. Versicherungsschutz bei der ambulanten Behandlung genießen alle Personen über 65 Jahre, wenn sie einen Antrag stellen und die US-Staatsangehörigkeit besitzen oder seit mindestens 5 Jahren einen ständigen Wohnsitz in den USA nachweisen können.

In beiden Bereichen müssen sich die Versicherten an den Krankenkosten beteiligen und werden bei lang anhaltenden Krankheiten und Leiden ausgesteuert.

Gleich zu Beginn des Jahres 1971 beschäftigte sich der Senat, das Repräsentantenhaus, aber auch Gewerkschaften, Ärztevereinigungen und nicht zuletzt die Regierung mit Reformplänen. Während Präsident Nixon Arme und Minderbemittelte in einer Privatkrankenkasse mit Prämienzahlungen durch den Bund versichert sehen möchte, wollen andere Kreise, insbesondere Senator Kennedy, den Reformplan des verstorbenen Gewerkschaftspräsidenten Reuther übernehmen und einen allumfassenden staatlichen Krankenversicherungsschutz nach europäischen Modellen einführen.

Über dieses Problem war bisher noch keine Einigung zu erzielen; sie kann auch in naher Zukunft nicht erwartet werden.

P. N.

Kritik

Stalin und der Aufstieg Hitlers

Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934

Von Thomas Weingartner

Verlag Walter de Gruyter, Berlin 1970, 302 S., Leinen, DM 38,-

Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion in der Zeit vor und unmittelbar nach der Machtergreifung Hitlers ist lange unklar gewesen. Das beruhte sowohl auf dem propagandistischen Aufwand beider Seiten, der dazu diente, den Sachverhalt zu vernebeln, als auch auf dem Mangel an Quellen.

Weingartner hat schon durch die Wahl seines Themas auf den Doppelcharakter hingewiesen, der die Außenpolitik der Bolschewiki seit Lenins Zeiten bestimmt hat. Die Sowjetunion konnte sowohl durch den diplomatischen Dienst als auch durch die Komintern agieren. Anfang der zwanziger Jahre war die Komintern zwar noch nicht zum Werkzeug der KPdSU geworden. Aber 1929, dem Jahr, in dem die Untersuchung des Autors einsetzt, war dieser Prozeß längst vollendet. Die Sowjetunion betrieb ihre Politik auf zwei Ebenen, der parteilichen und der staatlichen.

Dabei ergeben sich interessante Einsichten: Die Kommunisten haben die SPD als Hauptfeind nicht nur erklärt, weil sie, als echte Arbeiterpartei fest in den Betrieben verankert, den Männern Moskaus den Weg in die Fabriken verlegte. Die SPD war vielmehr zum Ende der zwanziger Jahre entschlossen für eine scharfe Haftung der deutschen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion eingetreten, hatte die Zusammenarbeit der Roten Armee mit der Reichswehr bloßgestellt und damit dem Ansehen der Sowjetunion in der Arbeiterschaft Abbruch getan.

Diese Lage muß sich vergegenwärtigen, wer zu verstehen versucht, wie es (1931) zu gleichgerichtetem Wirken zwischen Nazis und Kommunisten beim Volksentscheid gegen die preußische (SPD-)Regierung und wie es erneut zu einer Art von Zusammenarbeit dieser Radikalen beim Streik gegen die Berliner Verkehrsgesellschaft im Jahre 1932 kam.

Der Autor meint, der Kominternaktik, die SPD über Hitlers Machtantritt hinaus als Hauptfeind anzutreten, habe nicht Stalins „Wunsch“ zugrunde gelegen, Hitler an die Macht zu bringen – weder als Wegbereiter einer proletarischen Revolution noch als sowjetisches Instrument, um einen deutsch-französischen Konflikt zu provozieren. Diese Ansicht könnte der Autor überzeugender vertreten, wenn er sich mit den wenigen Zeugnissen auseinandersetzt hätte, die es zu diesem umstrittenen Problem gibt. Der Autor geht z. B. nicht auf Buber-Neumanns Mitteilung ein, Stalin habe Ende 1931 Heinz Neumann gefragt: „Glauben Sie nicht auch, Neumann, daß, falls in Deutschland die Nationalisten zur Macht kommen sollten, sie so ausschließlich mit dem Westen beschäftigt sein würden, daß wir in Ruhe den Sozialismus aufbauen könnten?“

Natürlich enthält dieser Satz keinen vollen Beweis für Stalins Konzept. Aber er liefert doch ein so unabwiesbares Indiz für die äußerenpolitischen Absichten Stalins, daß der Autor ihn nicht hätte ignorieren sollen. Auch kommt im Werk Weingartners ein Aspekt zu kurz, der Einblicke in die Absichten der damals Agierenden eröffnet: die Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee. Zwar liegt der Beginn dieser militärischen Zusammenarbeit in den frühen zwanziger Jahren und damit vor dem Rahmen, den der Autor für seine Arbeit gesetzt hat. Aber das Ende dieser Kooperation fällt ins Jahr 1934, also in die Periode, mit der der Autor sich beschäftigt. Eine Untersuchung der Umstände, unter denen diese Freundschaft, diese seltsame Allianz, zerbrochen wurde, hätte ein Licht auf die sowjetische Deutschlandpolitik von damals werfen können.

Diese Lücken beeinträchtigen den Wert der Arbeit nicht erheblich. Ihrer Schlußfolgerung ist zuzustimmen: „Durch die gegen die Sozialdemokratie als den Hauptfeind gerichtete Kominternaktik trug Stalin nicht unwe sentlich zum Sieg der NSDAP und damit zum Untergang der Weimarer Republik bei.“ Mag Stalin das gewollt haben oder nicht, die Frage drängt sich auf, wie er dazu kam, sich in dieser Weise zu verhalten. Darauf hat der Autor eine überzeugende Antwort: Stalin hat die nationalsozialistische Bewegung als den Bestandteil einer untergehenden, kleinstadtlichen Klasse angesehen, die früher oder später von der historischen Bühne abtreten müsse. Wir wissen: sie trat „später“, besser: zu spät ab und erst, nachdem sie in der Sowjetunion – aber auch in Deutschland – schweres Leid, schwerste Schäden verursacht und damit den Grund für die heute so schwierige Lage (z. B. Berlins) gelegt hatte. Da muß sich klar machen, wer heute über den Verlust der Ostgebiete, die Einkreisung Berlins durch kommunistisches Gebiet und die Unabänderlichkeit dieser Lage lamentiert. Stalin rangiert als Verursacher weit hinter dem „Hauptfeind“, der uns das eingebrockt hat: Hitler.

F. Sch.

Ideologie und Gesellschaft

Eine Theorie der ideologischen Systeme

Von Eugen Lemberg

Kohlhammer Verlag

Stuttgart 1971, 352 S., Leinen, DM 29,80

Lemberg, Professor am Deutschen Institut für Internationale pädagogische Forschung in Frankfurt und Autor des Standardwerkes über den „Nationalismus“, beschäftigt sich im vorliegenden Buch mit einem Thema, dessen Bedeutung bis heute nicht geringer geworden ist. Gerade zu einer Zeit, in der die echeinbare politische Ruhe eines nivellierenden Pragmatismus in den westlichen Demokratien durch weltweite Bewegungen einer Re-Ideologisierung innerhalb der Jugend erschüttert zu sein scheint, tritt



Weitblick entscheidet

Heute sehen, was morgen geschieht.
Zusammenhänge erkennen.

Klar und kritisch die Zukunft werten und
folgerichtig handeln. Darauf kommt es an.
Weitsicht entscheidet — die Devise unserer Zeit,
die Devise der Leser von

liberal

BESTELLSCHEIN

Bitte alle Angaben in Blockbuchstaben

Ich bestelle hiermit zum fortlaufenden Bezug ab Heft Nr. _____
des laufenden Jahrgangs die Zeitschrift *liberal* —
eine Jahresabonnementpreis von DM 25,— (inclus. Zensurabgabe und MWSt.)

Name _____

Ort _____

Straße _____

Unterschrift _____

In Umschlag oder auf Postkarte senden an Liberal-Verlag GmbH,
53 Bonn, Bonner Talweg 57

seine Aktualität wieder zutage. Lemberg hat seinen Eindruck von der geschichtsmächtigen Wirkung der Ideologie aus seiner Beschäftigung mit der Geschichte des Nationalbewußtseins der ost-mittteleuropäischen Völker gewonnen. Diesen Eindruck legt er seinem Versuch einer Theorie der Zusammenhänge von Ideologie und Gesellschaft zugrunde und verallgemeinert ihn zu einer Theorie der Struktur und gesellschaftlichen Funktion der Ideologie.

Lemberg gerät dadurch in einen Gegensatz zur langen Tradition der Ideologieforschung, die sich stets auf einen abwertenden Begriff der Ideologie bezog, sei es als falsches Bewußtsein, als Selbsttäuschung oder zweckhalte Verhüllung der Wahrheit. Hinter diesem Ideologieverständnis steht die Vorstellung, daß die unverfälschte „Wahrheit“ gefunden werden kann, wenn nur die ideologischen Deckinhalte durch das rechte „ideologiekritische“ Verfahren durchstoßen werden. Für Lemberg ist das angesichts der übermächtigen Ideologischen Großsysteme, die die Welt entzweien, angesichts des bestehenden Ideologischen Konflikts eine aussichtslose Hoffnung.

Den Gedanken an ein Ideologiefreies Zeitalter, in dem allein „wissenschaftliches“ Bewußtsein herrscht, gibt er aufgrund dieser Erfahrung auf und damit auch den Glauben an den Sinn einer solchen Ideologiekritik. Ideologieforschung ist für Lemberg nur sinnvoll, wenn sie ideologisches Denken als gegeben hinnimmt und von seinem jeweiligen Wahrheitsgehalt absieht, dafür aber den Weg freibekommt, in einem vergleichenden Studium der Ideologischen Systeme deren Struktur und Funktion für die Gesellschaft zu erkennen.

Diese funktionale Sicht gibt ihm einen erheblich veränderten Begriff von Ideologie. Ideologie tritt danach zu allen Zeiten und in allen Gesellschaften auf, sie ist eine „*urtypische, mit den Anfängen der Menschheitsgeschichte zugleich*“ wirksame „Konstruktionsidee der Schöpfung“; Ideologien sind nämlich die „Leitsysteme, die den Menschen die Welt erklären, ihnen Werte und Normen setzen“, sind der spezifisch menschliche Ersatz der Instinkte beim Tier. In diesem Sinn „Steuerungssysteme“ der menschlichen Gesellschaft, ist es ihre gesellschaftliche Aufgabe, „*diese Gesellschaft in große, einander bekämpfende Gruppen zu gliedern, damit aber auch ihre Energie zu entbinden und die Weltgeschichte in Bewegung zu setzen*“.

Nimmt man „die Linke“, „die Rechte“, „den Kommunismus“, „den Faschismus“, „das Christentum“ oder „die westliche Demokratie“ als Beispiele Ideologischer Systeme – Lemberg sieht ihre allgemeine Funktion in der „*Weltdeutung, Integration (von großen Gruppen) sowie der Vermittlung einer gesellschaftlichen und Wertehierarchie*“. Freilich relativiert die Einsicht in diese Naturgesetzmäßigkeit des Ideologischen nicht nur die Geltung der einzelnen ideologischen Systeme. Sie ebnet auch das Gefälle zwischen Wissenschaft und Ideologie, weil diesem universalen Ideologiekonzept zufolge auch Wis-

senschaft bloß ideologisch ist, und sie setzt den Menschen in eine Zuschauerrolle gegenüber der naturhaft ablaufenden, ideologisch angetriebenen „Energetik der Geschichte“. Weil sie in ihrer Abstraktion von Inhalten und konkreten gesellschaftlich-geschichtlichen Bedingungen die naturhafte „Konstruktionsidee“ des gesellschaftlichen Lebens aufgedeckt zu haben glaubt, immunisiert sich diese Theorie der Ideologischen Systeme durch ihre Allgemeinheit gegen jede eigene Aufklärung und läßt über relevante Zusammenhänge einzelner Ideologien und der Gesellschaft im Dunkeln. Für solche Fragen ist nämlich der überhöhte Anspruch dieser Theorie zu bescheiden.

W. Sch.

Politik in Lateinamerika

hg. von Klaus Lindenbergs
Verlag für Literatur und Zeitgeschehen
Hannover 1971, brosch., 280 S., 32,- DM

Interview mit Südamerika

von Thilo Koch
Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart 1971, Leinen, 318 S., 30,- DM

Revolutionäres Lateinamerika

Eine Dokumentation
Ferdinand-Schöningh-Verlag
Paderborn 1970, kart., 220 S., 12,- DM

Durch freie Wahlen zum Sozialismus

oder Chiles Weg aus der Armut
von Klaus Eber
Rowohlt Taschenbuch Verlag
Reinbek 1972, kart., 158 S., 3,80 DM.

Chile auf dem Weg zum Sozialismus

von Dieter Boris, Elisabeth Boris, Wolfgang Ehrhardt
Pahl-Rugenstein-Verlag
Köln 1971, kart., 290 S., 9,80 DM

Lateinamerika, das war bis vor kurzem der „vergessene Kontinent“, ein weißer Fleck auf der politischen Weltkarte. Castros kubanische Revolution weckte das Interesse für den Subkontinent. Viele Veröffentlichungen blieben aber vordergründig bei „Che“ und seiner Guerillataktik stecken und ignorieren weitgehend, daß neben dem Castrismus sehr wohl andere vielschichtige und eventuell auch erfolgversprechendere Modelle und Lösungsvorschläge zur Behebung der mittel- und südamerikanischen Misere entwickelt wurden. Spätestens seit dem Regierungsantritt Salvador Allendes in Chile dämmert auch Ideologisch einseitig Ausgerichteten, daß mehrere Wege zur sozialen Reform und Revolution beschritten werden können.

Wie breit das Spektrum der internen und externen Faktoren und Bedingungen der „Politik in Lateinamerika“ ist, verdeutlicht ein hervorragender Sam-

Soeben erschienen!

Dr. Werner Glastetter

Wachstumskonzeption und Politische Ökonomie

Eine dogmenkritische Auseinandersetzung mit der These von der Überflußgesellschaft

Eine Veröffentlichung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB

372 Seiten, Leinen, 29,80 DM

Die Untersuchung will einen Beitrag leisten zu der sich verstärkenden Kritik an der bestehenden Wirtschaftsordnung und an der Gestaltung des Wirtschaftsprozesses innerhalb dieser Ordnung.

Ihr Ansatzpunkt ist dabei weder eine spezifisch methodologische Kontroverse noch will der Autor die herrschende Konzeption vor dem Hintergrund entgegenstehender Ideologien kritisieren. Das Anliegen der Arbeit ist vielmehr, die bestehende wirtschaftspolitische Konzeption dogmenkritisch, d. h. hinsichtlich ihrer eigenen grundlegenden Hypothesen und Aussagen, auf die Frage hin zu überprüfen, ob sie dem Entwicklungsstatus einer hochentwickelten Industrienation, die neben anderem durch ein spezifisches Wohlstands- bzw. Überflußniveau gekennzeichnet ist, gerecht wird.

Nachdem in einer Einführung Inhalt und Bedeutungswert der Fragestellung entwickelt werden, wird im ersten Teil die bestehende Konzeption hinsichtlich ihrer historischen Entwicklung und gegenwärtigen Ausprägung untersucht. Das Ergebnis dieses ersten Teiles – der Nachweis einer Synthese von zielpolitischen (Wachstum) und ordnungspolitischen (Markt-

wirtschaft) Vorstellungen, die einseitige Priorität gegenüber sozialen Zielsetzungen (soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, soziales Gleichgewicht) genießt – wird in einem zweiten Teil mit den tatsächlichen Erscheinungsformen einer hochentwickelten Industrienation konfrontiert. Diese Konfrontation zeigt, daß mit der herrschenden Konzeption nicht nur die sozialen Ziele vernachlässigt werden, sondern daß die Konzeption ihre eigenen Wertvorstellungen – Wohlstandsförderung, individuelle Freiheit – zunehmend in Frage stellt.

In einem dritten Teil wird daraus schließlich die Konsequenz gezogen. Diese gipfelt in der These, daß die modellorientierte und rein technokratisch praktizierte Nationalökonomie zu einer Politischen Ökonomie weiterentwickelt werden muß, die die bislang tabulierten Pfeiler des Systems – privatwirtschaftlich induziertes Wachstum und Marktwirtschaft – laufend an den tatsächlichen Prozeßbedingungen und ihren Ergebnissen überprüft und in Frage stellt. Die Untersuchung wird dabei bis an jenen Punkt herangeführt, wo sich das Problem stellt, welche ordnungs- und gesellschaftspolitischen Konsequenzen dies einschließt und welche Lösungsansätze sich bieten.

Bund-Verlag • 5 Köln 21 • Postfach 210140

melband, herausgegeben von Klaus Lindenberger (siehe auch dessen Beitrag „Ziviler und militärischer Reformismus in Lateinamerika“, NG 8/71, S. 578 ff.). Fünfzehn Autoren untersuchen Grundprobleme der politischen Systeme auf dem Subkontinent (Revolution, autoritäre Staatsideologie, repräsentative Demokratie), Träger der politischen Entwicklung (Militär, katholische Kirche, Castrismus, orthodoxer Kommunismus, Gewerkschaften) und internationale Faktoren der politischen Entwicklung (Multilaterale Zusammenarbeit, USA, Sowjetunion, privates Auslandskapital, Entwicklungshilfe).

Dabei kristallisiert sich u. a. heraus, daß die Demokratie westlichen Musters offensichtlich nicht den einzigen Rahmen für eine Politik der sozialen Reform darstellt. Zum Beispiel sind heute Militärs teilweise als sozialreformerische Avantgarde anzusehen (Demetrio Boerner schlägt die Allianz reformorientierter ziviler und militärischer Eliten vor). Einige Richtungen der Lateinamerika-Forschung analysieren aber immer noch Militär und Kirchen, Gewerkschaften und Parteien unter dem Gesichtspunkt ihrer Funktion und Rolle innerhalb des westlichen Demokratiemodells. Sie überlegen nicht, ob Militär, Kirchen usw. „im lateinamerikanischen Kontext diese Ihnen zugeschriebenen Systemfunktionen halten oder noch haben“. Die Träger der politischen Entwicklung bekämen im Rahmen neuer systemtheoretischer Modelle einen anderen Stellenwert. Diese und weitere diskussionswerte Schlüssefolgerungen und Thesen werden sicherlich nicht nur auf einhellige Zustimmung stoßen.

Was soll man jedoch von einem Konzept für die „zweite Befreiung“ halten, das den USA und Europa nahelegt, den Mittelstand und die liberalen Mittelstandsparteien in den lateinamerikanischen Ländern zu unterstützen: „Nur eine stabile Mitte schützt gegen Radikalismus von links und von rechts.“ Kein „Geringerer“ als Thilo Koch offeriert dieses gelinde gesagt realitätsferne Rezept – für Südamerika. Seine „Liebe auf den ersten Blick“ (Koch über Südamerika) scheint ihn mit Blindheit geschlagen zu haben; das Interview mit Südamerika ist mehr als oberflächlich, aufgrund der lebendigen Schreibweise vielleicht für einen Reiseprospekt geeignet.

Wie ein journalistischer „Jet-Setter“ schildert Koch ausgiebig und auffallend oft die schönen Frauen, Speisekarten, exklusive Hotels und Cocktailempfänge. Mexiko klassifiziert er als „sozialistischen Einparteistaat mit einer kapitalistischen Wirtschaft“. Unter der Überschrift „Uruguay“ verkauft er die Konferenz von Punta del Este von 1961! Der fatalen Welsheit letzter Schluß: „Das Elend bedrückt mehr und mehr, weil man tiefer und tiefer seine Ausweglosigkeit begreift. Die lustig pulsierende Oberfläche bleibt glücklicherweise lustig und pulsierend.“ Fazit: Die Lektüre der Koch'schen Liebesbemühungen ist keine Zeitvergeudung.

Eine Lücke füllt dagegen die wichtige Dokumentation von Gerhard Adler über „Revolutionäres Latein-

amerika“. Schwerpunkt ist nicht das Castrismus-Programm, denn das zusammengestellte Material soll deutlich machen, „daß auch andere Gruppen und vor allem kirchliche Kräfte ... teilweise zu ersteunlich radikalen Lösungsvorschlägen gelangen“. Elf der insgesamt 18 Dokumente stammen dementsprechend von kirchlicher oder christdemokratischer Seite. Ob allerdings der „Fajista-Kodex“, eine primitive Morallehre für die Jugend der peruanischen „APRA“ aus dem Jahre 1934, repräsentativ für die „Ideeologie der APRA“ ist oder ein komischer Hetzartikel der „Peking-Rundschau“ für „Chinas Konzept für die lateinamerikanische Revolutionsbewegung“, muß doch bezweifelt werden.

Schließlich warnt Adler vor einem unkritischen Gebrauch des magischen Wortes „Revolution“, auf die so viele in Lateinamerika schwören. In einer einleitenden Analyse weist er nach, daß Revolution der „vielsichtigste und undifferenzierteste Begriff des politischen Vocabulars“ ist. – Nützlich ist der Anhang, der wichtige Zahlen über Bevölkerung, Wirtschaft, soziale Situation und Daten zur Geschichte des Subkontinents enthält.

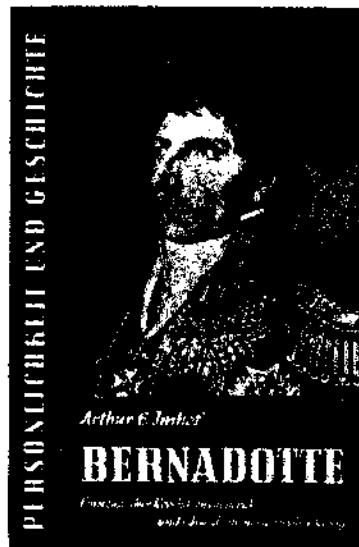
In Chile ist die Revolutionsstrategie des „unbewaffneten Weges“ mitten in der Erprobung. Die Faszination, die Allendes Experiment ausstrahlt, dürfte in absehbarer Zeit zu einer Welle von Publikationen führen, ähnlich der Castro-Guevara-Hausse vor Jahren. Die ersten Veröffentlichungen liegen schon vor. So die Arbeit eines Autorenkollektive und die von dem Politologen und Journalisten Klaus Eßer. Beide gemeinsam ist die betont positive Einstellung zur Unidad Popular. Eßer fordert weit über die bisherige Duldung durch den Westen hinaus eine aktive Unterstützung des halsbrecherischen Weges aus der Armut, vor allem durch die Bundesrepublik.

In beiden Büchern werden die ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen Chiles von der Unabhängigkeit 1817 bis zur Allende-Regierung untersucht. Ein besonders wichtiges Kapitel ist dabei der christdemokratischen Alternative des Eduardo Frei eingeräumt – zu Recht, denn die Veränderungen dieser Phase legten die Ausgangsbedingungen für die Unidad Popular fest. Allendes Konzept kommt in der Pahl-Rugenstein-Publikation allerdings zu kurz, außerdem jonglieren die Autoren, die erklärt aus marxistischer Sicht analysieren, mit Vereinfachungen herum: dem „Sieg des Volkes“ folgt zum Beispiel flugs die klassische Einteilung in Arbeiter und Bauern hie und eine verschwindende reaktionäre Minderheit da. Meinungsverschiedenheiten in der „Volkseinheit“ werden – ohne Partei für eine der Gruppierungen zu nehmen – nicht verschwiegen, aber bagatellisiert.

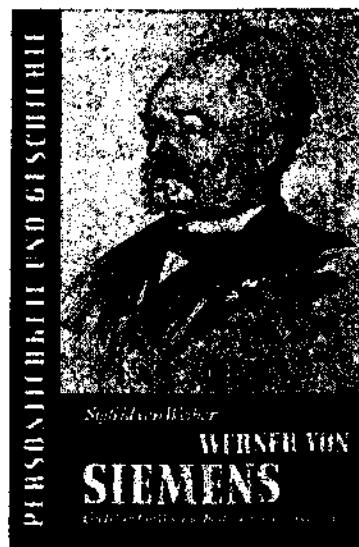
Im Gegensatz dazu schätzt Eßer die Gefahren für Allendes demokratischen Sozialismus realistischer ein. Ohne Illusionen sieht er nicht nur die von außen kommende offene und verdeckte Stützung der chilenischen Bourgeoisie und Formierung der innerchilenischen Gegenkräfte sondern auch den beginnenden

Persönlichkeit und Geschichte

Einzelband
DM 5,80

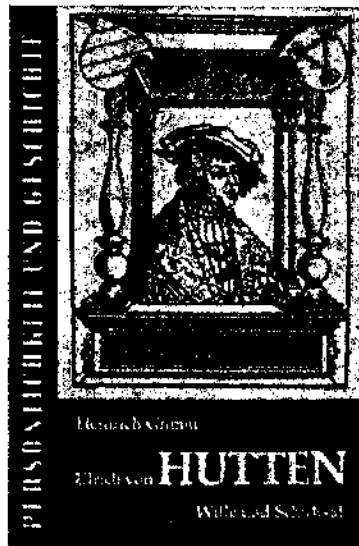


Band 55

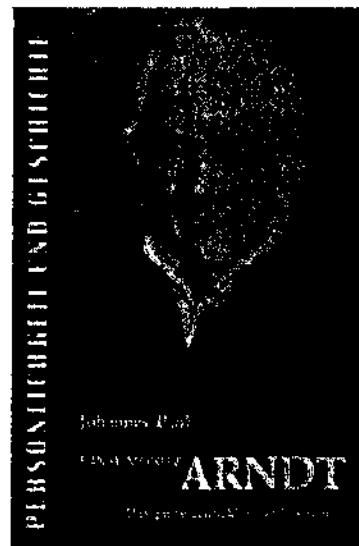


Band 56

Doppelband
DM 7,80



Band 60/61



Band 64



MUSTER-SCHMIDT Göttingen, Turmstr. 7 · Zürich, Waldmannstr. 10a · Frankfurt

Machtkampf innerhalb der Unidad Popular, der für die Richtung der Revolution im Andenstaat entscheidend wird. Damit stellt sich die Frage, „ob die Demokratie „Mittel der Erkämpfung des Sozialismus“ oder „Form der Verwirklichung des Sozialismus“, wie Bernstein unterschied, sein wird“.

Am Rande sei erwähnt, daß Eber eine pikante Selbst-einschätzung der bundesdeutschen CDU zutage fördert. Eugen Gerstenmaier, damals Präsident des Bundestages, erklärte in Chile: „Zu 90 Prozent ist meine Partei so konservativ wie die Konservative Partei Chiles.“ So konservativ wie die reaktionäre Organisation der Großgrundbesitzer! A. I.

Hinterhöfe der Nation

Die deutsche Grundschulmisere

von Luc Jochimsen

Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH

Reinbek bei Hamburg 1971, 115 S., kart., DM 2,80

Der Schritt von der Schule als Untertanenfabrik des 19. Jahrhunderts bis zu einer Schule, in der kritische Staatsbürger herangebildet werden, ist in der Bundesrepublik nur in der Theorie vollzogen. In der Praxis sehen wir die Situation z. B. des Jahres 1872 kaum verändert. Das beweist Luc Jochimsen, vor allem bekannt als Funk- und Fernsehautorin, in ihrem Buch „Hinterhöfe der Nation“. Für die bereits durch andere Publikationen vorgewarnten Laser faßt sie die Grundschulmisere der Bundesrepublik in einem knappen, aber erschütternden Bericht zusammen. Keine wissenschaftliche Abhandlung liegt hier vor, sondern ein auch für den Laien verständlicher Zustandsbericht, der mit Hilfe von statistischen Zahlen und konkreten Beispielen die erschreckende Situation verdeutlicht. In der bundearepublikanische Kinder ihre wichtigste Lernphase durchlaufen. Der Band beleuchtet aber auch die Verschleierungstaktiken der Behörden und konservativen Kräfte, die die tatsächlichen, d. h. viel zu hohen Klassenfrequenzen und den katastrophalen Lehrermangel an den Gründschulen verheimlichen.

Das Taschenbuch bietet, ausgehend von der historischen Entwicklung der Volksschule, einen Überblick über die kaum unterschiedlich schlechte Lage der Grundschule in den verschiedenen Ländern der Bundesrepublik, gibt einen Überblick über die Reformversuche und einen Vergleich zu anderen Industrienationen. Es muß wohl nicht betont werden, daß die Bundesrepublik hier am schlechtesten abschneidet. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß die geplanten Ausgaben der Bundesrepublik im Sektor Bildung für 1985 bereits jetzt von anderen Industrienationen geleistet werden.

Nicht zuletzt wird der SPD vorgeworfen, einen Teil der Schuld an dieser Misere mit zu verantworten. Indem sie nämlich bereits in der Weimarer Zeit die Schulreform nur halbherzig vorangetrieben habe und

glaubte, das dreiklassige Schulsystem entspreche dem Prinzip einer demokratischen Schule, in der die Chancengleichheit für alle Kinder gegeben sei. An dieser Stelle wäre eine kritische Reflexion Luc Jochimsens nicht nur in bezug auf die schulpolitische Einsicht der damaligen Sozialdemokraten vonnöten gewesen, sondern auch auf ihre in der Praxis geringen, von Zeitkritikern jedoch immer wieder überbewerteten Möglichkeiten der grundlegenden politischen Veränderung.

Wilhelm Liebknecht stellte 1872 — um auf dieses Jahr noch einmal zurückzukommen — fest: „Die Schule ist das mächtigste Mittel der Befreiung, und die Schule ist das mächtigste Mittel der Knechtung — je nach der Natur und dem Zweck des Staates.“

Es wird Zeit, daß sich Sozialdemokraten zumindest jetzt auf die Bedeutung dieses Satzes besinnen und ihn — wo es möglich ist — in Politik und somit in die Wirklichkeit umsetzen. A. E.

Frieden

Reden und Schriften

von Willy Brandt

Verlag Neue Gesellschaft GmbH

Bonn-Bad Godesberg, 176 S., Snolin-Broschur, DM 9,80

Besser als alle „sekundären“ Begründungen sind „Reden und Schriften“ von Willy Brandt selbst geeignet, die Berechtigung der Verleihung des Friedensnobelpreises 1971 an ihn nachzuweisen. Der im vorliegenden Band getroffenen Auswahl mag der Vorwurf der „positiven Selektion“ der Themen — im Hinblick eben auf den Nobelpreis — widerfahren; das kann jedoch nicht die Tatsache in Abrede stellen, daß Willy Brandt sich in allen drei Stationen seiner politischen Laufbahn, die in der Sammlung Berücksichtigung fanden (Regierender Bürgermeister von Berlin, Bundesaußenminister, Bundeskanzler), weil primär sie seinem politischen Wollen Effizienz zu verleihen vermochten, mit den gleichen, für die Menschheit existenziellen Problemen befaßte. Sie spiegeln sich bereits in den Überschriften seiner Texte wider: „Koexistenz und Entwicklungshilfe“ (1962), „Wir müssen um Europa ringen“ (1963), „Das Weitrücken begrenzen, den Frieden sicherer machen“ (1968), „Europäische Friedensordnung als Ziel“ (1987), „Friedenspolitik der Europäischen Gemeinschaft“ (1971) etc.

Insgesamt sind es 23 Reden, Erklärungen, Artikel usw., die die Kontinuität seiner Politik belegen. Zahlreiche Bilder, einige unbekannte Porträtsstudien, meist aber schon aus der Publizistik bekannte Fotos, illustrieren den Band, der es nicht leicht haben dürfte, in der Flut der Brandt-Bände im „Gefolge“ des Nobelpreises zu bestehen, wegen Ausstattung und günstigen Preises jedoch seine Käufer finden dürfte.

Sammlung Luchterhand

Taschenbücher

Theodor W. Adorno u. a.
Der Positivismusstreit
in der deutschen
Soziologie
Band 72 DM 9,80

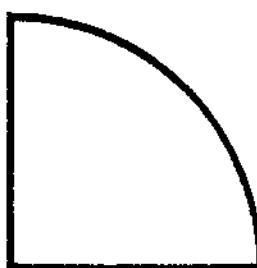
Jóhann Páll Árnason
Von Marcuse zu Marx
Band 54 DM 9,80

Jürgen Baumann (Hrsg.)
Das Abtreibungsverbot
des § 218
Band 62 DM 9,80

Lewis Coser
Theorie
sozialer Konflikte
Band 58 DM 7,80



Angela Davis
Materialien zur
Rassenjustiz
Band 61 DM 9,80



Régis Debray/
Salvador Allende
Der chilenische Weg
Band 42 DM 7,80

Josef Dietzgen
Das Wesen
der menschlichen
Kopfarbeit
Band 50 DM 7,80

Klaus Dörner/
Ursula Plog
Sozialpsychiatrie
Band 66 DM 4,80

Konrad Farner
Der Aufstand
der Abstrakt-Konkreten
Band 13 DM 7,80

Georg Füllerth
Proletarische Partei
und bürgerliche
Literatur
Band 60 DM 7,80

Helga Gallas
Marxistische
Literaturtheorie
Band 19 DM 9,80

Helga Gallas (Hrsg.)
Strukturalismus als
interpretatives
Verfahren
Band 35 DM 9,80

Jürgen Habermas
Strukturwandel
der Öffentlichkeit
Band 25 DM 9,80

Hannes Heer
Burgfrieden
oder Klassenkampf
Band 22 DM 7,80

Hans G. Helm, Jörn Janssen
Kapitalistischer
Städtebau
Band 29 DM 7,80

Eric J. Hobsbawm
Sozialrebellen
Band 16 DM 9,80

Adrian Hsia
Die chinesische
Kulturrevolution
Band 23 DM 9,80

Leo Kofler
Stalinismus
und Bürokratie
Band 6 DM 7,80

Helmut Krauch
Die organisierte
Forschung
Band 2 DM 9,80

Leo Löwenthal
Erzähkunst
und Gesellschaft
Band 32 DM 9,80

Georg Lukács
Die Theorie des Romans
Band 36 DM 7,80

Georg Lukács
Die Seele
und die Formen
Band 21 DM 9,80

Georg Lukács
Zur Ontologie des
gesellschaftlichen Seins
Band 49 DM 4,80

Georg Lukács
Geschichte und
Klassenbewußtsein
Band 11 DM 9,80

Georg Lukács
Ästhetik
Band 63 DM 9,80

Rosa Luxemburg
Internationalismus
und Klassenkampf
Band 41 DM 9,80



Sammlung Luchterhand

Serge Mallet
Die neue Arbeiterklasse
Band 59 DM 9,80

H. C. F. Mansilla
Faschismus und
eindimensionale
Gesellschaft
Band 18 DM 9,80

Herbert Marcuse
Der eindimensionale
Mensch
Band 4 DM 7,80

Wolfgang Naucke,
Paul Trappe (Hrsg.)
Rechtssoziologie
und Rechtspraxis
Band 8 DM 9,80

Harry Pross
Publizistik
Band 10 DM 7,80

Jean-Paul Sartre
Der Intellektuelle
und die Revolution
Band 39 DM 7,80

Dorothee Sölle
Das Recht ein anderer
zu werden
Band 43 DM 4,80

Gisela Steinwachs
Mythologie des
Surrealismus oder die
Rückverwandlung von
Geschichte in Natur
Band 40 DM 9,80

Fritz Vilmar
Modelle und
Strategien der
Demokratisierung
Band 53 DM 7,80

Ausführliche Prospekte der
"Sammlung Luchterhand"
erhalten Sie in Ihrer
Buchhandlung

Bei der Redaktion eingegangene Bücher

Wolfgang Karcher:

Studenten an privaten Hochschulen

Zum Verfassungsgerecht der USA

Texte und Dokumente zur Bildungsforschung

Ernst Klett Verlag

Stuttgart 1971, 240 S., kart., DM 29,-

Jeder dritte amerikanische Student studiert an einer privaten Hochschule. Die Arbeit zeigt den historischen Hintergrund und die aktuelle politische Problematik dieses Bereiches. Sie liefert zugleich Gesichtspunkte für die Problematik des privaten Bildungswesens in Deutschland und die rechtswissenschaftliche Diskussion über die Abgrenzungsprobleme zwischen privatrechtlichem und öffentlich-rechtlichem Bereich.

Richard und Hephzibah Hauser:

Die kommende Gesellschaft

Handbuch für soziale Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit

Verlag J. Pfleiffer/Jugenddienst-Verlag

München 1971, 500 S., kart., DM 34,-

R. und H. Hauser wollen in dem vorliegenden Buch zeigen, „daß eine brüderliche Gesellschaft, reich an schöpferischen Möglichkeiten für alle Menschen, ein erreichbares Ziel ist, wenn Gruppen von Leuten dazu bereit gemacht werden, ihrer eigenen sozialen Unwissenheit zu entwachsen und anderen zu helfen, dasselbe zu tun“. Die Autoren beschreiben aber nicht nur das Ziel, es geht ihnen vor allem um den Weg, dieses Ziel zu erreichen.

Jürgen Baumann (Hrsg.):

Das Abtreibungsverbot des § 218

Hermann Luchterhand Verlag

Neuwied/Berlin 1972, 376 S., kart., DM 9,80

Dieses Taschenbuch will zur Versachlichung der Diskussion um die Reform des § 218 beitragen. Die Aufsätze in Teil I sind so zusammengestellt, daß das Problem von zahlreichen Seiten aus angeleuchtet wird. In Teil II nimmt der Herausgeber zu den Punkten besondere Stellung, die in der bisherigen öffentlichen Diskussion eine Hauptrolle gespielt haben. Teil III enthält als Dokumentation u. a. einen geschichtlichen Abriß zum Abtreibungsverbot.

Entwicklungshelfer

Deutsche in der Dritten Welt

Herausgegeben von Ulrike Ries

Fackelträger-Verlag

Hannover 1971, 303 S., brosch., DM 18,-

Im vorliegenden Buch wird auf zweifache Weise versucht, eine Bilanz in Sachen Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland aufzumachen. In der Einleitung gibt die Herausgeberin einen kurzen Abriß der deutschen Bemühungen. So schildert sie z. B. die Entstehung und Geschichte des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED). Im Hauptteil des Buches Wort. Sie erläutern u. a. Ihre Motivationen und berichten von ihrer Tätigkeit in den Entwicklungsländern.

Mitarbeiter dieses Heftes

Helmut Schmidt

Bundesminister der Verteidigung; Stellv. Vorsitzender der SPD

Dr. Klaus von Dohnanyi

Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft; ab 15. März 1972 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Friedel Schirmer

Mitglied der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion; Stellv. Vorsitzender des 1. Sonderausschusses für Sport und Olympische Spiele im Deutschen Bundestag und Vorsitzender des Sportbeirates beim Parteivorstand der SPD

Hans Werner Richter

Schriftsteller

Stane Dolanc

Mitglied des Exekutivbüros des Präsidiums des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens

Heinz Abosch

Freier Publizist

Dr. Ernst von Loen

Schriftsteller; Privatgelehrter

Dr. Rainer Kabel

Hauptabteilungsleiter beim SFB; Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Berlin

Dr. Hans Apel

Stellv. Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Gerd Walter

Vorsitzender der Jungsozialisten Schleswig-Holstein

Friedhelm Wallner

Student der Politikwissenschaft

Wilhelm Dröscher

Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz; Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz

Dr. Günther Müller

Mitglied der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Roll Vollmann

Publizist; Leiter der Sozialdemokratischen Wählerinitiative für Baden-Württemberg

Dr. Franz-Josef Neuhoff

Ministerialrat; Persönlicher Referent des Staatssekretärs im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen

Dieter Lohmann

Schriftsteller; Vorsitzender des Verbandes Deutscher Schriftsteller